

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3 Mark monatlich, 30 Mark jährlich, 3 Mark für das übrige Ausland. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgetragene Zeile oder deren Raum 30 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition W bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ein Jubiläum.

Der internationale wissenschaftliche Sozialismus, soweit er auf der Marxschen Lehre beruht, feiert heute ein wichtiges Pressejubiläum: die wissenschaftliche Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, die „Neue Zeit“, vollendet das fünfundsanzwanzigste Jahr ihres Wirkens im Dienste des sozialistischen Proletariats — unter derselben redaktionellen Leitung, unter der sie Anfang Oktober 1882 als Monatschrift ins Leben trat.

Raum hatte nach den ersten verwirrenden Schlägen des Sozialistengesetzes die Periode der Sammlung und des neuen Aufmarsches begonnen, als sich auch in der deutschen Sozialdemokratie erneut das Bedürfnis nach einer theoretischen, die politischen Anschauungen klärenden und vertiefenden Zeitschrift einstellte. In dem Züricher „Sozialdemokrat“ hatte sich die Partei, nachdem ihre Zeitungspressen bis auf einige farblose Blättchen dem Ausnahmegesetz zum Opfer gefallen waren, ein neues Organ für den Kampf gegen die über Deutschland hereinbrochene Reaktion geschaffen, das bereits bei der Reichstagswahl im Herbst 1881 wertvolle Dienste geleistet hatte; aber für die so nötige Entwirkung der sich allerorts ungestüm aufdrängenden sozialtheoretischen Fragen konnte der „Sozialdemokrat“ umso weniger leisten, je mehr ihn die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland zwang, den dortigen Parteipraktiken und der mit dieser Hand in Hand gehenden offiziellen Sozialdemagogie entgegenzutreten. Dnehin war das Wachstum der sozialdemokratischen Bewegung und damit auch ihre politische Bedeutung und ihre Praxis der Theorie allzuweit vorausgeeilt. Nach der Beendigung des deutsch-französischen Krieges war die deutsche Sozialdemokratie mit Riesenschritten vorwärts gestürzt. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1874 hatten die Vassalleaner 180 319, die Eisenacher 171 351 Stimmen erhalten, im Jahre 1877, nach der Einigung beider Parteien auf dem Gothaer Kongress, stieg die Gesamtzahl auf 493 447 Stimmen, fast den zehnten Teil aller im neuen Deutschen Reiche abgegebenen Wahlstimmen. Die im nächsten Jahre unter dem Einfluß des Hörselers und Kobilingschen Attentats vollzogene Reichstagswahl brachte zwar einen Verlust von mehr als 56 000 Stimmen, und die erste Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz, am 27. Oktober 1881, zeigte einen weiteren Abfall von über 125 000 Stimmen; aber die 311 961 Stimmen, die auf sozialdemokratische Kandidaten fielen, waren nach der Vernichtung fast sämtlicher Organisationen und der gesamten Parteipresse unter einem enormen Druck des Regierungsapparates erlangt — einem Druck, wie ihn keine andere Partei ausgehalten hätte.

Und zugleich mit diesem Anwachsen der für die Sozialdemokratie abgegebenen Wahlstimmen wuchs in den letzten Jahren vor dem Sozialistengesetz die Zahl der Vereine und der Parteiblätter. Auf dem Jahreskongress für 1877 konnte Auer bereits berichten, daß die Partei, neben dem Zentralorgan, dem Leipziger „Vorwärts“, 13 Tagesblätter und 28 weniger als sechsmal in der Woche erscheinende Blätter besaß.

Mächtig wuchs die Partei in die Breite, ein Arbeiterbataillon reihte sich an das andere; doch dieser Ausdehnung entsprach nicht die theoretische Vertiefung. Der tägliche Kampf, die unaufhörliche, mit Hochdruck betriebene Agitationsarbeit nahm alle Zeit, alle Fähigkeiten in Anspruch. Für das gründliche Studium der aufstauenden Fragen blieb keine Ruhe. Die Folgen zeigten sich bald: die Jahre vor dem Sozialistengesetz waren eine Zeit mächtigster Aufrüttelung der Massen, aber zugleich eine Zeit der größten theoretischen Unklarheit. Den Beweis dafür liefert die damalige Parteipresse. Allerlei sich gegenseitig widersprechende, unabgeklärte rechtlich-sozialistische, staatsphilosophische, darwinistisch-evolutionistische, sozialistische und rationalistische Anschauungen wogten wild durcheinander. Nichts zeigt besser die damalige theoretische Verwirrung, als die Tatsache, daß als Friedrich Engels 1877 im Leipziger „Vorwärts“ jene gegen den Professor Eugen Dühring gerichtete Artikelserie begann, die später in der Buchausgabe unter dem Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ eine der wertvollsten Aufklärungsschriften des internationalen Sozialismus geworden ist, die in diesen Aufzügen hervortretende dialektisch-historische Betrachtungs- und Denkweise nur von sehr wenigen verstanden wurde. Ueberall erhob sich Widerspruch gegen Engels Kritik; nicht nur von Seiten der jungen Akademiker und Studenten, die sich vielfach zur Partei rechneten, wenn sie ihr auch offiziell nicht angehörten, sondern auch von alten Parteiführern, so zum Beispiel von Bahlteich und Most, der damals die Berliner „Stets Presse“ redigierte.

Schon vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes hatte zwar unsere Partei eine wissenschaftliche Revue besessen: die von Karl Höchberg im Oktober 1877 begründete Berliner Halbmonatschrift „Die Zukunft“; aber zu theoretischer Klärung der sich unter der Aufschrift „Sozialismus“ zusammenfindenden ganz verschiedenartigen sozialen Theorien hatte sie recht wenig beigetragen, war sie doch selbst nichts als eine Widerspiegelung, ein konzentrierter Reflex des theoretischen Durcheinanders, das sich in der damaligen Parteipresse geltend machte. Von der Idee einer sich mit innerer Notwendigkeit vollziehenden gesellschaftlichen Entwicklung, von materialistischer Beschäftigungsauffassung, von Klassenkampf und von einer histori-

schen Bedingtheit der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse findet sich in den Festen der „Zukunft“ äußerst wenig — eigentlich nichts. Höchberg war der reinste Ideologe, ein noch größerer als seine liberalen Gegner. Der Sozialismus hätte, so meinte er, nicht bei seinen Forderungen, Zweck- und Zielsetzung von den gegebenen tatsächlichen Zuständen auszugehen, sondern „nur“ von der Idee. Die „einzige schöpferische Quelle des sozialpolitischen Ideals“ sei lediglich das „autonome Bewußtsein mit seinem Begriff vom Seinollenden“.

Infolge des Sozialistengesetzes sah sich die „Zukunft“ genötigt, im November 1878 ihr Erscheinen einzustellen. An ihre Stelle trat das von Karl Höchberg und E. A. Schramm unter Mitwirkung von Eduard Bernstein redigierte „Jahrbuch für Sozialwissenschaft“ und dann die von F. S. B. Dieck in Stuttgart verlegten „staatswissenschaftlichen Abhandlungen“, die jedoch ebenfalls bald ihr Erscheinen einstellten.

So lagen die Verhältnisse, als im Herbst 1882 Genosse Karl Kautsky, nachdem er sich mit Bebel, Liebknecht und Dieck verständigt hatte, unter Mitwirkung des Genossen Heinrich Braun zur Herausgabe einer neuen Monatschrift, der „Neuen Zeit“, schritt. Anfang Oktober 1882 erschien die erste Nummer mit einem von Wilhelm Liebknecht verfaßten Programmartikel, in welchem als Aufgabe der neuen Monatschrift die Verbreitung von Erkenntnis bezeichnet wurde: Erkenntnis des eigenen Wesens wie der Natur von Staat und Gesellschaft.

Von vornherein stellte sich die neue Zeitschrift auf den Boden der marxistischen Weltanschauung, wenn sie auch zunächst noch nicht immer scharf die Grenzscheide zwischen dieser und anderen Auffassungen zog; doch schon in den folgenden Jahrgängen kommt immer scharfer die Marxsche Theorie zur Geltung, besonders nachdem Kautsky 1884 nach London über-gesiedelt war und von dort aus, in stetem Verkehr mit Friedrich Engels, die „Neue Zeit“ redigierte.

Die Redaktion nahm keineswegs nur streng marxistische Artikel auf, noch beschränkte sie den Umfang des Gebietes ihrer Diskussion auf Probleme der Marxschen Lehre. Sie hatte versprochen, die „Neue Zeit“ solle eine Revue des gesamten geistigen und öffentlichen Lebens sein und dieses Versprechen suchte sie, soweit es die Zeitverhältnisse gestatteten, einzulösen. Neben volkswirtschaftlichen, sozialtheoretischen, sozialgeschichtlichen Abhandlungen finden wir in den nächsten Jahrgängen literarhistorische, ethnologische, geographische, gewerbehistorische, statistische, naturwissenschaftliche Artikel usw. Aber die Grundtendenz der „Neuen Zeit“ war „marxistisch“, und wo sozialistische Anschauungen auftauchten, die zu der Marxschen Theorie in mehr oder minder scharfem Gegensatz standen, da suchte sich die Redaktion kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen. Das trug ihr bald von Seiten der Kritiker den Vorwurf ein, den seit jeher alle Blätter, die eine bestimmte konsequente Politik verfolgten oder bestimmte wissenschaftliche Anschauungen vertraten, sich haben gefallen lassen müssen: den Vorwurf der Einseitigkeit, des Dogmatismus und Dogmatismus, der wissenschaftlichen „Intoleranz“. Doch Kautsky ließ sich durch diese Vorwürfe nicht imponieren. Richtig erkannte er, daß die Stärke einer von allen Seiten bekämpften Armee nicht nur in ihrer Massigkeit besteht, sondern nicht minder in der Einheitlichkeit ihrer Anschauungen, in der Geschlossenheit ihrer Gliederung, und daß diese Einheitlichkeit, diese Widerstandsfähigkeit gegen feindliche Attacken nicht dadurch erreicht wird, daß man allerlei einander widerstrebende und einander ausschließende Auffassungen wild nebeneinander aufwuchern läßt, sondern indem man die Begriffe präzisiert und die verschiedenen sozialistischen Richtungen scharf auseinanderhält.

Und der Erfolg des Strebens der Redaktion blieb nicht aus. Allerdings, in die breite Masse unserer Parteigenossen drangen zunächst die theoretischen Artikel der „Neuen Zeit“ nicht, und werden sie auch nie dringen; denn bei allen derartigen Artikeln muß notwendig der Verfasser beim Leser schon eine nähere Kenntnis der behandelten Materie voraussetzen. Um so nachhaltiger war die Wirkung auf die Redakteure und Schriftsteller der Partei, auf die parlamentarischen Führer, die intelligenteren Agitatoren. Gar manchem, der heute an leitender Stelle steht, hat erst die „Neue Zeit“ die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge, in die marxistische Gedankenwelt erschlossen. Und von dieser engeren Schar drangen wieder die Marxschen Anschauungen, Tropfen um Tropfen, durch die Parteipresse in die breite Masse. Man braucht nur unsere Presse vor dem Sozialistengesetz mit der gegen Ende dieses Gesetzes und der nach dessen Aufhebung zu vergleichen, um zu erkennen, wie nach und nach die in der „Neuen Zeit“ verfolgten Theorien immer stärkeren Widerhall in unseren Tagesblättern fanden.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde die „Neue Zeit“ in eine Wochenschrift umgewandelt. Zugleich vermehrte sich die Zahl ihrer ständigen Mitarbeiter. Genosse Eduard Bernstein, der durch das Eingehen des „Sozialdemokrat“ frei wurde, wurde ständiger Mitarbeiter, ebenso Genosse Max Schippel, denen sich bald Genosse Franz Mehring hinzugesellte. Er wurde Berliner Korrespondent und unternahm es, jede Woche einen sogenannten Epigrammartikel zu schreiben, in dem er die wichtigsten politischen Ereignisse der

Woche Revue passieren ließ: eine Bereicherung ihres Inhalts, durch die die „Neue Zeit“ an Aktualität und politischen Einfluß gewann.

Durch das baldige Wiederausscheiden Schippels aus dem Kreise der ständigen Mitarbeiter, ferner durch den Tod unseres Altmeisters Friedrich Engels, durch den dem Genossen Kautsky ein großer Teil der früher von Engels geführten internationalen Korrespondenz zufiel, wurde die Arbeitslast der Redaktion beträchtlich vermehrt. Dennoch blieb zunächst Kautsky noch alleiniger Redakteur, bis durch die Herausgabe mehrerer neuer Schriften und durch die Polemik gegen den wiedererwachenden „Revisionismus“ Kautsky seine Zeit derart in Anspruch genommen fand, daß er die Redaktions-geschäfte nicht mehr zu bewältigen vermochte. So trat denn im Mai 1889 Genosse Heinrich Cunow als zweiter Redakteur in die Redaktion ein.

In seiner Vorrede zu dem vor zwei Jahren erschienenen Generalregister der „Neuen Zeit“ schreibt Kautsky:

„Auf der einen Seite wuchsen nun, da Bernstein aus einem Helfer ein Gegner geworden war, meine Arbeiten an, daß ich sie allein nicht mehr bewältigen konnte. Nachdem ich sechzehn Jahre lang die „Neue Zeit“ allein redigierte, wurde jetzt die Einstellung eines zweiten Redakteurs notwendig. Ein langjähriger Mitarbeiter, der als theoretischer Ökonom und noch mehr als Ethnologe geschätzte Genosse H. Cunow, wurde zuerst als solcher gewonnen, 1899. Da man jedoch vielfach fand, was der „Neuen Zeit“ not tue, sei nicht ein zweiter Theoretiker, sondern ein Praktiker, der die praktische Arbeiterbewegung mehr zur Geltung kommen lasse, schied Freund Cunow im besten Einvernehmen mit uns aus der Redaktion der „Neuen Zeit“ ...

Cunows Posten übernahm Genosse E. Baurm. Es ist also ein im ganzen ziemlich einfacher Lebensweg, auf den heute an ihrem Jubiläumstage die „Neue Zeit“ und ihr leitender Redakteur zurückblickt — aber ein Weg voller Arbeit und voller Erfolge. Wenn heute in der deutschen sozialdemokratischen Partei die marxistische Auffassung vorherrscht, wenn weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, in Oesterreich, in Rußland, in Frankreich, in England, in Holland, in Belgien, ja selbst jenseits des Atlantischen Ozeans der Marxismus mehr und mehr an Boden gewinnt, so ist das nicht zum wenigsten ein Werk der „Neuen Zeit“. Wird einst die Geschichte der internationalen sozialistischen Bewegung geschrieben, dann wird in dieser Geschichte die „Neue Zeit“ einen hervorragenden Platz einnehmen.

Wir vermögen heute am Jubiläumstage unserem Bruderblatt und seiner Redaktion nichts Besseres zu wünschen, als daß seine Erfolge sich stetig mehren, daß es in immer weitere Parteiliste dringt und seine Arbeit als Revolutionärer der Köpfe mit gleicher Unermüdlichkeit fortsetzt.

Der Streit der Christen.

In Essen hat in voriger Woche der Kongress für innere Mission stattgefunden. Der letzte Tag war der Frage gewidmet: Welche Aufgaben erwachsen der inneren Mission aus der gegenwärtigen Entwicklung der Arbeiterbewegung? Zu dem Thema redete zunächst Pfarrer Mahling (Frankfurt a. M.) Er glaubte eine politische Zurückdrängung der sozialdemokratischen Partei bei der letzten Reichstagswahl auf Grund des gemeinsam gegen sie erfolgten Zusammenschlusses anderer Parteien feststellen zu können, andererseits aber sei die „sozialdemokratische Partei nach außen hin immer noch ein einheitlich geschlossenes Ganzes, da durch den bestimmenden Einfluß der Parteiführer, durch die von diesen für die Verwirklichung ihrer Ideale erduldeten Leiden, durch eine außerordentlich fähige Organisation, durch starke Opferwilligkeit, durch reichlichen Selbstaufwand zur Schaffung einer weitverzweigten Presse zusammengehalten wird und als Masse der Masse imponiert und sie anzieht.“ Es lasse sich nicht leugnen, daß die Arbeiterbewegung „im großen und ganzen noch heute unter dem Banner des Marxismus steht und überwiegend dem Banner der Sozialdemokratie folgt“. Um so nötiger sei „ein stetiges Wachstum und ein siegreiches Vorantreiben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“. Indem der Redner diese empfahl, schloß er mit den Worten: „Wir meinen es treu, ehrlich und gut mit dem Arbeiterstand, so wahr uns Gott helfe!“

Der zweite Redner zu dem Thema war der sächsische Hans Dampf in allen Gassen, Reichstagsabgeordneter Franz Wehrens. Seine sehr umfangreichen Ausführungen liefen auf eine Empfehlung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hinaus, die dem revolutionären Banner der Sozialdemokratie die schwarzweihrote Fahne mit dem Schlachtruf: Zum sozialen Frieden, für Kaiser, Reich und Christentum entgegenhalte. In der Diskussion ergab sich, daß die evangelischen Herren den christlichen Gewerkschaften, die die Führung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung beanspruchten, durchaus nicht hold sind. So sagte Superintendent Steiner (Pöfen): „Ich stehe den christlichen Gewerkschaften kritisch gegenüber; es wird ihnen schwerer, die christlichen Grundzüge aufrechtzuerhalten, als den evangelischen Arbeitervereinen; christlich-national sind in erster Linie die

Evangelischen Arbeitervereine, bei ihnen ist das Christliche und das Nationale stärker ausgeprägt als in säkularisierten christlichen Gewerkschaften.

Pastor Jilleßen-Vorlin erklärt, daß er seit fünfzig Jahren in der Arbeiterbewegung stehe; er kenne sie genau und könne die jetzigen Bestrebungen nicht mitmachen. Sein christliches Gewissen verbietet ihm, sich an Streiks und Aussperrungen zu beteiligen. Das Vorbild Jesu ist für mich maßgebend, der niemals Unrecht mit Gewalt vergalt, der alles dem anheimstellte, der da recht richtet. Ich kann demzufolge keine Organisation befürworten, die den Streik aufnimmt.

Pastor Mahlenbock-Köln: Wir haben die evangelische Arbeiterbewegung unterstützt, was aber jetzt an uns herantritt, ist anders gartet; wir können hier nicht unterstützen, daß Bürgerkriege entfacht werden und ein Stand gegen den anderen kämpft. Der Ursprung der christlichen Gewerkschaften liegt im Ultramontanismus und deshalb heißt es für die innere Mission auf der Hut sein. Und dann die Tonart in den christlichen Gewerkschaften! Man fordert auch für die Eisenbahner das Koalitionsrecht und fängt auch in ländlichen Gebieten mit der Organisation an. Da können wir nicht mitmachen! Es ist eine gefährliche Stunde. Haltet fest am lauterem Evangelium!

Pfarrer Weber (M.-Gladbach) wendet sich gegen die beiden Referenten, weil sie einseitig die Sache der christlichen Gewerkschaften betont haben. Aber wir evangelischen Arbeitervereine sind auch noch da; wir haben zuerst die Fahne der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aufgerollt, nicht die christlichen Gewerkschaften; wir haben auch ein viel sozialeres Programm, als die paar Säbe der christlichen Gewerkschaften. Ich nehme in Anspruch, daß wir für den christlich-nationalen Gedanken nicht bloß früher gekämpft, sondern auch Opfer erlitten haben.

Auf dem Standpunkt der Referenten stellen sich die Christlichsozialen Rippel (Hagen) und Klaffenbeul (Essen). In seinem Schlusswort erklärte Pastor Mahling, er habe den Eindruck, daß in der interkonfessionellen Arbeiterbewegung eine von Gott gewollte Annäherung der Konfessionen im deutschen Volke sich vollziehe. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, worin die Innere Mission erklärte, daß sie sich allen Versuchen gegenüber, sie zu einer Stellungnahme in rein wirtschaftlichen Fragen und zu einseitiger Vertretung einer einzelnen Volksschicht zu drängen, ablehnend verhalte, im übrigen aber bereit sei, der Arbeiterchaft in der Besize christlich-nationaler Bestimmung zu dienen und ihr zur Gewinnung der geistigen Ausrüstung und beim Ausbau ihrer Wohlfahrts-Einrichtungen behilflich zu sein.

Wie man sieht, stehen die evangelischen Pastoren der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht gerade günstig gegenüber; sie halten ihre Schäfschen lieber in den evangelischen Arbeitervereinen zusammen, wo sie vor ultramontaner Aufstellung ebenso sicher sind wie vor sozialdemokratischer. In einigen Wochen tritt der zweite „Christlich-nationale Arbeiterkongress“ zusammen, an dem sich die christlichen Gewerkschaften und die katholischen und evangelischen Arbeitervereine beteiligen. Wenn dort in hohen Tönen von der Macht und der Einigkeit der christlich-nationalen Arbeiterchaft geredet wird, weiß man — nach der Essener Tagung der Innere Mission —, was von dieser Einigkeit zu halten ist.

Preußliche Reaktion in österreichischer Beleuchtung.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ bespricht die glorreiche Aktion unserer Polizei gegen die Parteischule in einem Leitartikel und kommt nach einer scharfen Charakterisierung der preußischen Reaktion, die nur in den Formen verändert, im Geiste aber die gleiche ist wie im Vormärz“ zu Ausführungen, die unseren preußischen Staatslenkern zu denken geben müßten, wenn nicht der bleiche Sozialistenhaß ihnen das Denken über Angelegenheiten, bei denen die Stellung zur Sozialdemokratie mit in Frage kommt, unmöglich machen würde. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt nämlich u. a.:

Diese Sache geht auch Oesterreich an, und es ist auch unser staatliches Recht, das von der preußischen Polizei hier mit Füßen getreten wird. Seit Jahrzehnten wird mit österreichischen Staatsbürgern in Preußen-Deutschland in einer Weise umgesprungen, die nicht nur eine Schande für dieses Preußen-Deutschland, sondern nicht minder eine blutige Verhöhnung unserer Rechte als benachbarter, befreundeter und verbündeter Staat ist. . . . Nun wird österreichischen Bürgern sogar die Ausübung ihres Berufes in Berlin verboten! Für die Berliner Polizei mag es erhehlich scheinen, daß jene Schule eine sozialdemokratische Gründung ist und daß an ihr soziale Disziplinen gelehrt werden. Aber nach unseren bestehenden österreichischen Begriffen ist eine Schule eine Schule, ein wissenschaftlicher Lehrer ein wissenschaftlicher Lehrer — und Gesinnung geht die Polizei nichts an! Der Lehrer Hlserding hat keine „Sozialdemokratie“ vorgetragen, sondern deutsche Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie, und wenn man ihn unter der Drohung der Ausweisung den Bericht auf seine Lehrtätigkeit erpreßt, so ist ihm gegenüber der völkerrechtliche Grundsatz verletzt worden, der den fremden Staatsbürgern in ihrem Beruf die gleichen Bürgerrechte sichert, die der andere Staat den eigenen zubilligt. . . . Ob es sich mit der preußischen Verfassung verträgt, daß die preußische Regierung die Sozialdemokraten als Staatsbürger minderen Rechts behandelt, ist zu unteruchen nicht unsere Sache. Aber, daß in Oesterreich die Gleichberechtigung der Staatsbürger soweit durchgesetzt ist, daß es gleichgültig sein muß, welcher politischen Gesinnung der Staatsbürger sei, dessen Recht durch den fremden Staat verletzt wird, das ist seinem Zweck ausgelegt und wird insbesondere die Sozialdemokratie in Oesterreich einem Zweifel nicht aussetzen lassen. Die schandige Behandlung der österreichischen Gelehrten durch die preußische Polizei, die Unterbindung seines Lehramtes gegen Recht und Sittlichkeit ist eine wahre Verletzung unserer staatsrechtlichen Rechte und muß als solche auch von dem offiziellen Oesterreich energisch abgewiesen werden.

Es wird jedenfalls dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik zur Kenntnis gebracht werden, und an allen Orten, insbesondere in der Delegation, eine ausreichende Beleuchtung erfahren. Die Herren in Berlin geben auf auswärtige Sympathien wenig, aber es wäre doch vermünftig, wenn sie einmal überlegen wollten, was solche sinnlosen Polizeistreiche der deutschen Politik eintragen. Sie haben jener Schule nichts anzuhängen vermocht, und was sie erreicht haben, ist nicht mehr, als daß sie einen einzelnen Menschen in seiner Entwicklung und plumper Hand lösen. Aber sie zwingen zu Verfassungsverstößen und Vorkäufen wider den Dreikönig auch die Parteien in Oesterreich, die in dem Militärbündnis auch ein Friedensbündnis sahen und verteidigten; sie hürten die Vorstellung, daß die preußische Reaktion den Wunsch hat,

auch nach außen zu wirken. Ob der erreichte Erfolg diese Folgen auslöset, könnte man in Berlin einmal auch prüfen. Aber geschäftige und brutal-willkürliche Behandlung seiner Staatsbürger muß Oesterreich zurückweisen und wird es abzuwehren haben, denn man will ja nicht bloß in Marokko, sondern auch in Berlin zivilisiert behandelt werden.“

So die „Wiener Arbeiterzeitung“. Ein Gefühl bitterer Beschämung und heißen Zornes muß den deutschen Arbeiter ergreifen, wenn er da liest, daß in Oesterreich die Gleichberechtigung der Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre Gesinnung erreicht ist. Je mehr das Ausland fortschreitet, um so erschreckender und empörender tritt der Abstand Preußen-Deutschland von wahrer Kultur zu Tage. Preußen in der Welt hintenan!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Oktober 1907.

Der Freisinn als Schutztruppe der Brot- und Fleischwucherer.

In einem neuesten Artikel macht Herr Raumann folgendes interessante Geständnis:

„Die Grundlage der Bülow'schen Majorität ist erstens ein Eintreten für die Militärforderungen der Regierung und zweitens ein Ruhehalten der Zollfragen bis auf weiteres. In beiden Dingen liegen wichtige und schwere Zugeständnisse des Liberalismus. . . . Die Konservativen gewinnen demnach im Bloch Bülow's ohne alle besonderen Anstrengungen eine größere Sicherheit ihres Raubes vom Dezember 1902, während der Liberalismus eben dadurch einen Teil seines Programms einweisen außer Betrieb setzt, was ihm von vielen seiner Wähler sehr verdächtig wird. Man beachte beispielsweise, wie vorsichtig und gelinde auf den freisinnigen Parteitag der letzten Zeit der Zollkampf geführt wurde!“

Das ist genau daselbe, was die Sozialdemokratie seit Wochen behauptet hat! Jetzt bestätigt der freisinnige Herr Raumann, daß die liberale Blochpolitik den Junkern ihren Zollraub sichert! Daß Herr Raumann trotzdem diese Blochpolitik verteidigt, macht sein Eingeständnis nur noch wirksamer und pikanter!

Wie sich ostafrikanische Kulturpioniere „erholen“.

Herr Konrad Alberti, einer der journalistischen Reisebegleiter Dernburg's, gibt folgendes niedliche Stimmungsbild von der Art, wie sich deutsche Pflanzler in Ostafrika zu erholen pflegen:

„Im „Deutschen Kaiser“ in Tanga ging's hoch her. Von den Höhen Usambaras, aus den Steppen des Pangani waren mehrere Pflanzler zusammengelommen, die ihre Geschäfte nach Tanga führten: starke, bärtige Männer in verschliffenen Kaki. Das war ein Begrüßen, Händelschütteln, Zutrinken! Monatelang hatten diese Leute in der Verlassenheit ihrer Anlagen gefessen, die unverheirateten kaum ein weiches Gesicht gesehen, und jetzt unter ihredgleichen, mit den eben aus Europa gekommenen Hotelgästen beisammen sitzend, fühlten sie sich wie befreit, für einige Tage wenigstens von der Eintönigkeit ihrer Arbeit. Flasche auf Flasche ward entfort — gemeinsam ward getrunken, geliebt, gelungen. . . . Die Gesichter wurden röter, die in den Bergen, im Busch zurückgehaltene Lebenskraft verlangte nach irgend welcher Betätigung. Man wärfelt, man redet sich in die Höhe, man spielt Karten, man trinkt von neuem. Aber all dies ist noch nicht genug, die Nerven dieser riesenstarken Männer, einmal erregt, verlangen energisere Bewegung. Man tritt zum Ringkampf an, man wirft sich hin und her, man wälzt sich am Boden. Die festen Möbel erregen die Aufmerksamkeit; man probiert an ihnen die seit Wochen aufgeschobene Kraft: lautes Schreien, übermütiges Lachen — und unter wildem Krachen fliegen die schweren Bombajesseln, die Tische aus eihartem Kienholz in Trümmer. Der Wirt steht schamzeln dabei: er weiß, alles das ist nicht so hös gemeint und er wird reichlich entschädigt. Gläser und Teller, Flaschen und Töpfe folgen dem Holz und splintern in Atome, indes der ausgelassene Kreis bei jedem neuen Krach in grolles Geschrei ausbricht. So geht es die ganze Nacht durch, Zechen, Durcheinanderschreien, Ringkämpfe, Möbelvernichtung: die Regerebons stehen saunend im Hintergrund und reihen die Lippen auf.“

Solches Amüsement kostet natürlich ein hübsches Stück Geld. Aber die Herren haben's ja. Die Eingeborenen sind ihnen ja durch einen Regierungsverlaß zu 90 tägiger Zwangsarbeit verpflichtet!

Von der Behandlung dieser Zwangsarbeiter kann man sich bei so temperamentvollen Reden ja ungefähr eine Vorstellung machen!

„Post“-Töne.

Die „Post“ lobt in dem ihre eigenen Sauberdeuten über unsere gestrige Feststellung, daß die von Wahrheitswidrigkeiten strotzende sogenannte „Inskript“ an die „Post“ über die Ermordung des russischen Revolutionärs Noblau wortgetreu einige Tage vor ihrer Veröffentlichung durch die „Post“ in den Blättern der baltischen Adelpartei gefunden hat. Die edle „Post“ glaubt sich von dieser Feststellung durch eine Plut liebenswürdiger Kofenworter („unabhängige Kampfesweise des Noerenblattes“, „Unvergleichlichkeit“ und dergleichen) loslösen zu können. Vergebliches Bemühen, den „Post“-Schwandel aus der Welt zu legen! Sie bestreitet unter Vöbelen, daß die „Inskript“ ein wortgetreuer Abdruck des in den Blättern der baltischen Adelpartei enthaltenen Artikels ist, behauptet aber im selben Atemzuge, — daß ihr diese Blätter „nicht vorgelegen“ haben. Diese neueste Leistung der „Post“ war wirklich zum Beweise für die Wichtigkeit der v. Stammischen Behauptung über die „Post“-Esel entbehrlich. Aber wir nehmen ihr die Beweisdarbringung nicht abel. Wir forderten die „Post“ auf, wenn sie andere Quellen für die von ihr verlastete Verurteilung der gräßlichen in Rußland verübten Greuelthaten hat, so solle sie damit heraustrücken, das läßt sie hübsch bleiben! —

Ein löstlicher Hercefall der Firma „Bildung und Besitz“.

Zum preußischen Geldsachgeordneten für den Wahlkreis Göttingen-Künden wurde vor einigen Tagen in der Erlohwahl der „nationalliberale“ Landwirt und Landwirtebinder Heine gewählt. Herr Heine hat sich aber auch in der Wahlbewegung als der würdige Kandidat des geistreichen Dreiflüssenwahlrechts erwiesen. Er mußte sich nachlassen lassen, daß er seine in Münden gehaltene Programmsrede fast wortgetreu dem agrarischen Wahl-V.B.C. „entlehnt“ habe. Auf diese Weise wollte er wahrscheinlich seinen offiziell-bündnerischen Segnern, die die Echtheit seiner Bundesweise schände bezweifelten, überzeugen, daß er fogar ein Bündler ist, wie er nahezu wörtlich in agrarischen Lebensbuch steht. Daß ihr Kandidat keine agrarischen Reinungen zu diesem Zwecke gleich auswendig lernte, scheint die bildungsstolzen Nationalliberalen doch verdrossen zu haben. In ihrer Verlegenheit griffen sie aber zu einem Auskunftsmittel, das womöglich noch

etwas dämmer war. Sie besuchten zuerst die ganze Geschichte einfach wegzulügen. Die nationalliberale „Göttinger Zeitung“ wagte zu behaupten, die Sache sei schlankweg erfunden. Weil aber Lügen kurze Weine haben, rückten die Bündler Herrn Heine öffentlich mit dem dokumentarischen Beweis auf den Leib. Sie gaben folgende Parallestellen wieder.

Rede Heine's.
„Seit den Tagen des flaffigen Albertus bis in die Gegenwart hat man immer und überall den Staat für den besten gehalten, in dem die mittleren Epistzen und Vermögen am zahlreichsten vertreten waren, die Klust zwischen Reich und Arm also am geringsten erdient und das Aufsteigen aus Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit am leichtesten vor sich ging. Ich sehe in der Mittelhandsfrage hauptsächlich mit die soziale Frage und ich erblicke in der Agrarfrage, Handwerkerfrage, Detailistenfrage usw. nur verschiedene Seiten der einen großen Frage der Erhaltung und Stärkung unseres freien deutschen Mittelstandes.“

A. V. C. - Buch.
„Seit den Tagen der Antike (Aristoteles usw.) bis in unsere Gegenwart hat man immer und überall den Staat für den besten gehalten, in dem die mittleren Epistzen und Vermögen am zahlreichsten vertreten waren, die Klust zwischen Reich und Arm also am geringsten erdient und das Aufsteigen aus den niedrigeren Volksschichten in die höheren, aus der Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit verhältnismäßig am leichtesten vor sich ging. . . . Dem gegenüber erbilden wir gerade in der Mittelhandsfrage „die soziale Frage“ und sehen in der Agrarfrage, Handwerkerfrage, Detailistenfrage usw. nur verschiedene Seiten der einen großen Frage der Erhaltung und Stärkung unseres freien deutschen wirtständigen Mittelstandes.“

Ueber den Begriff „Mittelstand“
sind sich weder die Gelehrten noch die Parteien einig, selbst die nächstbeteiligten nicht. Jedemfalls darf man zum Mittelstand (im weiteren Sinne) alle die Bevölkerungsklassen rechnen, die zwischen der Arbeiterchaft einerseits und dem großkapitalistischen Unternehmertum andererseits zu rechnen, auch wohl die meisten sogenannten freien Berufe. . . . Dazu wären mithin auch sehr viele Beamtenkategorien (öffentliche und private), sowie solche von technischen und Handelsangestellten zu rechnen und wohl die meisten sogenannten freien Berufe (Geistliche, Lehrer, Ärzte usw.) Hier kommt nur der Mittelstand in engerem Wortsinne in Betracht, d. h. der klaffenbewußte wirtständliche Mittelstand in Stadt und Land. . . . mithin hauptsächlich die Landwirte, die Kleingewerbetreibenden (Handwerker) und die Detailisten (mittleren und kleineren Kaufleute). . . . Wir sind allerdings der Ansicht, daß ein kräftiger und gesunder selbständiger Mittelstand vorhanden sein muß, wenn Volk und Staat bestehen sollen.“

(„Mündener Tageblatt“ Nr. 185).

Was sagte Herr Heine nun? Er sagte, er besitze das Wahl-V.B.C. des Bundes der Landwirte gar nicht. Die Rehnlichkeit der Sache komme daher, daß ihm als altem Bundesmitglied diese Gedanken längst geläufig gewesen seien. Mit Recht erklären die Bündler, daß er mit dieser Erklärung seine Sache bedeutend verschlimmert habe. Daß ein unselbständiger Geist eine Anzahl fremder Sätze lapiert, ist nicht so schlimm wie eine solche unwohndhafte Ableugnung.

Herr Geo Schmidt und sein — Mädchenpensionat.

Der Verteidiger Geo Schmidt, Rechtsanwalt Bredere, erucht und um die Feststellung, daß die Stelle in dem Bericht über den Kölner Prozeß, wo Geo Schmidt auf die Frage, ob er sich einen Harem gehalten habe, mit Ja geantwortet haben soll, unrichtig sei. Da der Verfasser des Berichtes Herrn Bredere, wie wir aus einer beigelegten Abschrift eines Briefes ersehen, bestätigt, daß Schmidt die Frage verneint und nicht bejaht habe, so geben auch wir anstandslos unseren Lesern von dieser Verächtigung Kenntnis.

Nur will es uns scheinen, als ob diese Verächtigung des Berichtes an den Tatsachen selbst recht wenig ändere.

Vater Müller behandelte besamtsch, daß ihm Leutnant Ricd erzählt habe, aberall, wohin er gekommen sei, habe sich ihm eine Frau oder ein Mädchen als „Frau“ Schmidts vorgestellt. Ferner habe ihm Kulowina gesagt, man tue gut, die Mädchen vor Schmidt auf eine Farm zu bringen.

Tatsache ist ferner, daß Schmidt sich eine Anzahl junger Mädchen gehalten und sie auch auf Reisen mitgeführt hat. Zu diesen Mädchen gehörte auch die Abdjao, und Schmidt selbst hat zugegeben, daß er mit ihr geschlechtlich verkehrt habe, freilich erst nachdem sie das 14. Jahr überschritten hatte. Ferner fragte nach dem Bericht — und dieser Teil des Berichtes ist ja bisher nicht beanstandet worden, Rechtsanwalt Court den Geo Schmidt:

„Ich möchte den Angeklagten fragen, ob er nicht mit den fünf auf der Station untergebrachten Mädchen verkehrt hat. — Vell. Schmidt: Ich habe in den sechs Jahren verschiedene Weiber gehabt, aber erst später mit ihnen verkehrt. Im ersten Dienstjahr habe ich von Mädchen auf der Station nicht ein einziges berührt, auch nicht die Abdjao.“

Also nach seiner eigenen Aussage hat Geo Schmidt mit verschiedenen dieser Mädchen geschlechtlich verkehrt, nur soll das nicht in dem ersten Jahre geschehen sein!

Herr Geo Schmidt hat sich also nicht einen Harem gehalten, sondern ein Mädchenpensionat!

Die Regierung selbst muß diese Mädchenpensionate trotzdem für nicht ganz einwandfrei gehalten haben, denn sie hat ihre Einrichtung inzwischen verboten! —

Scht liberal.

Aus dem Wahlkreise Hagen-Schwelm wird uns geschrieben:

Vor den Stadtverordnetenwahlen werden den am Dreie erschienenen Tageszeitungen die gedruckten Wählerlisten beigelegt. In diesem Jahre wandten sich unsere Parteigenossen an die Stadt, auch unserem Parteiorgan, der „Freien Presse“, 2000 Exemplare für die Hagenener Leser zur Verfügung zu stellen. Dies geschah. Als ihnen die Rechnung für die 2000 Stck über 110.64 M. zuzug, stellten die Genossen an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag, die Kosten aus dem Stadtsäckel zu bewilligen. In der Sitzung vom 30. September wurden die Kosten für die Herstellung der für die bürgerlichen Zeitungen beigelegten Listen bewilligt (21 000 Stck = 1470,50 M.). Der Antrag der Sozialdemokraten wurde, nachdem er von ihrem einzigen Vertreter im Kollegium begründet wurde, mit 13 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Ein erklaffiger Vertreter erklärte: Eine Zeitung, die nicht auf dem Boden unserer staatslichen Ordnung steht, darf nicht unterstützt werden. (Der Oberbürgermeister Gans war für den Antrag.)

Die Wähler der dritten Abteilung werden anfangs November bei den Stadtverordnetenwahlen die richtige Antwort geben. —

Eine Wilow-Akte.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: Ein von dem bekannten Vorsitzenden der Gemeinschaft der Eigenen, Schriftsteller Adolf Brand herausgegebenes Flugblatt hat zu polizeilichen Hausdurchsuchungen Veranlassung gegeben, die darauf deuten, daß ein Strafverfahren wegen Verleumdung des Reichsfänglers Fürsten von Wilow im Gange ist. Das Flugblatt trägt die Überschrift: „Fürst Wilow und die Abschaffung des § 175“ und enthält Hinweise auf die Stellung des Fürsten Wilow den Homosexuellen gegenüber, die diesen zu beleidigen geeignet sind. Der Reichsfängler soll deshalb bereits den Strafamtproz. gestellt haben. Am Montagabend 9 Uhr wurde nun bei dem bekannten „Reichsbanner“-Schriftsteller Joachim Gehlsen in Charlottenburg im Auftrage der Staatsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung im Zwecke der Auffindung etwa vorhandener Brandflugschriften abgehalten. Solche wurden nicht vorgefunden und die Polizei begnügte sich mit der Mitnahme einiger belanglosen Manuskripte, die weder mit Herrn Brand, noch mit dem Fürsten v. Wilow etwas zu tun haben sollen, sowie mit der Mitnahme einiger Brandflugschriften. Kurze Zeit vorher ist auch bei Adolf Brand in Wilhelmshagen (Markt) polizeiliche Hausdurchsuchung abgehalten worden, auch dort soll außer einer Anzahl Flugblätter nichts gefunden worden sein.

Eine unmenschliche Strafe. Das Kriegsgericht in Regensburg beurteilte einen armen Soldaten, der einem anderen 1 Mark entwendet hatte, zu der ungeheuren Strafe von 1 Jahr Gefängnis! — Bei der Beurteilung von Soldatenschieden hat man bisher eine solche Härte nicht bemerkt.

Zur Reblandbekämpfung.

Die Bekämpfung der Rebland schien lange Zeit ein unlösbares Problem zu sein, bis Versuche mit aus Amerika bezogenen Neben ergaben, daß diese gegen die Rebland im nun sind und daß eine erfolgreiche Bekämpfung des Schädling durch Ausschöpfen einheimischer Nebsorten auf die sogenannte Amerikanerweide möglich sei. Die Regierung des Reichslandes hatte diese Möglichkeit der Reblandbekämpfung bald erkannt. Die preussische Regierung dagegen, allen Reuerungen abhold, verweigerte sich auf die Herstellung eines mehrere Kilometer breiten Schutzbereichs in den Weingebieten längs der lothringisch-preussischen Grenze und glaubte, dadurch sei ein Uebergriff der Rebland auf gesunde Weingebiete unmöglich gemacht. In diesem Schutzbereich mühten sich nicht nur die versuchten Herde sondern auch gesunde Weinbaugebiete vernichtet werden, womit eine gewaltige Schädigung des lothringischen Weinbaues und der reichsländischen Finanzen verbunden war. Jetzt endlich ist es der reichsländischen Regierung gelungen, die preussische Regierung von ihrer verkehrten Auffassung abzubringen. Amlich wird bekannt gegeben, daß durch die Inspektionsreise des Staatssekretärs v. Bismarck-Holtweg, des preussischen Landwirtschaftsminister v. Arnim und des reichsländischen Unterstaatssekretärs Born v. Wulach festgestellt wurde, daß die Errichtung eines Schutzbereichs gegen die Rheinprovinz überflüssig sei. Man will nun Teile von Lothringen und der Rheinprovinz zu einem Schutzbereich zusammenlegen, um dort in gegenseitigem Einverständnis der beiden Regierungen und im Einverständnis mit dem Reich die Bekämpfungsbemühungen gegen die Rebland vorzunehmen. Es soll das jeder Staat auf seinem Gebiete und durch seine eigenen Organe besorgen. Die Vernichtungen beschränken sich auf versuchte oder verdächtige Erträge, eine Vernichtung gesunder Anlagen — wie die Herstellung des Schutzbereichs sie gefordert hätte — ist nicht vorgesehen.

Windhuk wird Weltstadt.

Das traurige südwestafrikanische Kap Windhuk soll Weltstadt werden. Die dortige Polizeibehörde will es so und hat bereits das nötige dazu angeordnet: Ein Verbot des Baues von Wellblechhäusern ist in Windhuk erlassen worden. Die bestehenden Wellblechhäuser müssen bis zum 1. Oktober abgerissen sein. Unter der Bevölkerung hat das Aberrückende Verbot Verwirrung erregt, und der Bezirksverein Windhuk hat sich in seiner August-Versammlung eingehend damit beschäftigt. Aus dem Schoße des Vereins wurde geltend gemacht, Windhuk brauche keine Luststadt zu sein. Zum Schluß wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen: „Das kaiserliche Bezirksamt wird gebeten, Eigentümern in Windhuk, die ihr Grundstück bereits mit einem massiven Hause bebaut haben, die Bauerlaubnis zur Anlage von Wellblech- oder Holzgebäuden, die wirtschaftlichen Zwecken, wie Ställen, Probierräumen usw. dienen nicht, wie es bereits in einzelnen Fällen geschah, zu versagen.“ Wir wissen nicht, ob diese faule Anordnung mit Wissen oder gar auf Veranlassung des neuen Gouverneurs Schumann erlassen worden ist, obwohl solche Erlasse doch unmöglich von subalternen Behörden ausgeben können. Herr Schumann wettete seinerzeit gegen das nächste Schreiben auf der Friedrichstraße in Berlin. Die Reichshauptstadt war ihm zu sehr Weltstadt. Nun scheint ihm Windhuk zu sehr Arabienwinkel zu sein. Als Herr Schumann noch Parlamentarier war, war ihm von seiner Antipathie gegen Blech noch nichts anzumerken!

Ungarn.

Der 10. Oktober.

Budapest, 1. Oktober. Die Vorbereitungen für den am 10. Oktober geplanten Generalfreitag zugunsten des allgemeinen Wahlrechts nehmen den größten Umfang an, da sich der Bewegung die Industriearbeiter, die Angehörigen der Lebensmittelbranche und die Kleinrentner des ganzen Landes anschließen.

Dänemark.

Die dänische „Kulturpolitik“ in Grönland.

Schon seit einer Reihe von Jahren hat sich die dänische Presse, vor allem die sozialdemokratische, wiederholt mit den Zuständen in der dänischen Kolonie Grönland beschäftigt. Es war im Jahre 1904, als ein dänischer Zimmermann, der drei Jahre lang im Dienste des Königlich grönländischen Handels tätig gewesen war, in „Social-Demokraten“ ausführlich die Handelswirtschaft schilderte, die sich unter der Herrschaft dieser Kapitalistengesellschaft entwickelt hat, die allein berechtigt ist, in Grönland Handel zu treiben. Verträgerische Ausbeutung, Trunksucht, Mißhandlung und Vergiftung der Eingeborenen mit Alkohol, geschlechtliche Ausschweifungen der „Kulturträger“, darauf liefen die Beschuldigungen hinaus. Aus den Schilderungen gewann man den Eindruck, daß der Tropenkolonial eine Krankheit ist, die auch im eigenen Norden gebräutet. Da war z. B. ein grönländischer Ratse. Vater von acht Kindern; den füllte man immer von neuem mit Brennwein, wenn er es wagte, dagegen zu protestieren, daß seine Ehefrau von den Beamten des Alkoholwerts in Jigtut als Prostituierte mißbraucht wurde. Natürlich degenerierte die ganze Familie.

Die Veröffentlichungen in „Social-Demokraten“, Klagen der Grönländer, die Alvin Gröfhen von seiner Grönlandreise mitbrachte, und Verhandlungen im dänischen Reichstag führten zu einigen administrativen Maßnahmen. Ein junger Geistlicher, der, statt den Grönländern ein leuchtendes Vorbild zu geben, sich so zu besaufen pflegte, daß man ihn auf einen Wagen laden mußte wie ein Stück Vieh, der daneben natürlich auch anderen Ausschweifungen frönte, wurde zurückberufen und erhielt in Dänemark — eine Stelle als Seminarlehrer. Einzelne andere Beamte wurden ebenfalls aus Grönland entfernt, aber im allgemeinen blieb alles beim alten.

Im November vorigen Jahres ernannte die dänische Regierung eine Kommission, die besonders die Aufgabe hatte, die Verhältnisse der grönländischen Handelsgesellschaft zu untersuchen.

Das Ergebnis der Untersuchung, die bereits im Mai dieses Jahres abgeschlossen war, wird bis jetzt geheim gehalten. Wie ein bürgerliches Blatt, „Berlingske Tidende“, erfahren hat, soll das Kommissionsgutachten eine scharfe Kritik der Leitung des „grönländischen Handels“ enthalten. Bezeichnend für die Art, wie die Regierung die Untersuchung einleitete, ist, daß sie den Chef der grönländischen Handelsgesellschaft zum Vorsitzenden der Kommission ernannte, die doch keine eigene Geschäftsführung zu prüfen hatte!

Der dänische Staat hat von Grönland nichts als ein von Jahr zu Jahr steigendes Defizit; im Budgetjahr 1900—1901 waren es 90 000 Kronen, 1906—1907 291 000 Kronen. Der „Handel“ aber beutet die Grönländer, denen es verboten ist, auch die kleinste Kleinigkeit an andere Leute zu verkaufen und von anderen zu kaufen, in unerschöpflicher Weise aus. An den von Grönländern gekauften Warenpelzen verdient die Monopolgesellschaft 660 bis 1233 Proz., an Fischpelzen 2200 bis 3800 Proz., an Flaumfedern 2700 Proz., und ihre Fische müssen die Grönländer ebenfalls zu Spottpreisen verkaufen, damit der „Handel“ seine Bücherprocente einheimen kann! Gleichzeitig zieht der „Handel“ wucherischen Gewinn von Waren, die nach Grönland eingeführt werden: An Gerstengraupen werden 244 Proz. „verdient“, an Brot 128, an Weizenmehl 128, an Kandis 203, an Zucker 100 bis 166 Proz.

Wie das privatkapitalistische Interesse über das Interesse des Staates gestellt wird, dafür zeugt die Tatsache, daß das Ausbeutungsrecht auf die Kupfer-, Robbe-, Welf- und Grafitlager in Westgrönland einem Großkaufmann auf 20 Jahre gegen die geringe Abgabe von 10 Proz. des Nettogewinnes überlassen worden ist. Diesem Manne steht es frei, die Konzession an irgend welche anderen Leute zu übertragen. Neben dänischen bewerben sich jetzt englische Kapitalisten darum, und der Staat steht ruhig zu, wie ein Privatmann aus den unterirdischen Reichtümern der Kolonie Bücherprofite zieht.

Finnland.

Zarentreuepflicht.

Stefningsfors, 1. Oktober. Die Finanzkommission, an die der finnische Landtag am 11. September die Vorlage über die Bewilligung von 20 Millionen Mark für die militärischen Bedürfnisse des russischen Reiches überwiesen hatte, hat sich für die Bewilligung ausgesprochen.

Indien.

Die englische Kolonialschwäche.

Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Kalkutta gemeldet: Keir Hardie, das der Arbeiterpartei angehörige Mitglied des Unterhauses, der zugleich das östliche Bengalen unter dem Vorkauf der Leiter der Eingeborenenbewegung bereist und überall von den Hindus mit großer Begeisterung aufgenommen wird, erklärte in mehreren Reden, er halte Indien für ebenso berechtigt zur Selbstverwaltung wie Kanada, und er werde sein Bestes tun, um Indien zu einer Kolonie mit Selbstverwaltung zu machen.

Nach einem Telegramm, welches das „Berliner Tageblatt“ von seinem Londoner Korrespondenten erhielt, soll sich Keir Hardie einem Interview gegenüber folgendermaßen geäußert haben: Er habe seit seiner Ankunft in Ahmednagar Tatsachen erfahren, die klar erweisen, daß in diesem Distrikt Indiens Verwaltungs-methoden üblich sind, die sich mit denen in Russland decken, und daß dazwischen Grausamkeiten begangen würden, die, wenn sie in England bekannt würden, ebensolche Entrüstung hervorrufen würden, wie die der Türken in Armenien.

Amerika.

Der alle christliche Roosevelt.

New York, 1. Oktober. Präsident Roosevelt hielt bei der Enthüllung des Mac Kinley-Denkmals eine Rede, worin er allgemeine Betrachtungen über „ethisch und unchristlich erworbenen Reichtum“ anstellte. Die ethische Arbeit und der Kapitalismus sei zu schämen. Ein Teil der südamerikanischen Republiken habe das unterlassen und sei deshalb in der Entwicklung zurückgeblieben; die es aber getan hätten, seien prächtig gediehen.

Die russische Revolution.

Die Unruhen im Decr.

Offiziös wird gemeldet: Petersburg, 30. September. In Verbindung mit dem gestern gemeldeten Vorfall im Dreißigen Regiment in Sewastopol sind heute dort neun Deserteure, unter diesen der frühere Leutnant der Kavalleriebrigade, Grinsh, verhaftet worden. Diese ganze Angelegenheit in Sewastopol hat höchstwahrscheinlich das Gerücht über die angebliche Meuterei auf Schiffen der Schwarzmeerflotte hervorgerufen. Daß die „angeblichen“ Dinge in Wirklichkeit nicht so harmlos waren oder noch sind, wie sie die Petersburger Telegraphenagentur darzustellen sucht, geht daraus hervor, daß privatim allmählich bestimmte Meldungen durchfließen, von denen wir beispielsweise das folgende Telegramm des „Tag“ registrieren: Sewastopol, 1. Oktober, 1 Uhr 18 Min. nachm. Im Hafen ist die Ruhe wiederhergestellt. Die Teilnehmer an der Meuterei wurden vor das Feldgericht gestellt. Drei vom Dreißigsten Regiment wurden hingerichtet. Auf dem Panzerschiffe „Esinov“ ist die Ruhe ruhiger. Die Stadt durchziehen Patrouillen. In den Hafen und den Bahnhof wird niemand ohne Erlaubnis hineingelassen. ...

Der Herr Landhauptmann.

In einem Amtsbezirk des Kreises Voroneff (Gouvernement Tschernigoff) sind die Wahlen der Vauernbevollmächtigten infolge des „eigenartigen“ Auftretens des Landhauptmanns nicht zustande gekommen. Als die Gemeindeversammlung vollzählig war, erließen der Landhauptmann Gerardi und hielt eine Anrede, die darin gipfelte: Wer wählen will, mag wählen, wer nicht, möge sich entfernen. (!) Alle Anwesenden sprachen den Wunsch aus, an den Wahlen teilzunehmen. Da ergriß der Landhauptmann die Wahlleiter, zerschrie sie vor aller Augen und entfernte sich unter den Protesten der empörten Wähler. Diese Handlungswerte des energischen Landhauptmanns wurde allen Anwesenden nach dadurch hervorgehoben, daß in allen benachbarten Amtsbezirken desselben Kreises in überwiegender Majorität „Inkorporierende“ Vauernbevollmächtigte gewählt worden waren.

Aus der Partei.

Eröffnung der Parteischule.

Am gestrigen Donnerstag vormittag wurde der zweite Kursus der Parteischule, für den die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis zum 31. März 1908 vorgesehen ist, im Beisein des Lehrerkollegiums und von Vertretern des Parteivorstandes, der Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ eröffnet.

Genosse Weber begrüßte die Teilnehmer am zweiten Kursus im Namen des Parteivorstandes. Der Eingriff der Polizei in die Arbeit der Parteischule beweise, daß dieses neue Institut sich bereits die nötige Achtung bei unseren Gegnern erworben habe. Die neuen Parteischüler sollten es sich zur Pflicht machen, durch fleißige Arbeit an sich selbst diese Achtung noch zu erhöhen. So bemerklich es sei, daß zwei Berufsleute der Schule nunmehr entzogen seien, so könne dadurch doch der Fortgang der Schultätigkeit nicht aufgehalten werden.

Die deutsche Sozialdemokratie verfüge in ausreichendem Maße über die wissenschaftlichen Kräfte, die die entlassenen Läden sofort zu schließen in der Lage seien. Genosse Weber schloß mit dem Wunsch an die Parteischüler, daß ihre Arbeit im Interesse der Gesamtpartei von bestem Erfolge gekrönt sein möge.

Im Namen des Lehrerkollegiums richtete Genosse Heinrich Schütz einige Worte der Begrüßung an die Parteischüler, wobei er zugleich den beiden aus dem Lehrerkollegium geschiedenen Genossen Dank und Anerkennung für ihr psychisch und erfolgreiches Wirken im ersten Kursus aussprach. So erfreulich die wohlwollende abwartende Haltung des Essener Parteitag gegenüber der Parteischule gewesen sei, ebenso erfreulich sei der Grimm der Gegner, dem sie in so plumper Weise Ausdruck gegeben hätten.

Damit schloß der Akt und die Arbeit trat in ihr Recht. Möge sie eine recht erfolgreiche sein.

Parteiliteratur.

Der österreichische Arbeiter-Kalender für 1908 ist soeben erschienen. Der Inhalt steht diesmal im Zeichen des gigantischen siegreichen Wahlkampfes: einer ausführlichen zuverlässigen Wahlführer über ganz Osterreich folgen Porträts und Biographien der 87 Abgeordneten, Aufgaben der Vertrauensmänner, Unfallversicherung, Rechte der Staatsbürger, Gewerkschaftsstatistik und eine Reihe kleinerer Notizen und wertvolles Material für jeden, besonders aber für den agitatorisch und organisatorisch tätigen Arbeiter. Tabellen, Tagesmarken und Einschreibblätter fügen sich dem praktischen Inhalte gut an. Ein Bild Emil Kautskis ist dem Kalender vorangestellt. Der Kalender ist gegen Einsendung von 90 Heller in Marken bei der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien VI, Lumpendörferstraße 18, zu haben.

Gemeindevahlsiege in Baden. Man schreibt uns: Kupfer dem bereits erwähnten Siege unserer Genossen in Dürren bei Forstheim sind vom Monat September noch folgende Resultate zu verzeichnen: In Rohrbach bei Heidelberg erhielt die sozialdemokratische Partei in der dritten Wählerklasse einen Sieg gegen die bürgerliche Nationalpartei, die mit den unlauesten Mitteln ihre Position zu halten versucht hat. In diesem Dorfe ist nun die ganze Vertretung der dritten Klasse sozialdemokratisch. Um uns nicht aufkommen zu lassen, wurde die Wahlzeit auf vormittags 8—9 Uhr verlegt in der Erwartung, daß die auswärtig wohnenden Genossen ihr Wahlrecht nicht gebrauchen. In Dammenthal, in einer Waldgemeinde des Heidelberger Amtes, wurden sämtliche neun Kandidaten der sozialdemokratischen Liste gewählt. Durch diese Lebenszeichen der „Niedergerittenen“ aus den Dörfern des Obenwaldes ist die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevetreter des Heidelberger Kreises schon auf über hundert angewachsen.

Personalien. Genosse Bruno Sommer, Arbeitersekretär in Sant, wird die Redaktion des „Volksboten“ zu Sieltiu erst am 1. November übernehmen.

Die „Justice“ und Dr. Morley.

London, 28. September. Das sozialdemokratische Wochenblatt Englands, die von Duell redigierte „Justice“, darf nicht mehr in Indien zirkulieren. Die aus Oshmans Feder stammenden Artikel über die englische Politik in Indien wurden der britisch-indischen Regierung gefährlich.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Freispruch.

Torgau, 1. Oktober.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute stand Genosse Redakteur Fritz Döbel, Dresden vor dem hiesigen Landgericht wegen Verleumdung südwestafrikanischer Beamter, die er in einer Bahreide im Liebenwerder Kreis bezichtigt haben sollte. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis — das Gericht erkannte auf Freispruch.

Strasfente der Presse. Vor dem Schöffengericht in Offenburg (Baden) fand, wie man uns von dort schreibt, der erste Verhörsprozess gegen das sozialdemokratische Wochenblatt „Volksblatt“ statt. Als Kläger trat der katholische Kaplan Wintermantel-Gengenbach auf, einer der eifrigsten Agitatoren der Zentrumspartei in der dortigen Gegend, und Mitarbeiter der heftigsten Zentrumspresse. Das Gericht, dessen Vorsitzender ebenfalls ein Zentrumangehöriger ist, mußte dem Genossen Peter Haberer-Offenburg den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs einräumen, verhängte aber, wie schon kurz gemeldet, eine Geldstrafe von vierzig Mark.

Gegen dasselbe Parteiorgan schwebt noch eine Privatklage wegen Verleumdung des Verlegers des dortigen Zentrumorgan „Offenb. Jg.“, der sich dagegen wehrt, daß es als ein Handel mit Menschenfleisch bezeichnet wurde, wenn im Inseratenteil eines christlichen Blattes reiche, katholische Mädchen von unternehmungslustigen, unbemittelten Herren zum „Eingeheiraten ins Geschäft“ gesucht werden.

Eine Erklärung für diese ungewöhnliche Anhäufung der Verhörsprozesse gegen das sozialdemokratische Wochenblatt „Volksblatt“ geben die sozialdemokratische Presse sich richtig, glaubt man darin zu finden, daß unsere badischen Gerichtshöfe immer mehr mit Richtern besetzt werden, welche der Zentrumströmung angehören. Davon kostet die Geistesfreiheit die — Vernichtung der gegnerischen Presse.

Der Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg, Genosse Simon, wurde wegen Verleumdung des Prokuristen Pfeiffer von der Maschinenfabrik Augsburg, des geistigen Leiters der dortigen Gelden, zu 25 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkchaftliches.

Christliche Streikwürger.

Der Streik der christlichen Ziegler in Achenheim im Elsas wurde vor einiger Zeit für beendet erklärt. Wie dies vor sich ging, verdient als „christliches“ Charakteristikum in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Schon in den letzten Wochen des Kampfes ließ sich die christliche Streikleitung wenig im Streitgebiet sehen. Als am Mittwoch, den 11. September, die Unterstützung ausgezahlt werden sollte, war von der Streikleitung niemand zur Stelle, und erst nachdem der Vorstand der Achenheimer Verbandsfiliale mehrere Male bei der Streikleitung in Straßburg angefragt hatte, erhielt er die Antwort, daß am Sonntag, den 14. September, die Auszahlung erfolge. Nachdem die Unterstützung an diesem Tage durch die „christlichen Führer“ Kuhn-Straßburg und Wechsler-Künzchen erfolgt war, erklärten diese kurzerhand ohne Beschluß einer Versammlung der Streikenden, daß der Streik aufgehoben (!) sei und keine Unterstützung mehr gezahlt werde. Daß diese Erklärung der christlichen Streikleiter helle Empörung unter den Arbeitern wahrrief, läßt sich denken. Sie kamen zum Teil noch am Abend in das Arbeiterssekretariat nach Straßburg, äußerten, sich dem freien Verband anschließen zu wollen und es wurde nun mit ihrem Einverständnis auf Montag, den 16. September, eine Versammlung der Streikenden in Achenheim anberaumt. Als diese Bewegung zu den Ohren der christlichen Streikleiter kam, bekamen es diese mit der Angst um ihre Mitglieder zu tun und sie fanden sich am Montag schon vor der Versammlung ein, um nun zu erklären, daß für diejenigen, die als gemäßigert auf der Strecke bleiben, die Streikunterstützung weiter gezahlt würde.

Nicht die Menschlichkeit gegenüber den Streikenden war es, die veranlaßte, daß nun die Unterstützung weiter gesucht wird, sondern nur die Furcht vor der freien Gewerkschaft. Der ganze Vorgang aber zeigt wieder einmal die „christlichen Führer“ im schönsten Dichte.

Berlin und Umgegend.

An der Tarifbewegung der Lötter sind auch die Arbeiter, welche ihnen das Material zutragen, die Lötterträger, beteiligt. Ebenso wie die Lötter wehren sich auch die Träger gegen eine Verschlechterung ihres Tarifes, den die Innung gekündigt, sich aber nicht in Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Tarifes mit der Organisation der Träger eingelassen hat. Am Montagabend hielten die im Verbands der Bauhilfsarbeiter organisierten Lötterträger eine stark besuchte Versammlung ab, die sich mit der Frage beschäftigte, welche Taktik die Träger in der gegenwärtigen Situation einzuschlagen haben. Das Ergebnis der Debatte war die einstimmige Annahme der folgenden Resolution:

In Erwägung, daß die Lötter-Innung den bisherigen Lohn-Tarif der Träger gekündigt hat; in weiterer Erwägung, daß die Innung einen Vertreter der Träger trotz Versprechens nicht einmal zu den Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifes herangezogen hat, spricht die Versammlung ihr tiefstes Bedauern und starke Entrüstung über die Maßnahmen der Innung aus. Die Versammlung würde als Protest gegen diese Maßnahmen der Innung sofort den Generalstreik erklären, sie nimmt aber aus Vernunftgründen hiervon Abstand und erklärt: Sollte bis Mittwochabend kein Tarif mit den Organisationen der Lötter und der Träger abgeschlossen sein, so treten die Lötterträger gemeinsam mit den Löttern in den Generalstreik und werden diesen Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln führen, bis sie den Sieg errungen haben.

Eine sehr stark besuchte Versammlung des Vereins der Lötter befand sich am Dienstag vormittag in „Wendts Klubhaus“ ebenfalls mit den Vordingen im Verus. Bekanntlich haben die Unternehmer den Gefellen einen neuen Tarif unterbreitet, der gegen den abgelaufenen bedeutende Verschlechterungen enthält und versuchen nun, durch Ausfertigung resp. Ausfertigungsandrohung die Gefellen zur Annahme dieses Tarifes zu zwingen. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß ein solches Anstehen energisch zurückgewiesen werden müsse, um so mehr, als die wirtschaftliche Position der Kollegen und die Konjunktur im Beruf durchaus nicht dazu angetan seien, materielle Schädigungen über sich ergehen zu lassen. Die Versammlung beschloß: Alle im Verein organisierten Kollegen stellen mit dem heutigen Tage die Arbeit ein. Die Kollegen rufen an ihre betr. Unternehmer das Ersuchen, sich schriftlich zu verpflichten, den bis zum 30. September in Kraft gewesenen Tarif weiter zu bezahlen. Eine weitere Maßnahmen beschließende Versammlung, zu der auch Verbandskollegen Zutritt haben sollen, soll am Freitagvormittag stattfinden. Zum Schluß legte die Versammlung Betwahrung ein gegen den Vorwurf, die Sozialisten hätten sich nicht genügend um die Bewegung gekümmert. Sie hatten nicht nur das getan, sondern auch über ihre Bereitwilligkeit, mit den Verbandskollegen gemeinsam vorzugehen, keinen Zweifel gelassen, wie die Berichte in der „Einigkeit“ beweisen.

Die Tarifbewegung der Eisenarbeiter

wird sicher zu einem Kampf führen, falls die Arbeitgeber sich nicht binnen wenigen Tagen noch zu einem für die Arbeiter annehmbaren Friedensschluß bereitfinden. Die öffentliche Versammlung der Eisenarbeiter und Arbeiterinnen, die am Montag in Prantes Festsaal stattfand, faßte formell den Beschluß, die Arbeit am nächsten Tage, also sofort nach Ablauf des alten Tarifvertrages, niederzulegen; doch stimmte eine starke Minderheit für den Vorschlag der Vertagung, erst nach dem Einigungsamt anzurufen, so daß man schließlich auf die Durchführung des Streikbeschlusses vorläufig verzichtete. Außerdem zeugte auch der ganze Verlauf der Versammlung dafür, daß die Gebuld der Arbeiter und Arbeiterinnen erschöpft ist. Sie haben ja auch den Unternehmern in der vierteljährigen Kündigungsfrist Zeit genug zur Ueberlegung und Verhandlung über die sehr bescheidenen Forderungen gelassen. Zunächst gab der Obmann **Bruce** von der Tarifkommission Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, die am Freitag unter Vorsitz des Gewerberichters Dr. Meyer stattgefunden haben, deren allzu mageres Ergebnis im „Vorwärts“ am Sonnabend kurz mitgeteilt wurde. Die Verhandlungen selbst waren außerordentlich schwierig. In allen wichtigen einschneidenden Punkten kamen die Arbeitnehmervertreter den Wünschen der Arbeitgeber entgegen, u. a. hinsichtlich der dreijährigen Vertragsdauer an Stelle der bisher zweijährigen. Aber die Erwartung, daß die Arbeitgeber nun auch ihrerseits Entgegenkommen zeigen würden, wurde gründlich enttäuscht. Die Forderung der Arbeitszeitverkürzung von 9 auf 8 1/2 Stunden beantworteten sie mit dem Angebot einer halbstündigen Verkürzung der Aufenthaltszeit in den Betrieben durch entsprechende Verkürzung der Frühstück- und Mittagspausen. An Stelle der Durchschnittslöhne Mindestlöhne für die Arbeiter festzusetzen, lehnten sie rundweg ab, obwohl sie, merkwürdig genug, für die Arbeiterinnen die geforderten Bedingungen bewilligten. Bei ruhiger Ueberlegung müßten die Arbeitgeber in ihrem eigenen Interesse für die Befreiung der höchst unpraktischen Bestimmung über den Durchschnittslohn sein, die namentlich bei Neueinstellungen immer wieder zu Streitigkeiten führt, welche bei Festsetzung eines Mindestlohnes vermieden werden. Sie hätten auf den geforderten Mindestlohn von 62 Pf. um so leichter eingehen können, da eine Ausnahmebestimmung für solche Arbeiter vorgeschlagen war, die nach dem Urteil der Sachverständigenkommission für minderleistungsfähig erachtet werden, und die sich eventuell mit 45 Pf. Mindestlohn begnügen sollten. Das Angebot der Arbeitgeber über die Lohnzulage, 2 1/2 Proz. jährlich während der dreijährigen Vertragsdauer, was dreimal einen ganzen Pfennig ausmacht, ist im „Vorwärts“ bereits berichtet worden. Sonderbar ist es auch, daß die Arbeitgeber die Bestimmung, daß in Betrieben, wo günstigere Arbeitsbedingungen als die tariflichen vorhanden sind, sie bestehen bleiben müssen, ablehnten. Irigendwelche triftigen Gründe, warum sie diese bei Abschluß von Tarifverträgen doch allgemein übliche Bestimmung nicht haben wollten, konnten die Arbeitgeber selbstverständlich nicht anföhren. Erwähnt sei noch, daß die Arbeitgeber auch die Bestimmung über die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht mehr im Tarifverträge haben wollten, und daß die Arbeitnehmervertreter sich dann damit begnügten, das Recht der Reiseer protokolllarisch festzulegen. Nachdem somit in den wichtigsten Punkten keine Einigung erzielt wurde, machte der Vorsitzende Dr. Meyer den Vorschlag, den alten Vertrag vorläufig zu verlängern. Die Arbeitnehmervertreter erklärten aber, daß sie wohl zum Abschluß eines neuen Vertrages, jedoch nicht zur Verlängerung des alten autorisiert seien, was nach der Verzögerung der ganzen Tarifangelegenheit durch die Arbeitgeber ja auch selbstverständlich erscheinen mußte. Inzwischen ist es nun bei vier Firmen zum Abschluß von besonderen Tarifverträgen gekommen. Es sind dies die Firmen **Priester** u. **Sohn**, wo auch Kartonnagearbeiter und Arbeiterinnen tätig sind, für die die neuen Bedingungen gleichfalls gelten, **Linius**, **Berger** und **Reichardt**. Sie haben die Forderungen ganz oder mit geringen Abänderungen bewilligt. Die Verträge sind mit der Bedingung abgeschlossen, daß, wenn ein allgemeiner Tarifvertrag zustande kommt, dieser auch für jene Firmen gelten soll. Die vier Firmen beschäftigten fast ein Drittel der gesamten Eisenarbeiter Berlins. Daß sie sich mit den Arbeitnehmern geeinigt haben, mag wohl dazu beigetragen haben, daß sich die Arbeitgebervereinigung nun doch noch zu einem weiteren Entgegenkommen entschloß. Wie dem Obmann **Bruce** durch den Generalsekretär **Rasse** mitgeteilt wurde, will man die Lohnzulage für das erste Tarifjahr auf 4 Proz. festsetzen. Die Forderungen der Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung, Feiertagsbezahlung werden nach wie vor abgelehnt. Der Referent machte nun namens der Tarifkommission und der

Ortsverwaltung der Versammlung den Vorschlag, obwohl das ganze Verhalten der Arbeitgeber als ein Hohn auf die Forderungen anzusehen ist, doch noch das letzte Mittel der friedlichen Einigung, die Anrufung des Einigungsamtes des Gewerbergerichts, zu versuchen, und empfahl eine dementsprechende Resolution. In der Diskussion sprachen sich jedoch die meisten Redner ganz entschieden gegen eine weitere Verzögerung der Angelegenheit und für sofortige Arbeitsniederlegung aus, und obwohl die Mitglieder der Tarifkommission sowie der Ortsvorsitzende **Klar** des Buchbinderverbandes und das Verbandsvorstandsmittglied **Harber** für die vorgeschlagene Resolution eintraten, wurde diese von der Versammlung abgelehnt und statt dessen mit 54 gegen 40 Stimmen beschlossen, am nächsten Tage die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Mit Rücksicht auf die starke Minderheit der Gegner der sofortigen Arbeitsniederlegung sowie mit Rücksicht darauf, daß sich ein großer Teil der Stimme enthalten hatte, erwähnte **Klar** die Versammlung, von der Durchführung des Streikbeschlusses vorläufig Abstand zu nehmen. Damit erklärte sich die Versammlung denn auch einverstanden; ebenso mit dem Vorschlag, sofort das Einigungsamt anzurufen, wie es übrigens auch der nun abgelaufene Tarifvertrag vorschreibt. Sobald das Ergebnis dieses letzten Versuches zu friedlicher Einigung vorliegt, wird eine neue Versammlung zwecks Entscheidung über die weiteren Maßnahmen stattfinden.

Der deutsche Transportarbeiterverband

hat mit dem 1. Oktober einen günstigen Tarifvertrag für die Fräseerläutcher abgeschlossen, der bis zum 15. Januar 1910 Geltung haben soll. Schon seit Anfang August waren die Unterhandlungen im Gange, die sich in die Länge zogen, weil der Verein der Fräseerläutcher erst mit dem Holzarbeiterverband Vereinbarungen in bezug auf die Maschinenarbeiter treffen mußte. In fünf Sitzungen, in welchen der Vorstand des Vereins der Fräseerläutcher, der Transportarbeiterverband und eine Lohnkommission der Arbeitnehmer vertreten waren, wurde der Tarifvertrag für die Fräseerläutcher vereinbart, der die folgenden hauptsächlichsten Bestimmungen enthält:

Der Anfangslohn für Kutscher, welche nachweislich schon in Fräseerläutcher u. v. beschäftigt waren und mit den vorerwähnten Arbeiten vertraut sind, beträgt 28,50 M. pro Woche. Kutscher, welche noch nicht in der Branche tätig waren, erhalten einen Anfangslohn von 24,50 M. pro Woche. Dieser Lohn erhöht sich nach einer Beschäftigungsdauer von 3 Monaten auf 26,50 M., nach weiteren 3 Monaten auf 28,50 M. und nach weiteren 3 Monaten auf 30,50 M. pro Woche.

Für das Füttern der Pferde am Sonntagvormittag erhält der Kutscher eine Vergütung von 50 Pf. In Betrieben, wo mehrere Kutscher beschäftigt sind, soll diese Arbeit abwechselnd bewerkstelligt werden.

Der Anfangslohn für jugendliche Arbeiter, Mitfahrer zc. beträgt pro Woche bei einem Alter von 17 Jahren 17 M., 18 Jahren 18 M., 19 Jahren 19 M., 20 Jahren 20 M., 21 Jahren 21 M.

Arbeiter, über 22 Jahre alt, erhalten einen Anfangslohn von 24 M. pro Woche. Bezüglich der Erhöhung dieser Löhne findet das zu 1 bei den Kutschern Gesagte auch bei den Hilfsarbeitern entsprechende Anwendung.

Die Arbeitszeit der Kutscher beginnt des Morgens 6 resp. 6 1/2 Uhr. Die Touren der Kutscher sind so zu regeln, daß die Beendigung der Arbeit des Abends zwischen 6 bis 7 Uhr erfolgen kann. Die Mittagspause für Kutscher richtet sich nach der Fabrikpause.

Die tägliche Arbeitszeit für die Arbeiter regelt sich nach der für Maschinenarbeiter, mit der Maßgabe, daß diejenigen Arbeiter, welche das Aufkräumen und Reinemachen der Werkstätten zu besorgen haben, gehalten sind, diese Arbeit bis 7 Uhr abends zu bewerkstelligen. Die Pausen regeln sich ebenfalls nach den Fabrikpausen. Ueberstunden werden den Arbeitern nach 7 Uhr abends mit einem Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde vergütet.

Zu Arbeiten, die nicht Sache des Kutschers sind, wie innere Betriebsarbeiten, Privatfahrten usw. darf dieser an Sonn- und Feiertagen nicht herangezogen werden bezw. muß diese Arbeit pro Stunde mit 75 Pf. vergütet werden; daselbe gilt auch für eventuelle Leistung von Privatfahrten für den Arbeitgeber nach Feiertagen.

Die Verbesserung der Verhältnisse in bezug auf den Lohn allein wird einleuchtend, wenn man bedenkt, daß der Durchschnittslohn früher 28 M. betrug, während jetzt 28,50 M. als Minimallohn gelten. — In zwei Versammlungen nahmen die Arbeiter Stellung zu dem vorgelegten Vertrage und gaben ihre Zustimmung dazu.

Einen anderen Vertrag, der ein Jahr vom 1. Oktober ab Geltung haben soll, schloß der Deutsche Transportarbeiterverband mit der Firma **Internationales Glas- und Gebäude-Reinigungs-Institut Alex. Reffen**, Berlin, ab. Auch hier wurde eine Lohnerhöhung erzielt.

Achtung, Freiseuregehilfen! Wegen Tarifbruch sind für Mitglieder gesperrt: **Werner**, Weiermannstr. 18/19 und **Gens**, Gleimsstr. 10. Verband der Freiseuregehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. **J. A.: Paul Riere.**

Deutsches Reich.

Die Lage in der Niederlausitz.

Senftenberg, den 30. September. (Fig. Ver.) Ueber die Lage der Metallarbeiter im Reviere halten wir bereits berichtet. Weil sie zum größten Teile unorganisiert waren und noch sind, ist es ihnen nicht möglich, eine Aufbesserung ihrer Lage zu erlangen. Auf der der hiesigen Pfämerschaft gehörigen Grube „Schöppentbau und Wollf“ boten die Schloffer und Schmiede um Lohnserhöhung. Der Meister erlangte die Berechtigung der Forderung an und schickte die Leute zum Direktor. Dieser wollte die Löhne auch nicht selbständig aufbessern können und verwies an den Generaldirektor. Anderen Tages lief die Antwort ein. Sie lautete auf Kündigung der drei Wortführer. So behandelt man im Kohlenrevier der Niederlausitz gelehrte Leute!

Die am Sonntag nach „Neurostollen“ unter Erregung des größten Aufsehens transportierten Arbeitswilligen waren in **Dreslau** geworden. Der vom Stellenvermittler **Joseph Scholz** dort ausgestellte Kontrakt verpflichtet den Arbeitern 6 M. pro Tag Lohn und im Akkord 4—7 M. Der Schlußpassus lautet dahin, daß die Leute während der Dauer ihrer Beschäftigung keinem Verbands angehören dürfen. Mittels Ertrages kamen heute morgen zirka 300 in **Essen** und **Holland** geworbene Arbeitswillige an. Ein Wagen des Zuges war voll von **Gendarmen** die Leute wurden wie die Schafe getrieben und sollen sie stollenweise mit blanker Waffe zusammengehalten worden sein. Zur Verstärkung sind weitere sechs **Gendarmen** eingetroffen. Ebenso sollen noch Polizisten kommen. Die Bevölkerung des gesamten Reviers befindet sich in Aufregung; es ist zur Stunde noch nicht abzusehen, was daraus wird.

Eine Privatdepesche meldet uns noch: **Senftenberg**, 1. Oktober. Beim Streikbrechertransport sind in Halle drei Mann schwer verunglückt. In **Senftenberg** waren alle Direktoren zum Empfang der Arbeitswilligen auf dem Bahnhofe versammelt. Das Bier wurde eimertweise getrunken und die Ankommenden wurden mit **Burst** und **Brötchen** bewirtet. Trotzdem brachte der Transport den Unternehmern eine Enttäuschung. Die „Arbeitswilligen“ nämlich — unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach hier gelockt — entpuppten sich als nicht Arbeitswillige und verweigerten die Aufnahme der Arbeit.

Im **Senftenberger** Distrikt herrscht infolge der Vorkommnisse große Aufregung.

In der **Aluminiumwannefabrik** von **F. W. Müller u. Co.** in **Söhrich** haben am Montag die **Klempner** und **Drücker** die Arbeit wegen Lohnhöhenunterlegen niedergelegt. Zugang ist ferngehalten.

Die Meisterhöfne.

Der jüngste **Baderstreik** in **Regensburg** und **Straubing** hat den **Väckermeistern** Bayerns Veranlassung gegeben, die Gründung von **Streikbrechervereinen** mit größtem Eifer zu betreiben. So werden jetzt in allen größeren Orten **Vereine der Bäckermeisterhöfne** gebildet, deren Aufgabe es sein soll, bei ausbrechenden Streiks der **Bäckergehilfen** als fliegende **Streikbrecherkolonnen** aufzutreten.

Eine **Tarifbewegung** in den **Lebuckfabriken Nürnberg**, die schon längere Zeit schwelgt, ist jetzt endlich auf friedlichem Wege zu Ende geführt worden. Die Unternehmer wehrten sich insbesondere mit der größten Hartnäckigkeit gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit, da aber die Arbeiter ebenfalls fest blieben, gaben die Fabrikanten schließlich auch in diesem Punkte nach. Der am 1. Oktober in Kraft tretende Tarif setzt die Arbeitszeit auf 57 Stunden pro Woche, den Mindestlohn für Konditoren auf 8,50 Mark, für Bäcker und sonstige Arbeiter auf 8,10 und für Arbeiterinnen auf 1,70 Mark pro Tag fest; ab 1. Januar 1908 werden die Mindestlöhne um je zehn Pfennig pro Tag erhöht. Alle ständigen Arbeiter erhalten sofort eine Lohnzulage von täglich 30 Pfennig, ab 1. Januar 1908 wird nochmals eine Zulage von 10 Pfennig gewährt.

Die in **Buch- und Steinrudereibetrieben** beschäftigten **Hilfsarbeiter** und **Arbeiterinnen** zu **Königsberg** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Arbeiter fordern Tarifabschluß nach Art der bereits in vielen Städten Deutschlands bestehenden Verträge. Als Grundlage für die **Königsberger Lohn- und Arbeitsbedingungen** haben die Verträge von **Darmstadt** und **Magdeburg** gebildet. Die Tariffähige werden in diesen Tagen allen **Buch- und Steinrudersprinzipalen** zugehen auch wird an den Vorstand des **Berliner** **Arbeitervereins** Ostpreußen im Deutschen Buchdruckerverein eine Eingabe gerichtet werden mit dem Ersuchen, zum Abschluß eines Tarifvertrages hilfsreiche Hand zu bieten. Die Arbeiter sind fast ohne Ausnahme im **Zentralverband** der **Buchdruckerhilfsarbeiter** organisiert. Die **Mitgliedschaft** **Königsberg** wurde im Frühjahr dieses Jahres gegründet und geht zum erstenmal ins Feuer. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Ausland.

Die **Lohnhöhenunterschiede** in der **Goldschmiedindustrie** in **Schweden**, über welche wir kurz berichteten, sind nach Mitteilung der **Internationalen Union der Holzarbeiter** nunmehr beigelegt und die **Sperre** somit wieder aufgehoben.

Aus der Frauenbewegung.

Aus der politischen Frauenbewegung in Bayern.

In **Bayern** findet in der Zeit von jetzt bis 14. Oktober eine umfassende **Agitation** statt, durch Abhaltung von **Frauenprotestversammlungen**, in denen die Forderung erhoben wird, den Frauen die politischen Rechte zu verleihen. Es soll an die **bayerische Abgeordnetenversammlung** der Antrag gerichtet werden, den Artikel 15 des **bayerischen Vereinsgesetzes**, der den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinen verbietet, aufzuheben und allen weiblichen Personen von über 20 Jahren das **Wahlrecht** zu verleihen.

Eingegangene Druckschriften.

Die **Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung**. Herausgegeben von **Eduard Bernstein**. I. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlass des Sozialistengesetzes 1878. Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. 17 Lieferungen a 30 Pf. Verlag: Buchhandlung **Vornwärts**, Berlin SW. 68.

Berlin ist der Mittelpunkt des politischen Lebens geworden und so ist auch die **Berliner Arbeiterbewegung** eng verbunden mit der Arbeiterbewegung des ganzen Deutschen Reiches.

Das **Berliner** in seinem Buche schildert, ist darum auch nicht nur **Berliner** Bewegung, sondern es ist zugleich ein Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Und darum verdient das Buch auch die Beachtung der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Ein **französisches** Seitenbild „**Rosa und Ninette**“ von **Alphonse Daudet** ist gelangt in den neuesten Heften der illustrierten **Romanbibliothek „In freien Stunden“** zum Abdruck. Ferner enthält das Heft die Fortsetzung der **historischen Erzählung** „**Die Pilger der Wildnis**“ von **Joß. Sazer**, sowie unterhaltende und belehrende Artikel usw.

Neue Gesellschaft. Heft 14. (Herausgeber Dr. **Heinrich Braun** und **Elly Braun**). Verlag Berlin NW. 6. Quartalsheft 3. Einzelheft 10 Pf.

Neue deutsche Wochenschrift. Jeden Jahre deutsch-amerikanischer Diplomatie von **Volkswohlstand** a. D. E. Witte. Brosch. 4 M., geb. 5 M. Heftbilder-Verlag, Leipzig, Querstr. 4b. — **F. Salomon**. Die Deutschen Parteiprogramme, Heft 1, geb. 1.40 M., Heft 2, geb. 1.60 M. — **Graf Bernheim**. Quellen zur Geschichte des **Imperialismus** Heft 1, geb. 1.40 M., Heft 2, geb. 1.20 M. (Quellenammlung zur deutschen Geschichte). Verlag: **D. G. Teubner** in Leipzig.

Soziologie. Positive Lehre von den menschlichen Wechselbeziehungen. 228 Seiten. Verlag **F. A. Brockhaus** in Leipzig.

Geschäftsbericht der **Kommunistenvereins** Berlin und Umgegend. 12 Seiten. Verlag **Singer u. Co.**, Berlin SW. 68.

Wie werde ich von meiner **Neurostollen** befreit? Von **Dr. Max Pfennig**. Verlag **Reform** (H. Müller) Stuttgart. 1.80 M.

Der Mensch und die Erde. Die Entstehung, Gewinnung und Verwertung der Schätze der Erde als Grundlagen der Kultur. Herausgegeben von **H. Stramer**. Lieferung 31—35. 120 Lieferungen a 60 Pf. Verlag: **Singer u. Co.**, Berlin W. 57.

Dr. S. Weinberg. Ueber den Einfluss der **Geschlechtsfunktionen** auf die weibliche **Kriminalität**. Juristisch-psychiatrische Grenzfragen. VI. Bd. Heft 1. **C. W. Marhold** Verlag in Halle a. S. (Preis 1 M.)

Bliz. Goldene Lebensregeln. 95 Seiten. 2 M. Verlag: **J. C. W. in Dresden**.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Wüten der Reaktion.

Petersburg, 1. Oktober. (W. Z. B.) Das **Militärgericht** hat acht Arbeiter von der **Kartuschen** **Flachsweberei** wegen der Ermordung des **Fabrikdirektors Otto Pelzer** zum Tode durch den Strang verurteilt.

Acetylengas-Explosion.

Josefsbad, 1. Oktober. (W. Z. B.) Im **Hotel Otto** fand eine **Acetylen-Explosion** statt, wobei der **Hotelführer** und ein **Hotelfeld** getötet wurden.

Wieder ein Weinstrecker!

Landau, 1. Oktober. (W. Z. B.) In der **Strassache** gegen **Jidor Mich** l aus **Eberheim** wegen **Weinfälschung** wurde heute mittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde zu drei Monaten **Gefängnis** und **2000 M. Geldstrafe** eventuell weiteren 6 Monaten **Gefängnis** verurteilt. **64 000 Liter Wein** wurden eingezogen.

Ein Streik in offiziöser Darstellung.

Baidley (Schottland), 1. Oktober. (W. Z. B.) In den hiesigen **Zwirnfabriken** verübten heute 400 weibliche **Angestellte**, welche mit der Entscheidung in der letzten **Lohnbewegung** unzufrieden waren, **Ausfälschungen**. Sie warfen die **Fenster** der **Fabriken** ein und zwingen die **Arbeiterinnen**, welche noch arbeiteten, sich ihnen anzuschließen, wodurch ein **vollständiger Stillstand** der **Arbeit** eintrat. Die **Polizei** hatte außerordentliche Mühe, die **Ausfälschungen** auseinanderzubringen. Die **Direktoren** haben die **Fabriken** geschlossen. **5000 Arbeiter** feiern.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Wien, 30. September.

Nachdem Breitschneider-Wien im Namen der Wiener Lokalorganisation und Serwer im Namen der beiden Ostmarkter Wahlkreise die Delegierten herzlich willkommen heißen, eröffnet Bernerstorfer, der den Vorsitz führt, die Verhandlung mit folgender Ansprache:

Mit großer Freude und Genugtuung, mit einem gewiß nicht unberechtigtem Stolz kann die Sozialdemokratie Oesterreichs nicht zuletzt die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs heute zurückerblicken auf die vielen Jahre des Kampfes, die wir hinter uns haben. Es sind 40 Jahre her, das österreichische Sozialdemokratie besteht. Während der ganzen 40 Jahre ist der erste Punkt des politischen Programms der Partei die Erringung des allgemeinen Wahlrechts gewesen. Kämpfe zahllos, Kämpfe nicht ohne Opfer, haben wir in diesen 40 Jahren geführt. Es mühte unendlich viel geleistet werden, bevor das allgemeine Wahlrecht, diese erste und natürliche Vorbedingung des politischen Lebens, in Oesterreich geschaffen wurde. Wir wissen, daß verschiedene Umstände mitgewirkt haben, die gerade in diesem Zeitpunkt das allgemeine Wahlrecht erringen ließen. Aber ohne die Sozialdemokratie, ohne die unablässige Arbeit der Sozialdemokratie durch 40 Jahre würde das allgemeine Wahlrecht auch heute noch nicht errungen sein. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen sehr genau, daß die Forderung der Partei zusammengewallen ist mit dem Interesse dieses fast im Sterben liegenden Staates. Aber wir nehmen das Hauptverdienst an der Erringung dieses Rechtes für uns in Anspruch. (Lebhafte Beifall.) Wir stehen nun vor einer neuen politischen Situation. Zu neuen Aufgaben löst ein neuer Tag. Die österreichische Sozialdemokratie wird auch fürderhin dieselben Wege wandeln wie bisher. Sie ist geradezu dadurch gekennzeichnet, daß sie immer trefflich verstanden hat, das was im häuslichen Sinne positive Arbeit genannt wird, zu leisten, und dabei nicht aus den Augen zu lassen, daß wir eine prinzipielle Partei sind, daß das, was wir als unser Endziel betrachten, uns immer vor Augen steht, daß wir den Unterschied zwischen uns und allen bürgerlichen Parteien nie vergehen lassen. (Lebhafte Beifall.) Die Hauptaufgabe dieses Parteitages wird es sein, der Partei eine neue Organisation zu geben, von der wir hoffen, daß sie die Grundlage für ein neues, fechteres Gefüge unserer Partei sein wird. Auf diesem ersten Parteitag unter dem allgemeinen Wahlrecht wollen wir der Genossen der anderen Nationen gedenken, die mit uns gemeinsam gekämpft und gesiegt haben. Wir danken allen Organisationen, besonders auch den Gewerkschaften, die uns die große Kraft, die uns die Grundlage unserer Organisation gegeben haben. Gewerkschaft und politische Partei werden immer eines Sinnes sein, unlöslich verbunden zu einem Körper, einig in dem Entschluß, vorwärts zu marschieren. (Lebhafte Beifall.) — Redner gedenkt dann der vielen verstorbenen Genossen, die als einfache Parteigenossen ihre Schuldigkeit getan haben, und der bekannten Genossen, deren Andenken ihren Tod überdauern wird, des unvergesslichen Josef Scheu, der der Partei die prächtigen Kampfkieder gegeben hat, vor allem das „Lied der Arbeit“, Emil Kravitz, des Mitarbeiters der „Arbeiterzeitung“, und auch János Auer, eines der besten Männer in der deutschen Arbeiterpartei. Gestern nachmittag ist wieder einer der ganz Alten vom Tode ereilt worden. Julius Kottler, der in der Zeit erster Verfolgung sich mit seiner ganzen Kraft für die Partei eingesetzt hat.

Der Parteitag hat sich zu Ehren der Verstorbenen den Plänen erhoben. Bernerstorfer heißt dann die Gäste willkommen: Richard Fischer für die deutsche Sozialdemokratie, Teszars, Beltner und Großmann für die ungarische Sozialdemokratie, Friz Adler für die deutsch-österreichische und ungarische Sozialdemokratie in der Schweiz, Dr. Wittul für die Ruthenen und Kristan für die Slovenen.

Richard Fischer-Berlin

(Mit lebhaftem Beifall begrüßt) führt dann aus: Ich bin von der deutschen Parteileitung beauftragt, Ihnen die besten Grüsse und Wünsche der deutschen Partei für das gute Gedeihen der Arbeiten Ihres Parteitages zu überbringen. Sie begeben Ihren Parteitag unter günstigen Auspizien nach einem Wahlsiege, so großartig und glänzend, wie ihn die Genossen selbst nicht vermutet, die Gegner selbst nicht gefürchtet haben. Wir Deutschen empfinden noch eine besondere Genugtuung bei Ihrem Erfolge. Er ist uns ein gewisser Trost für den Mißerfolg, den wir selber erlitten haben, ein Mißerfolg, dessen Ursache die Folge Ihres Sieges sein wird: der Zusammenschluß aller Gegner. (Zustimmung.) Sie haben durch Ihre Delegierte auf unseren Parteitag immer mit so weit getriebener Weisheit erklärt, Sie hätten viel von uns zu lernen. (Zuruf: Haben wir auch!) Nun, dann können wir ja stolz sein auf unsere Schüler. Aber so wie die Dinge liegen, scheint es, daß es auch einmal umgekehrt kommen kann. (Heiterkeit.) In Ihrem großen Kampfe um das allgemeine Wahlrecht haben Sie die Technik dieses Kampfes gelernt. Wenn wir jetzt in Preußen diesen Kampf um das allgemeine Wahlrecht aufnehmen, dann ist vielleicht die Zeit für uns Deutsche gekommen, in dieser Technik des Kampfes von Ihnen zu lernen. Wir wissen mit Ihnen, daß mit dem allgemeinen Wahlrecht erst der Boden zu dem großen Kampfe geschaffen ist, daß die Schwierigkeiten damit nicht überwunden sind, sondern neue größere sich Ihnen gegenüberstellen werden. Sie haben zu verteidigen, was Sie gewonnen haben, wir werden wiedererobern, was wir verloren haben. (Lebhafte Beifall.) Auf jeden Fall wissen wir aber, daß, sowie wir uns stets als Glieder einer gewissermaßen gemeinsamen Partei gefühlt haben, wir auch in Zukunft helfend und anfeuernd auf beiden Seiten in guten und schlechten Tagen zusammensehen werden. (Lebhafte Beifall.)

Zu Namen der ungarländischen Sozialdemokratie spricht

Teszars:

In der Ferne betrachtet man Ungarn als freiheitsliebendes Land. Aber wir, die verdammt sind, in Ungarn zu leben, wissen andere Dinge von der ungarischen Freiheit zu erzählen. Das Volk ist unterdrückt, die Unabhängigkeitspartei, die sich in der liberalen libera demokratische Mäuren sah, ist reaktionär, die Heimtücke dieser Regierung, die uns vor drei Jahren das Wahlrecht versprochen hat, hat das Volk getäuscht und will das Wahlrecht eskamotieren. Nun ist gerade die Wahlrechtsbewegung in Ungarn im Gange. Am 10. Oktober, dem Eröffnungstage des ungarischen Parlaments, soll in Ungarn ein allgemeines Demonstrationsstreik proklamiert werden. Schon 100 Städte haben sich dafür erklärt. Die Staatsgewalt sucht die Bewegung zu unterdrücken. Aber nicht umsonst haben wir bei Euch in Oesterreich gelernt, und wir werden in Ungarn nicht eher Ruhe geben, als bis wir das allgemeine Wahlrecht haben. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Friz Adler

begrüßt den Parteitag namens der Landesorganisation der deutschen und ungarischen Sozialdemokratie in der Schweiz, der ältesten Organisation deutscher Sprache, die noch aus den 40er Jahren, aus den Zeiten Weisking's herrührt. Es sind 49 Organisationen mit 3000 Mitgliedern. Eine besondere Organisation in der Schweiz ist notwendig, um die Schweizer Genossen in ihrer Agitation nicht zu hemmen, um die Genossen, die nach der Schweiz kommen, vor Enttäuschungen zu bewahren. Sie sehen in der Schweiz das Land der Freiheit und finden dann, daß der sozialistischen Bewegung jedes revolutionäre Temperament fehlt. Da

haben wir die größte Mühe, zu verhindern, daß sie den Anarchisten in die Hände fallen, die auch unter einem anderen Namen als Syndikalisten auftreten.

Nachdem Dr. Wittul namens der ruthenischen Sozialdemokratie und Kristan namens der slovenischen Sozialdemokratie den Parteitag begrüßt haben, und beschloffen worden ist, den Gruß des 83jährigen Friedrich Lehner telegraphisch zu erwidern, erstatet Skaret

den Bericht der Parteileitung.

Er gibt in großen Zügen ein Bild des Wahlrechtskampfes, hebt die Tatkraft Adlers im Wahlrechtsauschusse hervor, der sich mit weiser Rührigkeit zurückgehalten und nie in den Vordergrund gedrängt habe, um die Bürgerlichen nicht kopfscheu zu machen, und der doch erreicht habe, was er erreichen wollte. Der Erfolg des Wahlkampfes hat die Erwartungen übertroffen, er hätte aber noch ungleich größer sein können, wenn wir organisatorisch und materiell besser gerüstet gewesen wären. Wir haben Niederlagen in Bezirken erlitten, wo es nicht notwendig gewesen wäre. Und während in anderen Ländern die Mittel für einen solchen Kampf bereitstehen, haben bei uns die einzelnen Wahlkreise so gut wie gar keine Mittel und die Mittel der Zentrals, aus der noch die anderen Exekutiven unterstützt werden müssen, sind viel zu gering. Neben der Ausgestaltung der Organisation muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, die Einnahmen für die politische Partei zu erhöhen. Unser Erfolg darf kein Fauldeit für uns werden, im Gegenteil, wir müssen das Augenmerk auf die Schäden richten, die sich gezeigt haben und auf ihre Beseitigung hinarbeiten. (Bravo!)

Hierauf erstatet Dr. Ellenbogen den Kassenbericht, Dr. Tsch den Bericht der Kontrollkommission. Es folgt der

Bericht der Fraktion des Reichsrats

durch Rieger: Zwei Dinge muß sich jede sozialdemokratische Fraktion stets vor Augen halten: 1. daß sie eine streng proletarische Politik zu treiben hat, die darauf ausgeht, in den Parlamenten Konzeptionen für die Arbeiterklasse zu erzielen und zweitens, daß sie bei der Betätigung und der Tatkraft dieser Opportunitätspolitik das große Endziel in ihrer Bewegung nicht aus den Augen lasse. Das Prinzip darf niemals taktischen Erwägungen geopfert werden. Die Fraktion glaubt, gegen dieses Programm nicht gefehlt zu haben. Redner geht dann die Tätigkeit der Fraktion im einzelnen durch und beleuchtet die Fraktionen im gegenwärtigen Parlament. Unter dem heuchlerischen Vorwande einer neuen Koalition gegen die slavische Gefahr hat sich die deutsche freisinnige bürgerliche Partei unter den Schutz der Liberalen und Christlichsozialen begeben. Auf deutscher Seite ist der Bund gegen die Sozialdemokratie perfekt. Auch den Polen haben die Herren mit einbezogen, um so die Schutzwehr gegen die sozialdemokratische Hochflut zu verstärken. Die Angst vor dem roten Gespenst wirkt alle alten Grundzüge über den Haufen. Diese Parteikonstellation, deren Entwicklung wir vorausgesehen haben, ist uns nur erwünscht, denn wir wollen klaren Boden für unseren Klassenkampf. (Bravo!)

Nichter (Bergstalt in Währen) tadelt, daß die Fraktion für die Erhöhung der höheren Beamtengehälter gestimmt hat. —

Dr. Adler:

Seit unserem letzten Parteitag in Salzburg sind 8 Jahre verfloßen. Diese 8 Jahre gehören zu den Erlebnissen, die Leuten, die in der Bewegung stehen, nur einmal passieren. Es war eine Zeit, nicht nur unangeleglich, sondern auch der volle Ausdruck für die Fähigkeit und Leistungen, die die österreichische Arbeiterklasse aufzubringen vermag. Wir haben niemals unsere anderen Aufgaben übersehen. Aber unsere Parteitaktik muß innerhalb und außerhalb des Parlaments ausschließlich von dem Gesichtspunkt der Erroberung des Wahlrechts beurteilt werden. Wir haben in diesem Kampfe nie Ursache gehabt zu fürchten, daß wir, indem wir dem Proletariat kleinere oder größere Vorteile eroberten, indem wir ihm Schritt für Schritt den Weg bereiteten, uns dadurch vom Endziel entfernt hätten. Die österreichische Partei genießt heute im Auslande — das war in Stuttgart mit Händen zu greifen — vermehrtes Ansehen wegen der Erfolge, die sie davongetragen hat. Aber ich möchte Sie warnen, unsere eigene Lässigkeit nicht allzu hoch einzuschätzen. Glauben wir nicht, unsere Tatkraft sei so gut und unser Plan so groß, daß wir die vor uns liegenden Aufgaben ebenso schnell zu lösen imstande sein werden, wie wir die alten gelöst haben. Es ist mir etwas angst geworden, als die Deutschen so unsere Klugheit lobten. (Heiterkeit.) Ich finde, daß wir uns viel besser als Schüler denn als Lehrlinge ausnehmen (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben im Wahlkampf nicht nur Ausdauer und Hingebung, sondern auch ein gut Teil unserer Parteikraft verbraucht, die uns für unser inneres Wachstum schmerzlich abgeht. Von uns kann mancher lernen, das mag sein, aber wir selber haben noch viel zu lernen. (Lebhafte Zustimmung.) Intensive Arbeit im Innern tut uns not. So bald etwas Ruhe ist, müssen wir diese Arbeit aufnehmen. (Lebhafte Beifall.) Redner beantragt, die Parteileitung zu beauftragen, für eine Dokumentensammlung Vorkehrung zu treffen, um eine Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie in einer diese Geschichte fördernden Weise vorzubereiten.

Bernerstorfer und Seid stellen gegen Nichter fest, daß die Erhöhung der höheren Beamtengehälter mit einem Gesetz verknüpft war, das die Erhöhung aller Beamtengehälter brachte und nicht scheitern durfte. —

Berut - Wien

bringt den „Besuch in der Hofburg“ zur Sprache. Er bemängelt, daß der Fraktionsbericht über diese Tatsache ohne jede Bemerkung hinwegging. Mit diesem Besuch wären durchaus nicht alle Parteigenossen einverstanden. Besonders peinlich berührte es, als man am anderen Tage in den bürgerlichen Blättern, besonders in einem christlichsozialen, las, was für tiefe Verbeugungen unsere Abgeordneten vor den höchsten Personen gemacht hätten. (Widerspruch.) Das hat die Arbeiter durchaus nicht sympathisch berührt. In Zukunft sollte dergleichen besser unterlassen werden. Wir wollen ja keine Vorschriften machen, aber Dank verdient diejenige Stelle, die dem Volk sein Recht jahrzehntelang vorenthalten hat, auf keinen Fall. (Teilweiser Beifall.) —

Schubmeier

(Bei seinem Erscheinen mit Heiterkeit begrüßt): Der „Gang zur Hofburg“ ist nach sehr reichlicher Ueberlegung angetreten. Es handelte sich ja nicht um einen Besuch in der Hofburg, sondern um die Bekundung, daß auch der Sozialdemokratie das Recht zusteht, an dem ersten Akte der Eröffnung des Parlaments — und das ist die Thronrede — teilzunehmen. Ich verstehe ja die Gefühle der Parteigenossen, ich habe sie lange genug geteilt. Aber die Politik der Sozialdemokratie darf sich nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern nur vom Verstand. Ich weiß sehr wohl, weshalb Sie lachten, als ich als erster hier das Wort zu dieser Frage nahm. Ich gehörte ja immer zu denen, die kein Gehl aus ihrem Groll gegen das herrschende System machten. Aber schon in der Fraktion bin ich unbedingt für diesen Gang eingetreten, nicht weil ich so genussüchtig bin, in die Hofburg kommen zu wollen, oder weil ich so lebhaft wünsche, daß das Volk mich einmal im Hinderst sehe (Heiterkeit), sondern weil ich demonstrieren wollte. (Beifall.) Der „Gang in die Hofburg“ war ein politisch unger Schachzug unserer Fraktion. Noch immer gilt der Satz: Wer sich selbst entwertet, wird nie Wert besitzen, und wer sich selbst in den Schmolzwinkel stellt, wird nie herausgeholt. Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist jetzt so stark, daß ihr nicht nur die Tür der letzten Halle offen steht, sondern daß auch die Tür der Hofburg vor ihr aufgemacht werden muß. (Bravo!) Der Thronrede beizuwohnen, war eine politische Notwendigkeit. Wir haben eine Position erzwungen. Es geht nicht mehr

an, daß wir uns bei einem Akte ausschließen, der gar nichts gefährliches für uns an sich hat. Wenn andere Zeiten kommen, dann werden wir wieder andere Sitten annehmen. Wenn ein anderer Mann an der Spitze steht, dann wäre es eine wirksame Demonstration, wenn es hieße, wir gehen nicht mehr hin. Aber so, wie die Dinge heute liegen, war der Schritt notwendig. War Ihnen der Kaiser von Oesterreich als Bundesgenosse beim Wahlrechtskampf recht, dann brauchen Sie auch nicht zu fürchten, daß wir uns durch die Anwesenheit bei Hofe kompromittieren können. Der Kaiser kann uns nicht kompromittieren und wir ihn auch nicht (Lebhafte Beifall.)

Hillebrand-Karlbad

bestreitet, daß im Lande Widerspruch gegen den sogenannten „Gang nach der Hofburg“ laut gemorden sei.

Kauferliq-Wien

bislig die Haltung der Fraktion vollständig. Gewiß ist es eine ungewöhnliche Erscheinung, daß Sozialdemokraten sich zur Thronrede in die Hofburg begeben, aber sie gingen ja nicht aus Lust zum Schaugepränge hin. Wenn man in der Fraktion fragen würde, wer auf die Barrikaden und wer zu Hofe gehen wolle, dann würden sich sicher mehr Teilnehmer für die erste Partie finden. (Große Heiterkeit.) Die Handlung der Fraktion erklärt sich aus ihrer eigentümlichen Situation. Ohne daß eine formelle Koalition gegen sie geschlossen wäre, gibt es im Abgeordnetenhaus keinen Abgeordneten, der ihr nicht alles Unglück wünschte. Im Abgeordnetenhaus herrscht die Politik der Einkreisung. Um die Sozialdemokratie soll ein Band gezogen werden, um sie aus dem parlamentarischen Leben auszuschalten. Wir dürfen uns aber nicht nullifizieren lassen, wir müssen an der Spitze aller Aktionen stehen. Damit hängt der „Gang zur Hofburg“ zusammen. Es war eine symbolische Handlung, um zu bekunden, daß die Sozialdemokratie, wie immer ihre prinzipielle Ueberzeugung ist, und wie sie auch zur Regierung stehen mag, doch für die Regierung eine parlamentarische Partei ist, die alle parlamentarischen Rechte in Anspruch nimmt, so wie sie gewillt ist, alle parlamentarischen Pflichten zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Arbeiten-Vielich

meint, daß die einzelnen Stimmen, die heute gegen den Gang zur Hofburg laut wurden, nur der Wellenschlag aus Deutschland herüber waren.

Dr. Adler:

Was Berner gesagt hat, hat zum Ausdruck gebracht, was wie alle empfunden haben, daß es nämlich eine gewisse Selbstüberwindung gelostet hat, unsere Stellung zu ändern. Warum sind wir früher nicht zur Thronrede gegangen? Wir wollten uns solange nicht beteiligen, als wir nicht Abgeordnete gleichen Rechtes waren. Wir hatten keinen Grund, die Demonstration gegen die Vergewaltigung fortzusetzen, weil der Grund zur Demonstration fortgefallen war.

Damit schließt die Debatte. Nach einem Schlusswort des Referenten wird ein Antrag, ein Handbuch für die Reichsratswahlen herauszugeben, der Parteileitung überwiesen, ebenso ein Antrag Dr. Adlers auf Vorbereitung zur Herstellung einer Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Der Fraktion wird vom Parteitag Dank und Vertrauen ausgesprochen und dem Vorstand Decharge erteilt.

(Telegraphischer Bericht.)

2. Verhandlungstag.

Wien, den 1. Oktober

Die heutige Sitzung des Parteitages war ausschließlich den Beratungen des

neuen Organisationsstatutes

gewidmet. Dieser Entwurf, der von den Parteisekretären Skaret und Winarski ausgearbeitet ist, wurde von Skaret eingehend begründet: Die Wahlreform hat eine Änderung des alten Statutes notwendig gemacht. Es soll eine neue Art von Kreisorganisation geschaffen werden, die nach Bedürfnis zwei Formen erhalten kann: die Orts- (Lokal-) Organisationen schließen sich zu Bezirksorganisationen zusammen, und die Bezirksorganisationen gruppieren sich zu einer Kreisorganisation, die entweder genau dem Wahlbezirk entspricht oder aber ein territorial besser zusammenhängendes Gebiet zur Grundlage hat. — Zur Kandidatenaufstellung für den Reichsrat, die von der Reichsparteivertretung in Uebereinstimmung mit den Wahlbezirken zu erfolgen hat, treten, wenn sich die Organisationen der Kreise nicht mit den Wahlkreisen decken, die Vertrauensmänner der den Wahlkreise bildenden Orte zu einer besonderen Konferenz zusammen. — Das System der Straßen- und Häuservertrauensmänner wird jetzt zum ersten Male auch im Statut angeordnet. Weibliche Vertrauenspersonen sind tunlichst an allen Orten im Einverständnis mit der Parteileitung des Ortes zu wählen. — Zum Parteitag können die Bezirks-, Kreis- und die aus den Kreisorganisationen gebildeten Landesorganisationen je einen oder je zwei Delegierte entsenden. In Agitationsbezirken, in denen eine Frauenorganisation besteht, können drei Delegierte entsendet werden, wenn ein Mandat einer Frau übertragen wird. Außerdem nehmen die 16 Mitglieder der Reichsparteivertretung, die deutschen Abgeordneten und je ein Delegierter eines jeden Partei- oder Gewerkschaftsblattes an dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich teil. Die Mitglieder der Parteivertretungen haben aber bei den geschäftlichen, die Abgeordneten bei den parlamentarischen Angelegenheiten nur eine beratende Stimme.

Die 16 Mitglieder der Parteivertretung teilen sich in 8, die den engeren Parteiausdruck bilden, und in die 8 Kontrollleure. Die Mitglieder der ersten Gruppe müssen in Wien wohnen, ebenso zwei der zweiten Gruppe. Diese können unmittelbar nach Ablauf ihres Mandates nicht wiedergewählt werden. Ein Reichsratsabgeordneter kann zum Kontrollleur nicht gewählt werden. Die Reichsparteivertretung (engerer Ausschuss und Kontrollleure) tritt mindestens alle Vierteljahre zu einer Sitzung zusammen. Der Chefredakteur des Zentralorgans, der „Arbeiterzeitung“, hat in dieser Sitzung beratende Stimme. Es sind auch ständige Vertreter zu wählen, die bei wichtigen, rasch zu erledigenden Fragen von der Reichsparteivertretung zu einer Reichskonferenz einguberufen sind. Zu den wesentlichen Neuerungen des Parteistatutes gehört schließlich auch die Festsetzung des Ausschließungsverfahrens, das allgemein nach dem Muster des deutschen Parteistatutes geregelt werden soll.

Die Debatte,

die sich an das Referat anschloß, war ausgebeutet und lebhaft. Das große Interesse der Delegierten drückte sich in einer langen Reihe von Abänderungsanträgen aus, die im Laufe der Diskussion eingebracht wurden. Der ursprüngliche Entwurf hatte die alte Bestimmung, daß jeder Parteigenosse verpflichtet sei, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Diese Bestimmung war gestrichen worden. Da aber Skaret erklärte, daß die Streichung nur erfolgt sei, weil diese Vorschrift eigentlich als selbstverständlich angesehen worden sei, ließ sich dieser Stein des Anstoßes rasch beseitigen. Schwieriger gestaltete sich die Beratung der Formfragen der Organisation. Einige Redner meinten sogar, in Oesterreich sei es fast unmöglich, eine einheitliche Organisation zu schaffen. Die Verhältnisse in den verschiedenen Kronländern lagen zu verschieden. Andere traten dieser Auffassung wieder entgegen.

Seeliger-Zeplich verlangte, daß die Organisationen mit den Wahlbezirken genau zusammenfallen müßten. Als Hauptmangel wurde empfunden, daß die Organisationen zu sehr den Charakter von Wahlorganisationen tragen. In einer

legalen Parteimitgliedschaft habe man es noch nicht gebracht. Die Mitgliedschaft stelle noch keinen geschlossenen Körper vor. — Dr. Abler bewies besonders auf Deutschland. Gerade in der Organisationsfrage sehe Österreich weit hinter Deutschland zurück. Die inneren Parteiverhältnisse interessieren bei uns nicht sehr. Die Versammlungen zur Erlebung von Parteiangelegenheiten finden so gut wie gar nicht statt. Das muß anders werden! Die Geldfrage hängt aufs innigste mit diesem Mangel zusammen. Aus einer ziffernmäßig begrenzten Reichsparteiteuer wird nie genug Geld für die Zentralkasse herauskommen. Es muß gemacht werden wie in Deutschland. Die Organisationen, die Geld haben, müssen es an die Zentrale geben, die es wieder für die schwächeren Organisationen verwendet. — Genossin Poppy-Wien tritt für einen Antrag des Frauenreichskomitees ein, der dahin geht, den Organisationen in den Bezirken aufzutragen, daß dort, wo Frauen sich in erheblicher Anzahl an allen Parteiarbeiten beteiligen, als einer der beiden Delegierten zum Parteitag eine Genossin gewählt werden solle. Sie bekämpft die betreffende Stelle des Entwurfs, daß Bezirke, in denen Frauenorganisationen bestehen, außer den zwei männlichen Delegierten eine Genossin zu entsendenden das Recht haben sollen. Die Frauen wollen ein solches Sonderrecht nicht, sondern verlangen nur ihren Leistungen entsprechend berücksichtigt zu werden.

Auch die Vertreter der Jugendorganisationen beteiligten sich an der Debatte. Sie hoben hervor, daß die Förderung dieser Jugendorganisationen besonders geboten sei, weil ja auch die Alexikalen sich der Jugend zu bemächtigen trachteten. Die Parteileitung brauche nicht zu befürchten, daß die Jugendorganisationen beschuldigt, irgendwelche antimilitaristischen Spielereien zu treiben, sie wollten nur die Nebenarbeiten der Sozialdemokratie sein, eine Rekrutenschule für die Gewerkschaften, um die jungen Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu erziehen.

Schließlich wurde der Entwurf mit allen vorgelegten Änderungsanträgen einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Die Weiterberatung wird sodann auf Mittwoch vertagt.

Verein für Sozialpolitik.

Telegraphischer Bericht.

Auf der Tagesordnung stand das Thema:

Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte.

Der Referent, das Herrenhausmitglied Geheimer Justizrat Professor Dr. Voening-Halle drehte sich über die Verfassung der preussischen Städte unter Ausschluß der süddeutschen Städteverfassung. Die kommunale Sozialpolitik, führte Redner nach einer Uebersicht über die Publikationen auf dem Gebiete der Städteverfassung aus, ist eine so umfassende und für unser Städtewesen ein so wichtiges Gebiet, daß seine Erforschung als eine der wesentlichsten Aufgaben des Vereins betrachtet werden muß. Wie man auch den Begriff der Gemeinde wissenschaftlich definieren wolle, so könne doch kein Zweifel bestehen, daß die Gemeinde eine öffentlich rechtliche Korporation ist, die alle öffentlichen Funktionen in sich aufnehmen muß. Sie ist nicht nur ein rein wirtschaftlicher Verband, sondern hat in ihren Bereich zu ziehen alles, was die geistige Entwicklung ihrer Angehörigen fördern kann. Die Stadtgemeinden sind die Organe der öffentlichen Gewalt, die den Zweck hat, die Aufgaben der Gerechtigkeit zu erfüllen. Die Aufgabe der Gemeinden ist es, in allen Kreisen der Bevölkerung diejenige Lebenshaltung zu sichern, die ihrem Anteil an der sozialen Arbeit entspricht. Zur Erreichung des Zieles der Herstellung des sozialen Friedens und der Versöhnung der Klassen bedarf es aber der Mitarbeit des ganzen Volkes, insbesondere der Mitarbeit der Gebildeten. Der soziale Geist muß die Gesamtheit erfüllen, damit die Schwierigkeiten und Widerstände beseitigt werden können, die sich zu allen Zeiten der Herstellung des sozialen Friedens entgegenstellen haben und zu allen Zeiten entgegenstellen werden. Eine freie Gemeindeverfassung ist die Voraussetzung einer gesunden Entwicklung der kommunalen Sozialpolitik. Freilich nur eine Voraussetzung! Es bedarf dazu auch der Gefinnung der Bürgerschaft, einer Gefinnung, die bereit ist, Sonderinteressen dem Allgemeininteresse unterzuordnen. Allerdings wird das nur auf Grund einer freien Gemeindeverfassung möglich sein. Am 19. November 1908 feiern die preussischen und mit ihnen die deutschen Städte das hundertjährige Bestehen der Städteordnung des Herrn v. Stein. Mit dieser Städteordnung begann für die deutschen Städte eine neue Geschichte. Der Geist, aus dem die Steinische Städteordnung erlassen worden ist, gilt auch heute für die deutsche Städteordnung, wenn sie auch in einzelnen Punkten abweicht. Die Städteordnungen von 1853 haben manche Mängel der Städteordnung von 1808 verbessert und den sozial und wirtschaftlich veränderten Verhältnissen Rechnung getragen. Aber an die Stelle des allgemeinen und gleichen Wahlrechts der Städteordnung von 1808 haben sie das Dreiklassenwahlrecht gesetzt. Die Rechte der Bürgerschaft haben sie wesentlich zu gunsten der Magistrat befürcht, das Aufsichtsrat des Staates geführt und dadurch die freie Entfaltung der Kräfte und die Entwicklung der Städte vielfach von dem Wohlwollen des jeweiligen Ministers abhängig gemacht. Waren die süddeutschen Städte lange Zeit hinter Preußen zurückgeblieben, so haben sie jetzt Preußen zum Teil weit überholt, zum Teil sogar sehr weit. Wenn in Preußen eine staatsmännisch weitschauende Reform der Städteordnung durchgeführt werden sollte — meiner Ansicht nach muß das bald geschehen — so wird es Aufgabe des Ministers sein, eine Städteordnung zu schaffen, die den Geist der Steinischen Städteordnung und die freie Selbstverwaltung der Städte wiederherstellt. Aber wir dürfen nicht ungerecht sein. Wenn auch der Städteordnung Mängel anhaften, so ist doch trotz des Dreiklassenwahlrechts, trotz der weitgehenden Befürchtung des Bürgerrechts, trotz mancher Bestimmungen, die bürokratischer Engherzigkeit Tür und Tor öffnen, es das preussische Städterecht gewesen, das den Städten Raum und Luft gelassen hat zu ihrem gewaltigen Aufschwunge. Nicht die Staatsregierung ist es, sondern der freie selbstbewußte Bürgergeist, der die Städte zu dieser Höhe gebracht hat. Die Verwaltung der preussischen Städte braucht den Vergleich mit anderen deutschen Städten und auch mit dem Auslande nicht zu scheuen. Es darf nicht gesehnet werden, daß das Auffichtsrecht, soweit es sich übersehen läßt, im letzten Jahrzehnt vom Staate im großen und ganzen nicht zu streng gehandhabt ist und daß man die Entwicklung der Städte nicht eingengt hat. (1) Es ist mir aber auch bekannt, daß in einzelnen Fällen die Bürokratie engherzigen Widerstand begeigt und die Genehmigung für Maßnahmen, die für die Entwicklung mancher Städte notwendig war, versagt hat. Es muß aber gerechterweise auch anerkannt werden, daß in den meisten Städten das Dreiklassenwahlrecht nicht gehindert hat an der Erfüllung der sozialen Aufgaben. Längst ehe der Wert kommunaler Sozialpolitik bekannt war, hat Elberfeld eine großzügige musterartige Armenpflege durchgeführt. Das Bewußtsein, daß die Stadtgemeinden stiftliche Pflichten zu erfüllen haben im Interesse der Gesamtheit, hat in den Städteverwaltungen Platz gegriffen. (1) Es ist da wohl gedrohen worden und die Städte haben schon Gemeindegeld geleistet, aber sie stehen immer erst am Anfang ihrer Aufgaben. Die Aufgaben, welche den Städten obliegen, um den sozialen Frieden zu erreichen, werden in den einzelnen Städten verschiedene sein. In allen Verwaltungszweigen der Stadt müssen die sozialen Aufgaben gepflegt werden. Damit eine Stadt aber diese Aufgaben erfüllen kann, bedarf sie nicht nur der Bewegungsfreiheit und Gerechtigkeit, sondern es muß auch ein sozialer Geist die Bürgerschaft beherrschen, kleinliche Interessen der einzelnen Berufsstände müssen zurückgedrängt werden. Das ist leider noch immer nicht überall der Fall. Zum großen Teile mangelt es der Bürgerschaft an dem Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, soweit es sich nicht um Fragen handelt, die den eigenen Geldbeutel betreffen. Gerade die akademisch Gebildeten zeigen große Teilnahmslosigkeit und sind geneigt, sich Ehrenämtern zu ent-

ziehen, besonders solchen, die eine aufopfernde entgeltliche Tätigkeit beanspruchen, ohne daß damit ein politischer Einfluß verknüpft ist. Hier zeigen Mittelstand, die kleinen Kaufleute und Handwerker weit größeren Opfergeist als vielfach der Reiche und Gebildete. Eine Verständigung über allgemeine Maßregeln wird aber nur möglich sein, wenn man sich auf der gemeinsamen Grundlage der Städteverfassung einigt. Andererseits wird eine Verständigung über die Verfassung der Städte gar nicht möglich sein mit der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Kommunismus, der die Gemeinde erobern will, ist der Feind jeder Entwicklung. Ich lehne es ab, mich mit ihm auseinanderzusetzen. Nicht Umsturz, sondern Entwicklung der stiftlichen Aufgaben zur Erzielung sozialer Gerechtigkeit, das ist das Ziel einer sozialen Gemeindepolitik! Darum ist es aber auch nicht ausgeschlossen, daß wir uns in einzelnen Fragen mit der Sozialdemokratie verständigen können. Wir müssen sie heranziehen zur Mitarbeit auf dem Gebiete der Kommunalpolitik. Es gibt kein besseres Mittel, der Gefahr des Umsturzes zu begegnen, als die Bewöhnung der sozialdemokratischen Mitglieder in den Gemeindeförperschaften, mit den berathenden Mitgliedern der Bourgeoisie gemeinsam zum Wohle der arbeitenden Klassen zu arbeiten. (Beifällige Zustimmung.) Es ist deshalb ebenso unklar wie ungerecht, die Sozialdemokratie von dieser Mitarbeit auszuschließen. (Lebhafte Beifall.)

Auf das Frauenstimmrecht, das jetzt von vielen Seiten stürmisch verlangt wird, brauche ich wohl nicht einzugehen, denn es ist nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit die Frauen das Bürgerrecht in Preußen erwerben werden. Deshalb aber können sie doch Ehrenämter in der Waisenpflege, Armenpflege, Wohnungsinspektion usw. übernehmen. Die Städte können von der Tätigkeit der Frau auf diesem Gebiete große Vorteile erwarten. Nach dem bisherigen preussischen Städterecht ist es allerdings nicht möglich, Frauen diese Ehrenämter zu übertragen; eine Änderung ist daher dringend erforderlich. Allerdings sind die Frauen schon durch besondere Gesetze für die Armen- und Waisenpflege zugelassen worden. Bisher wurde zwar nur in beschränktem Maße davon Gebrauch gemacht, aber die bisherigen Erfahrungen sind sehr günstig.

Politisch wichtig ist auch die Frage, ob das Bürgerrecht allen Männern, die in den Gemeinden wohnen, zu gewähren ist. Nicht bloß die Sozialdemokratie, sondern auch die Deutsche Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung fordern in ihrem Programm das Bürgerrecht für alle Reichstagswähler, die zu einer bestimmten Zeit in unseren Gemeinden anständig sind, und damit das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Die preussische Städteordnung von 1808 kommt dem ersten Teile dieser Forderung entgegen. Alle Staatsangehörige, die mindestens ein Einkommen von 600 M. versteuern, das 24. Lebensjahr erreicht haben und mindestens ein Jahr in der Gemeinde anständig sind, können das Wahlrecht ausüben. Dieses ist ein allgemeines, aber nicht ein gleiches, sondern ein Dreiklassenwahlrecht. Die sozialpolitische Gerechtigkeit erfordert eine Milderung des Wahlrechts. (Beifällige Zustimmung.) So entschieden ich diese Forderung aufstelle, so entschieden spreche ich mich aber gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aus, wie es für den Reichstag besteht. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Ich bin jederzeit für die Erhaltung des Bürgerrechts zum Reichstag in der jetzigen Form eingetreten. Aber was für den Reichstag recht ist, ist noch nicht richtig für die Gemeinde. Dem Reichstag steht Bundesrat und der Kaiser mit allen Machtvollkommenheiten gegenüber, der Stadtverordnetenversammlung nur der von ihr gewählte und vielfach von ihr abhängige Bürgermeister und Magistrat. Die Folge des Reichstagswahlrechts für die Gemeinde würde sein, daß wir unsere großen Städte der Sozialdemokratie übermitteln, daß in den Städten ein einseitiges Klassenstimmrecht kommen würde. (Sehr richtig!) Gerade das wollen wir nicht. Es ist aber falsch, zu sagen, daß Hannover, Schleswig-Holstein und Bayern ein fortgeschrittenes Wahlrecht haben als wir. Wohl ist dort das allgemeine Wahlrecht eingeführt, aber man hat den Kreis der Bürgerschaft eingengt. In den preussischen Städten betrug die Zahl der Wahlberechtigten 16 und 18 Proz. der gesamten Einwohnerzahl, in Bayern meistens nur 8 bis 6 Proz. in Pommern 11 Proz. Diese Beschränkung des Bürgerrechts auf einen kleinen Teil der Bürger ist durchaus nicht richtig, und um diesen Preis möchte ich nicht die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts fordern.

Gegenüber dem fluktuierenden Arbeiterstand müssen aber der Handwerkerstand, Industrie und Wissenschaft, welche einen großen Teil der städtischen Kosten und Arbeiten aufbringen, und auch einen großen Teil der ehrenamtlichen Tätigkeit ausüben, einen gewissen Einfluß auf die städtischen Angelegenheiten erhalten. Daß die Vorarbeit, das mindestens die Hälfte der Mitglieder des Gemeindeförpers ausbeseitigt sind, veraltet ist, bedarf wohl keines Beweises. In den Großstädten sind die Häuser ein Handelsartikel geworden. (Sehr richtig!) Dadurch werden die Sonderinteressen der Hausbesitzer mehr berücksichtigt und die gerechte Verteilung der Lasten vielfach gehindert. (Hört! hört!)

An Stelle der öffentlichen muß die geheime Abstimmung treten. Wenn man immer mit stiftlichem Pathos davon spricht, daß es des deutschen Bürgertums unwürdig sei, geheime Abstimmung vorzunehmen, so muß darauf hingewiesen werden: überall, wo die wohlhabenden Kreise unter sich eine Wahl vorzunehmen haben, findet die geheime Abstimmung statt. Während die Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus öffentlich ist, ist die Wahl für die Präsentation zum preussischen Herrenhaus geheim. (Hört! hört!) Es ist doch merkwürdig, daß z. B. Heinrich v. Kreutzfeldt, der mit soviel stiftlicher Entrüstung die geheime Abstimmung bekämpfte, nie Anstöß daran genommen hat, daß er selbst in den Körperschaften der Universität die geheime Abstimmung vornahm. Wer wollte es leugnen, daß in Preußen und Deutschland ein Teil der Wähler sich in Abhängigkeit befindet, und daß sie unter Umständen gezwungen sein würden, sich für ihre Stimmabgabe zu verantworten, sei es vor dem Wotgeber, sei es vor der sozialdemokratischen Partei. (Die Klatschung der dümmsten Albernheiten gegen die Sozialdemokratie kennzeichnet die neuere „voraussetzungslose Wissenschaft“ trefflich. D. Red.)

Wer es als eine stiftliche politische Pflicht der Wähler betrachtet, die Stimme undeeinflusst abzugeben, muß verlangen, daß an Stelle der offenen Abstimmung die geheime tritt. (Lebhafte Zustimmung.) Nur noch wenige Worte über das Verhältnis der Städte zum Staat und zur staatlichen Aufsicht! Um seiner selbst willen muß der Staat den Gemeinden die Freiheit sichern. Die Bürokratie betrachtet vielfach mit ängstlichen Blicken die Bewegungsfreiheit der Städte. Jede Beschränkung der Staatsgewalt wird oftmals als Einbuße staatlicher Autorität betrachtet. Bei der Beratung des Schulgesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus kam das von einzelnen Regierungskommissaren zum Ausdruck. Man sprach am Regierungstisch von einer Entredung des Staates zugunsten der Gemeinden anlässlich der Anstellungsbefugnis der Lehrer. Die Befähigung der Bürgermeister muß dem Staat mit Recht zugebilligt werden. Der Staat kann hier eines gewissen Einflusses nicht entzaten, da der Bürgermeister auch die Polizeigewalt und andere Funktionen ausübt. Ueberflüssig und schädlich ist aber die Befähigung für die übrigen Magistratsmitglieder und städtischen Renter. Einen großen Fortschritt bedeutet die Gesetzgebung der 70er Jahre, welche die Disziplinargewalt über die Kommunalbeamten den Verwaltungsgerichten überträgt. Die Genehmigung des Ortsstatuts ist notwendig. Der Staat muß die Rechte haben, die Stadt an der Ausführung rechtswidriger Beschlüsse hindern und sie zur Erfüllung der obliegenden Pflichten zwingen zu können. Sichern diese Bestimmungen dem Staate das notwendige Maß der Aufsicht, so sind die preussischen Städte doch in zwei Punkten in ihrer Selbstverwaltung durch Sondergesetze beschränkt und bürokratischer Bevormundung ausgesetzt. Die

eine Beschränkung betrifft die Schulverwaltung: In ihr sind die Städte im weitesten Maße beschränkt worden. Die staatlichen Vertreter gehen von der Ansicht aus, daß die Städte die Pflicht und das Recht haben, die Kosten für die Schule aufzubringen, daß aber die Verwaltung und Aufsicht Sache der Bürokratie und Geistesfreiheit sei. Trotz kecklicher Beschränkungen haben die Städte Opfer gebracht weit über das Maß der ihnen obliegenden Pflichten. Sie haben deshalb auch den Anspruch erworben, daß ihnen bei der Verwaltung und Aufsicht der Schulen der ihnen gebührende Einfluß gewährt wird.

Bei dem Kommunalabgabengesetz von 1903 besteht für die großen Städte die Gefahr, daß sie bevormundet werden, sobald sie genötigt sind, mehr als 100 Proz. Gemeindesteuern zu erheben. Es ist deshalb verständlich und gerechtfertigt, daß die Stadt Berlin alle Mittel anwendet, um eine Ueberforderung dieser normalen Verhältnisse zu verhindern. Bei den vielfachen unfreundlichen Verhältnissen zwischen dem Staat und der Stadt Berlin, auf die ich hier nicht näher eingehen will, würde die Stadt einen zu großen Teil ihres Einflusses einbüßen, wenn sie genötigt wäre, Jahr für Jahr ihren Haushaltsetat der Kontrolle des Ministers zu übergeben. Außer Berlin sind aber fast alle größeren Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern dieser Kontrolle unterworfen. Damit unterliegt die ganze Stadtverwaltung einer staatlichen Kontrolle. Redner hält eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes deshalb für notwendig. Er schlägt: Mit der Städteordnung des Reichern von Stein begann ein neuer Aufschwung der Städte. Das Bürgertum wird an Tatkraft, Pflichttreue und Vaterlandsliebe von keinem anderen Stande übertroffen. Die Städte haben einen Wohlstand und äußeren Glanz, aber auch innere Festigkeit und innere Ordnung erlangt, auf die sie stolz sein können und die das Ausland bewundert. Immer mehr dringt in die städtische Bevölkerung das Bewußtsein ein, die sozialen Pflichten zu erfüllen. Die große Masse der Arbeiter, die durch ihre Zusammenströmen mit den Aufschwung in den Städten veranlaßt haben, verlangen stürmisch die Gleichberechtigung. Sie wollen den Anteil ihrer Arbeit an den geschaffenen Gütern. Diese Forderung der sozialen Gerechtigkeit zu erfüllen, muß eine der wichtigsten und notwendigsten Aufgaben des Staates sein. (Stürmischer Beifall.)

Der zweite Referent, Bürgermeister Professor Dr. Walz-Heidelberg, sprach besonders über die Verfassung der süddeutschen Städte. Redner gab zunächst eine kurze Uebersicht über die Entwicklung der süddeutschen Gemeindeverfassung während des 19. Jahrhunderts, indem er besonders hervorhob, wie langsam sich hier die Völkung der Gemeinden von der staatlichen Bevormundung vollzogen und wie schwer man sich insbesondere dazu entschlossen, die Städte als eine besondere Kategorie der Gemeinden mit einer ihrer Eigenart entsprechenden Verfassung auszustatten. Auch heute noch, fährt der Redner fort, ist in weitem Umfange noch die Anschauung herrschend, daß die Gemeinden als unterste Staatsorgane grundsätzlich zu allen Aufgaben des Staates im Verwaltungswege mit herangezogen werden können, und auch bei der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten unterliegen die süddeutschen Städte ganz wesentlichen Beschränkungen, zumal auf finanzziellem Gebiete; beides Umstände, die der freien sozialistischen Tätigkeit der Städte nachstehen Eintrag zu bereiten geeignet sind. Andererseits besitzen aber die süddeutschen Städte, soweit es sich um die Bestellung ihrer Organe handelt, zum Teil eine viel größere Freiheit und Unabhängigkeit wie diejenigen des Nordens. So ist in Württemberg das staatliche Recht zur Befähigung des Ortsvorstehers ganz wesentlich eingeschränkt und in Baden bereits seit dem Jahre 1870 vollständig aufgehoben.

Die Frage, ob die Verfassungsbedingungen der süddeutschen Städte den Anforderungen, welche vom sozialpolitischen Standpunkte aus an eine Gemeindeverwaltung erhoben werden können, entsprechen, glaubt Redner unter Hinweis auf das, was diese Städte auf dem Gebiete der Sozialpolitik praktisch geleistet, im großen und ganzen bejahen zu sollen.

Wolle man zu einer Reform des geltenden Rechtes schreiten, so sei eine Erleichterung der Städte von der Verpflichtung zur Erfüllung rein staatlicher Aufgaben und vor allem eine freiere Ausgestaltung des Finanzverwaltungsrechtes wohl angezeigt. Auch könnte die Beseitigung solcher Schranken empfohlen werden, welche, wie die Vorschrift zur Zahlung eines hohen Bürgersteuereinkaufsgeldes, die weniger Bemittelten von einer aktiven Teilnahme am Gemeindeleben vollständig ausschließen geeignet seien. Einer gänzlichen Aufhebung des Systems der Klassenwahl, die in Baden von manchen Seiten begehrt wird, vermag er jedoch das Wort nicht zu reden. Er befürchtet als eine unausbleibliche Folge einer solchen Maßnahme, die allein auf die Zahl der Stimmen abhebe und der härteren Beteiligung an den Lasten der Verwaltung keine entsprechend stärkere Vertretung gewähre, den Abzug der wertvollsten Elemente oder doch ein zunehmendes Fernbleiben von der aktiven Mitarbeit und im Zusammenhang damit ein stetig zunehmendes Herabtreten der staatlichen Aufsichtsgewalt. Für die Freunde einer wahren freirechtlichen Selbstverwaltung in der Tat kein erfreuliches Bild! Soll man im Angesicht einer solchen Zukunft nicht lieber an einer Einrichtung festhalten, welche so schöne Erfolge gerade auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik gezeitigt hat, welche jetzt schon allen Beteiligten eine Mitarbeit an der Gemeindeverwaltung gewährleistet und welche den Schutz der Minderbemittelten innerhalb des Kreises der autonomen Gemeinde selber zu finden sucht, in dem sozialen Empfinden der Bürgerschaft und in dem Pflichtgefühl ihrer unabhängigen Vorsteher? Dann bleibt uns auch erhalten, was für das Gedeihen einer wahren Sozialpolitik unentbehrlich ist: eine freie, wirklich autonome Selbstverwaltung. (Lebhafte Beifall.)

Der dritte Referent, Stadtrat Fleck-Frankfurt a. M. führt aus: Trotz der verschiedenen Mängel und der Verschiedenartigkeit der Städteverfassung haben die Städte doch manches Erfreuliche geschaffen, manches, zu dem der Staat sich noch nicht habe aufschwingen können. So erinnere er an die Regulierung des Arbeitsmarktes, an die Vertretung der Minoritäten durch das Proportional-Wahlrecht, an die Reform des Arbeitsvertrages für städtische Arbeiter usw. Man solle nicht zu grobe Kenglichkeit vor der Sozialdemokratie haben. Wenn man auf sozialem Gebiete in den Städten noch nicht genügend erreicht habe, so liege das vielfach an den mangelnden Mitteln. Es sei falsch, zu sagen, daß man aus Schonung für die Milliardäre die progressivere Einkommensteuer nicht härter anziehe. Man müsse doch bedenken, daß die Städte Rücksicht nehmen müssen auf den Bezug und Zugang. Die Städte z. B. die besondere Wohltätigkeitseinrichtungen geschaffen haben, würden einen großen Zug von auswärtig zu erwarten haben, während die Vermögen unter Umständen wegzögen. Für die Städte bestehe die große Gefahr darin, daß sie durch den Unterhaltungswohlstand der Zuziehenden stark belastet werden. Man müsse sich deshalb gegen die neue Nobelle, die eine Verführung der Preis für die Erwerbung des Reichsstaatswohnsitzes wolle, wenden. Wenn man das Reichstagswahlrecht für die Kommunen verlange, so gebe es manche Korrektivmaßregeln. So könne man etwa die Beschlüsse abhängig machen von mehrfachen Abstimmungen oder von einer Zweidrittelmehrheit wie bei den Gewerkschaften. Er gebe dem Prof. Voening zu, daß von den Behörden das Aufsicht- und Befähigungsrecht relativ selten angewendet werde. Aber ebenso wahr sei es, daß wegen des Aufsichtrechtes manches unterbleibe seitens der Städte. Er verweise auch auf verschiedene persönliche Eingriffe von oben her, z. B. bezüglich der Feuerbefähigung, der Verlängerung der Konzession der Straßenbahn über den Kopf der Stadt Berlin, bezüglich der Verweigerung der freien Verfügung der von den Städten gebauten Schulgebäude. Das seien alles Zustände, die uns in schlechten Ruf im Auslande gebracht haben. Wir hätten gar nicht zu wenig Selbstverwaltung, mehr als

die Engländer, die uns darum beneiden würden, wenn nicht fortwährend diese persönlichen in das Belieben der einzelnen gestellten Eingriffe wären. Der Grund liegt in der mangelhaften Ausbildung unserer Verwaltungsbeamten. Western sei schon auf Oesterreich verwiesen worden, dessen Beamte besser ausgebildet seien. Oesterreich habe auch viel freihändlerische und vernünftigeren Verwaltungsgrundsätze. Redner erörtert dann noch, weshalb es an der Zeit fehle, viele soziale Maßregeln zu ergreifen; es seien nicht genügend Beamte da. Die Stadt müsse sich dadurch entlasten, daß sie einen Teil dieser sozialen Arbeiten der freien Vereinsstätigkeit überlasse. (Beifall.)

Anherordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes.

(Verband der Lithographen, Stein drucker und verwandter Berufs-genossen.)

München, 30. September 1907.

Am 29. September und folgende Tage tagt in München eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes. Die 13. Generalversammlung des Bundes 1905 in Berlin hatte die Verschmelzung des Verbandes der Lithographen, Stein drucker und verwandter Berufe mit dem Senefelder-Bund (damals nur Unterstützungsverein) beinahe einstimmig beschlossen. Der Verband löste sich auf, seine Aktiven und Passiven übernahm der Bund, die Verbandsmitglieder traten sämtlich dem Bunde bei. Ein verschwindend kleiner Teil der Bundesmitglieder fühlte sich durch die Verschmelzung beschwert, sie suchten daher ihre Zustucht bei den Gerichten und erzielten, daß die Verschmelzung für unzulässig erklärt wurde. Unzulässig sollte sie deshalb sein, weil eine Zweck- oder Verfassungsänderung des Vereins nur möglich sei, wenn sich sämtliche Mitglieder mit der Zweckänderung einverstanden erklären, was hier nicht der Fall war. Daß eine Verfassungsänderung durch die Verschmelzung geschaffen war, stand fest, da der Bund durch die Berliner Beschlüsse in eine Gewerkschaftsorganisation umgewandelt wurde. Für belanglos wurde von den Gerichten erklärt, daß der Bund von 1873—1878 eine Gewerkschaft gewesen war. Durch das Urteil wurde der Bund aller gewerkschaftlichen Zwecke wieder entkleidet. Dem Urteil wurde allgemeine Rechtswirksamkeit gegeben, es war daher nicht nur für die Kläger, sondern für die Gesamtheit der Mitglieder gültig. Da tatsächlich von dem Augenblick an, wo das Reichsgericht die von dem Bundesvorstand eingeleitete Revision verworfen hatte, kein Gewerkschaftsstatut mehr vorhanden war, da es ja für ungültig erklärt worden war, ist es bezeichnend für das Zusammengehörigkeitsgefühl der in Frage kommenden Berufe, daß trotz des Urteils keine Störung der gewerkschaftlichen Tätigkeit eintrat. Zu erwähnen wäre hier noch die Sperre der Gewerkschaftskasse im vorigen Jahre durch die Kläger, gerade zu der Zeit, als 3000—4000 ihrer Kollegen durch das Unternehmertum brutal aufs Pfahler geworfen wurden. Die Generalversammlung, die zu Ostern 1907 in Hannover stattfand, faßte einstimmig den Beschluß auf Trennung. Der Bund wurde lediglich wieder Unterstützungsverein, der Verband der Lithographen und Stein drucker wurde neu gegründet. In Hannover wurde schon beschlossen, die Liquidation des Bundes herbeizuführen, sobald von den oben erwähnten Klägern und ihren Anhängern neue Querreden verübt werden. Diese liehen nicht lange auf sich warten. Ein neuer Unterstützungsverein Senefelder wurde von dieser Seite gegründet, der mit einem Fuß schon im gelben Lager steht. Dieser und verschiedene andere Umstände veranlaßten den Hauptvorstand, noch in diesem Jahre eine zweite Generalversammlung einzuberufen, die sich mit dem Antrage auf Liquidation des Deutschen Senefelder-Bundes zu befassen hat. Durch diese Maßnahme wird das geographische Gewerbe wieder eine Einheitsorganisation bekommen. Da die Hannoverische Generalversammlung schon tüchtig vorgearbeitet hat, wird die Münchener nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Der Senefelderbund, der in Würzburg 1873 das Licht der Welt erblickte, wird in München 1907 seine letzte Ruhestätte finden. Der Verband der Lithographen, Stein drucker und verwandte Berufe aber wird sich den modernen Gewerkschaften würdig an die Seite reihen, als ein Bollwerk gegen alle inneren und äußeren Feinde.

Der Geschäftsbericht über die sechsmonatliche Tätigkeit seit der Hannoverischen Generalversammlung liegt den Delegierten gedruckt vor.

Aus dem Rechenschaftsbericht ist zu entnehmen, daß am Schluß des Quartals 205 Invaliden und 200 Witwen vorhanden waren; die Invaliden und Witwen haben sich je um 6 vermehrt; krank waren 841 und arbeitslos 251 Mitglieder.

Der Kassensbericht in der Unterstützungskasse ergibt eine Einnahme von 113 030,80 M., der eine Ausgabe von 109 954,48 M. gegenübersteht, so daß hier ein Ueberschuß von 3076,32 M. vorhanden ist.

Die allgemeine Unterstützungskasse steht trotz des erhöhten Beitrags um 25 Pf. nicht günstig. Für die Kranken- und Sterbeunterstützung war ein Zufluß von 22 500 M. nötig, so daß trotz der Mehreinnahme von 50 800 M. nur ein Ueberschuß von 3076,32 M. zu verzeichnen ist. Daraus ist also zu ersehen, daß die Krankenkasse bei dem geringen Beitrag von 35 Pf. für die Folge nicht hätte weiter bestehen können, weshalb es zu begrüßen war, daß die Generalversammlung in Hannover die Reise- und Arbeitslosenunterstützung der Kranken- und Sterbekasse einverleibt und in die allgemeine Unterstützungskasse umgewandelt hat. Das Gesamtvermögen der allgemeinen Unterstützungskasse beträgt am Schluß des Quartals 112 125,53 M., von welchem ein Vorschuß 3120,25 M. in den Mitgliedschaften sich befinden. An sonstigen Ausgaben hätte der Senefelderbund 14 117,11 M. darunter befinden sich für die Generalversammlung in Hannover, Protokolle usw. 9235,80 M., für die Veröffentlichung der Generalversammlung 1107,65 M., „Graphische Presse“ und „Rundschau“ 3048,96 M.

An den Geschäftsbericht der Kontrollkommission und des Hauptvorstandes knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, in der prinzipielle Gesichtspunkte nicht zutage traten.

Der Antrag, dem Hauptvorstand und der Kontrollkommission die Entlastung für die abgeschlossene Geschäftsperiode zu erteilen, wird einstimmig angenommen.

Als nächster Punkt standen auf der Tagesordnung Dringlichkeitsanträge des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission zum Statut. Zu § 61, Absatz 2, wird beantragt, ihm folgende neue Fassung zu geben: „Das Vermögen des Bundes darf nur statutenmäßig verwendet werden.“ § 66, Absatz 4, soll folgenden Nachsatz erhalten: „Wenn bei der Liquidation die Mittel des Bundes nicht derartig sind, daß unbeschränkt Unterstützung gewährt werden kann, so kann die Generalversammlung beschließen, daß für nach der Liquidation eintretende Unterstützungsfälle keine Unterstützung gewährt wird. Es werden dann lediglich die bis zum Tage der beginnenden Liquidation angemeldet und als berechtigt anerkannten Fälle unterstützt. Verbleibt dann in der einen oder anderen Klasse ein Restbetrag, so ist dieser der Klasse, die noch laufende Unterstützungen gewährt, zu überweisen.“ Ferner lag ein Antrag Müller-Berlin vor, der lautet: „Den Bezugberechtigten kann nach erfolgter Liquidation das Recht auf Bezug der Unterstützung entzogen werden, wenn sie Handlungen begehen, die den Ausschluß eines Mitgliedes aus dem Bunde zur Folge haben würden. Der Ausschluß wird von der Liquidationskommission vollzogen. Als Berufungsinstitut gilt die Kontrollkommission.“ Dieser Antrag soll als neuer Absatz des § 66 gelten. Die Dringlichkeitsanträge und der Antrag Müller wurden ohne Debatte einstimmig angenommen, ebenso ein weiterer neuer Absatz des § 66 dahin lautend: „Diese Änderungen treten sofort in Kraft.“

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete der Antrag des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission auf

Auflösung des Deutschen Senefelder-Bundes, welcher lautet: „Die Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes in München wolle die Auflösung des Senefelder-Bundes, der allgemeinen Unterstützungs- und der Invaliden- und Witwenkasse beschließen. Die Liquidation soll am 1. Oktober 1907 in Kraft treten. Die bis dahin fällig gewordenen Beiträge sind noch zu leisten.“ Der Vorstand des Deutschen Senefelder-Bundes, Hermann Müller, begründet den Antrag: Der Bund hat in den 34 Jahren seines Bestandes unzweifelhaft viel Gutes für seine Mitglieder getan. Wenn man einen solchen Verein auflöst, dann müssen wirklich zwingende Gründe vorliegen. Eine kleine Schar Abtrünniger hat es erreicht, daß das Gericht erklärte: Ihr dürft Euch nur in ganz bestimmten Formen und Bahnen bewegen. Von diesem Augenblick an war der Senefelderbund eine Fessel für die Arbeiterbewegung, die gesprengt werden mußte; denn durch das Urteil des Gerichts war der Senefelderbund dazu verurteilt, lediglich Unterstützungsorganisation zu sein. Das gleichzeitige Bestehen des Senefelder-Bundes als Unterstützungsorganisation und der Gewerkschaftsorganisation, die ebenfalls Unterstützungen gewährt, war unmöglich. Wenn wir aber darauf bedacht sein wollten, daß unsere Kollegen unter möglichst günstigen Bedingungen arbeiten, so brauchen wir eine Kampforganisation. Als solche kommt nach den Entscheidungen des Gerichts nur mehr der Verband der Lithographen usw. in Betracht, und daher beschloß die Vorstandschaft des Senefelder-Bundes die Verschmelzung mit dem Verband durch den Ausbau des Bundes als Verband. Es ist ja dies an sich eine harmlose Sache, weil durch die Vereinbarungen mit dem Verband in Hannover dafür gesorgt wurde, daß unsere familiären Karezellen angerechnet werden, daß sämtliche Unterstützungen weiter bezahlt werden vom Verband der Lithographen und Stein drucker, wenn die Liquidation beendet ist.

Der Antrag wurde nach kurzer, unentschiedener Debatte in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes fand die Mandatsprüfung statt. Es waren 60 Delegierte anwesend; ferner waren durch je einen Delegierten vertreten die österreichische und schweizerische Bruderorganisation.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Dringlichkeitsantrag des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission folgenden Inhalts: „In Anbetracht der Unzulänglichkeit der Mittel des Deutschen Senefelder-Bundes, den im Genusse von Unterstützungen befindlichen Mitgliedern dauernden Bezug der Unterstützungen zu sichern, werden Unterstützungen nur noch für solche Fälle gewährt, die bis zum 30. September 1907 gemeldet und als berechtigt anerkannt sind; das Vermögen der allgemeinen Unterstützungskasse wird in der Weise aufgebraucht, daß alle am 1. Oktober 1907 im Unterstützungsgebiete stehenden Kranken, Reisenden und Arbeitslosen bis zur stüttemgemäßen Aussteuerung unterstützt werden. Sollte dann ein Ueberschuß zurückerhalten, so fällt dieser der Invaliden- und Witwenkasse zu. Das Vermögen der Invaliden- und Witwenkasse wird veräußert, daß nur mehr die am 1. Oktober 1907 vorhandenen Invaliden und Witwen statutenmäßig unterstützt werden.“

Vorstand Hermann Müller begründet diesen Antrag mit dem Hinweis, daß diese Art der Liquidation mit Waffensperre das einzig richtige sei. Es sei zu erwarten, daß am Ende des Jahres nur mehr 5 Proz. der vorhandenen Kranken zu unterstützen seien. Dadurch würde in der Unterstützungskasse am Ende des Jahres ein Ueberschuß von ungefähr 64 000 M. vorhanden sein, der an die Invalidenkasse abzuführen ist; dadurch würde aber die Invalidenkasse so erheblich gestärkt werden, daß die Dauer der Liquidation der Invalidenkasse 4½ Jahre betragen würde. Dann ist es aber Sache des Verbandes, diese Gelder aus der Invalidenkasse in die Krankenkasse abzuführen. Darum empfehle ich, dem Antrage ohne weiteres zuzustimmen.

Der Antrag wird hierauf nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Die Verwaltungsgeschäfte des in Liquidation befindlichen Deutschen Senefelder-Bundes werden den derzeitigen drei geschäftsführenden Hauptvorstandsmitgliedern, Vorsitzender Müller, Kassierer Brall und Sekretär Lange, übertragen.

Hierauf beschließt die Generalversammlung auf Antrag des H. Hofmann, dem bisherigen Vorstand Müller für das Jahr 1907 eine Entschädigung von 150 M. zu gewähren.

Der Vorstand des Senefelder-Bundes, Hermann Müller, gab hierauf einen kurzen Uebersicht über die Entwicklung des Bundes. Dieser wurde vor 30 Jahren gegründet, zwar nicht als der erste in seiner Art — es bestanden schon Hülfs-Dandische Gewerkschaften — aber der Bund stellte sich die Aufgabe, zu zentralisieren. 1873 waren 545 Mitglieder in 14 Ortsvereinen organisiert. Im nämlichen Jahre wurde die Gründung einer Invalidenkasse beschlossen, 1874 wurde die Reiseunterstützung eingeführt. Auf den Tagungen zu Leipzig und Dresden, 1876 und 1878, erfolgte die Schaffung einer Krankenkasse. In den folgenden Jahren verringerte sich die Anzahl der Mitglieder bis auf 187 mit einem Gesamtvereinsvermögen von 11 000 M.; die Schuld daran trug die Verschmelzung unter dem Sozialistengesetz, nach dessen Aufhebung die Zahl der Mitglieder im Jahre 1891 auf 1226 gestiegen war. In diesem Jahre erfolgte die Gründung des Verbandes der Lithographen und verwandter Gewerbe. Im Jahre 1898 tauchte der Verschmelzungsgedanke der beiden Organisationen auf; die Verschmelzung wurde aber 1900 in Köln abgelehnt, und der Ausbau des Bundes zu einer Gewerkschaft im Sinne des Lithographenverbandes beschlossen. Kurze Zeit darauf kam die Berliner Generalversammlung, auf der der Ausbau zur Gewerkschaft zur Sprache wurde. Die Eingießeit im Bunde wurde aber gestört, indem auf Veranlassung einiger Abtrünniger die Gerichte beschloßen, daß der Senefelderbund nur als Unterstützungsorganisation wirken dürfe gemäß seiner Statuten, und seine Gelder nicht als Kampforganisation verwendet werden dürfe. Bei dieser Sachlage war die Auflösung des Bundes eine beschlossene Tatsache. Der Bund hat in dem Zeitraum seines 34-jährigen Bestehens rund 8½ Millionen Mark für Unterstützungen hinausbezahlt; davon treffen ungefähr 1½ Millionen auf die Blütezeit des Bundes, die Zeit, in der die Mitglieder lediglich durch ihr Solidaritätsgefühl zusammenhielten, das ist die Zeit seit der Berliner Generalversammlung. Es wäre wünschenswert gewesen, daß der Bund so weiter hätte arbeiten dürfen, aber er durfte nicht, und so mußte der Weg gesucht werden, auf dem die Interessen der Mitglieder tüchtig zu wahren waren, das war die Auflösung. (Lebhafter Beifall.)

Einer Anregung des Vorsitzenden sah, eine Geschichte des Bundes herauszugeben, versprach Müller Folge zu leisten.

Hierauf entspann sich eine lebhafteste Debatte über einen Brief, den Mühring-Berlin an die Generalversammlung geschrieben hatte, worin er sich darüber beklagte, daß gegen ihn ein Ausschlußverfahren seitens des Verbandes der Lithographen eingeleitet worden ist. Der Brief wird aber nicht verlesen, nachdem sich nur eine kleine Minorität für die Verlesung ausgesprochen hatte.

Vorsitzender sah schloß hierauf die Generalversammlung mit folgender Ansprache: Wir haben heute eine Organisation zu Grabe getragen, welche stets für das leibliche und geistige Wohl ihrer Mitglieder eintrat; wir haben aber mit dieser Grablegung des Senefelder-Bundes gleichzeitig etwas Unangenehmes begraben, den Bruderkampf zwischen den beiden Organisationen, dem Bund und dem Verband der Lithographen. Die Beendigung dieses Bruderkampfes bedeutet einen wichtigen Markstein in der Geschichte unserer Organisation. In dem Deutschen Senefelderbund hat die Solidarität der Arbeiterchaft Deutschlands einen beispiellosen Erfolg errungen; wir haben es erreicht, daß die Organisationen unserer Berufe, die von den Arbeitgebern verachtet und verhöhnt worden sind, sich durch einen gewaltigen Kampf die Anerkennung erworben und als mächtiger Faktor in Betracht gezogen wurden. Wenn wir diese Organisation, die in einer Reihe von Kämpfen ganz bedeutende Vorteile für ihre Mitglieder und deren Kollegen gebracht hat, heute zu Grabe tragen, weil sich 471 Pro-

zentisten nicht mit den Beschlüssen von mehr als 15 000 Kollegen zufrieden gaben, sondern die Gerichte des Klassenstaates anrufen, eines Staates von Massen, die alle die Berechtigung der Organisationen in ihren Grundzügen nicht anerkennen, so geschieht es in vollem Kraftbewußtsein. Wie die Arbeiterchaft seit dem Sozialistengesetz gelernt hat, gesetzliche Maßnahmen gegen die Fortentwicklung von Arbeiterorganisationen zu überwinden, so hat auch unsere Organisation gezeigt, daß sie den Standpunkt des Gerichts überwunden hat, daß sie es versteht, dem Platz zu machen, was notwendig ist, um die materiellen und geistigen Interessen der Kollegen zu vertreten. Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch der Münchener Kollegen gedenken, die uns eine so schöne Stätte für die Begrabung des Deutschen Senefelder-Bundes bereitet haben an der Grabstätte unseres Meisters, der gleich uns gekämpft und gerungen hat. Ich glaube, daß wir diese Generalversammlung nicht besser schließen können, als wenn wir der Solidarität der deutschen Arbeiterchaft gedenken, und auf diese, die die Befreiung der Menschheit zum Ziel gesetzt hat, ein dreifaches Hoch ausbringen, das begeisterten Beifall fand.

Hierauf schloß der Vorsitzende die Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes. Morgen, Montag, findet im gleichen Saale die Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Stein drucker und verwandten Berufe statt.

Am Denkmale Senefelders wurde ein Kranz niedergelegt, auf dessen roter Schleife stand: „Ihrem Altmeister H. Senefelder die 15. Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes. 29. IX. 1907.“

Soziales.

Fabrikanten - Herrentum.

In der Militärrefekter- und Lederfabrik von F. W. Gammerschlag in Molodorf bei Bonn wurde dieser Tage ein Mord angebahnt, der an Verschimpfungen der Arbeiter kaum zu überbieten ist. Es heißt darin: „Es hat sich mit der Zeit eine Rachlässigkeit und Unpünktlichkeit beim Beginn der Arbeitszeit eingeschlichen, die ich weiter nicht ungestraft lassen werde. Ich verweise auf die §§ 9 und 10 der Arbeitsordnung. Es heißt da: § 9. Der Anfang der Arbeit wird durch zweimaliges Läuten angezeigt und muß (der Anfang also) mit dem zweiten Zeichen beginnen.“ Es ist ein Zeichen der Verwahrlosung, wenn nach 7 Uhr noch Arbeiter das Fabriktor passieren, meist rauchend und mit größter Gelassenheit. Es ist das ein Verbrechen, welches so recht den Mangel jeglichen Pflicht- und Ehrgefühls bei den Betroffenen erkennen läßt, um so mehr, als es meist immer dieselben sind, die sich derartiges zu Schulden kommen lassen. Gegen solche Elemente werde ich auf nachdrücklichste den § 10 der Arbeitsordnung in Anwendung bringen. § 10: Es werden bestraft bis zur Hälfte eines durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes: unentschuldigtes Zutrittskommen und unentschuldigtes Ausbleiben vor der Arbeit.“

Der gesetzwidrige Mord droht dann jedem, der nicht „Punkt 7 Uhr“ morgens bei der Arbeit ist, bis zu einer Viertelstunde Verspätung 50 Pf., für größere Verspätungen mehr, für jedes vorher nicht entschuldigtes Ausbleiben 1 M. Lohnabzug an. „Sollte damit bei einzelnen nichts zu erreichen sein, so werde ich von diesen Leuten eine Namensliste am Fabriktor aushängen.“ — Warum droht der Herr nur an, die Namen der Arbeiter, die sich einige Minuten seiner Ausbeutung entziehen, zur Strafe am Fabriktor auszuhängen, warum nicht gleich die Arbeiter selbst?

Zum Verständnis der Dienstboten auf dem Laube.

Ein 15 Jahre altes Mädchen war bei einem Gutbesitzer in Riffing bei Augsburg in Stellung. Das Kind war der Arbeit für 10 Stück Rindvieh und mehrere Pferde als Alletante nachgedrückt worden. Um das fleischliche, schwächliche Kind vor dem körperlichen Ruin zu bewahren, nahm es der Vater nach Ablauf einer 14tägigen Kündigungsfrist aus dem Dienst, ohne auf den längeren Dienstvertrag Rücksicht zu nehmen. Nach der Kündigung, die das gegen Dienstboten geltende Ausnahmengesetz gefunden hat, dürfen diese das Dienstverhältnis jedoch erst verlassen, wenn sie schon halb tot geradert sind. Das arme Kind wurde deshalb wegen „Dienstentlaufens“ bestraft. Eine solche Gesetzesauslegung widerspricht nicht minder dem Recht und der Pflicht des Vaters, auf das leibliche und geistige Wohl seines Kindes Bedacht zu nehmen, wie dem allgemeinen Rechtsgefühl. Aber was gilt das Wohl eines Kindes, was die „Heiligkeit der Familie“ gegenüber agrarischer Profitgier? Eltern können ihre Kinder gegen die Folgen solcher Ausnahmengesetze nur durch Verträge schützen, in denen dem Kinde und ihnen das Recht vorzeitigen Verlassens des Dienstes eingeräumt ist.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30. 9.	am 29. 9.	Wasserstand	am 30. 9.	am 29. 9.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mitt	133	- 3	Habel, Spandau	104	+ 6
Bregel, Ansb. u. B.	63	- 4	Radnewitz	147	+ 0
Welsch, Thorn	74	- 4	Spree, Spremberg	120	- 4
Ober, Rathbr.	95	- 1	Beckow	167	0
Stroffen	91	- 1	Weser, Minden	- 106	- 11
Frankfurt	102	- 2	Minden	- 24	0
Wartbe, Schimm	36	- 4	Rhein, Waldshut	-	-
Landshut	35	- 4	Rauh	118	- 2
Rega, Borkum	16	0	Stin	93	- 4
Eise, Leimberg	- 56	- 8	Weser, Hildesheim	34	+ 10
Wald	72	- 7	Wain, Weidheim	-	-
Magdeburg	88	- 2	Wosel, Trier	-	-
Saale, Grochlitz	80	+ 12			

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterpegel.

Inferate

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen

für die

Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis

freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Keller, jetzt Greyer, Koppenstr. 29.

Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission. 2. Delegiertenvahlen zum Montag.

Laut Beschluß der Versammlung vom Sonntag, den 29. September, hat am Donnerstag, den 3. Oktober in ganz Berlin und Vororte die Arbeit zu ruhen, auch Privatarbeit und hat jeder Kollege in der Versammlung zu erscheinen.

Jeder Kollege ist verpflichtet sein Verbandsbuch mitzubringen zur Aufstellung der Streiklisten.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Am Freitag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, finden für alle in der Gipsbaubranche beschäftigten Mabitzyger, Träger u. Mabitzspanner zwei große Versammlungen

statt. Tages-Ordnung: „Unsere Aufgaben für die Zukunft“.

Referenten sind die Kollegen Wilh. Fritsch und Otto Hanke.

Die Versammlung für die Mabitzyger und Träger findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, für die Mabitzspanner bei Jannaschl, Inselstr. 10, statt.

Kollegen! Wir erwarten vollständiges und pünktliches Erscheinen. — Agitiert für einen guten Besuch dieser Versammlungen. (143/15) Der Sektionsvorstand. B. U.: Otto Haese.

Trianon-Theater.
Fräulein Joseette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Spottbillig!!
Land- u. Waldparzellen,
mündervoll gelegen, nahe Bahnhof
Frederksdorf (Dsbahn)
□ R von 7 Mark an.
Nieschalke & Nische,
Landsbergerstr. 66.

Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Stil- und Holzarten.
Einzelne Möbel als Ergänzungsstücke.
Wochenrate 1.00.

S. Dorn, Alte Schönhauserstr. 3
Am Schönhauser Tor. 762*

Zum

Wohnungswechsel

Engl. Tüll-Gardinen, abgepaßt, 2 Flügel, creme und weiß das Fenster	1.50, 2.50 bis 20 M.
Engl. Tüll-Gardinen, Stückware, creme und weiß per Meter	30 Pf., 50 Pf. bis 1.50
Engl. Tüll-Stores, creme und weiß per Stück	1.50, 2.25 bis 9.—
Erbstüll-Stores mit Bändchen per Stück	4.75, 5.75 bis 21.—
Kongreststoffe, creme und weiß, glatt und gemustert per Meter	50 Pf., 60 Pf. bis 1.—
Körper-Rouleaux, einteilig und zweiteilig abgepaßt, creme, weiß, rot u. gold, d. Fenster	2.25, 2.75 bis 9.—
Rouleauxstoffe, creme, weiß, rot und gold Breite 84 cm	100 cm 130 cm
Mtr. v. 50 Pf. bis 1.10	v. 80 Pf. bis 1.40 v. 1.10 bis 2.—

Möbelkreppe, bunt für Gardinen u. Portieren, zweiseitig bedruckte, Breite 110 u. 130 cm, per Meter	1.15, 1.25 bis 1.40
Möbelkreppe und Croisé für Vorhänge und Garderoben, einseitig und zweiseitig bedruckt, Breite 80 cm per Meter	35 Pf., 45 Pf. bis 1.—
Küchen-Gardinen, blau-weiß, rot-weiß per Meter	45 Pf., 55 Pf. bis 80 Pf.
Steppdecken, Bezug aus Wollatlas oder Seiden-Satin gute Füllung und Arbeit Stück	3.—, 4.— bis 19.—
Portieren, abgepaßt, 2 Schals und 1 Querbehang, in Tuch, Velvet und Leinenplüsch, bestickt Garnitur	4.50, 5.50 bis 45.—
Portierenstoff, Meterware mit Bordüre per Meter	70 Pf., 95 Pf. bis 1.80
Tischdecken in Tuch und Phantasiestoff Stück	2.25, 2.50 bis 16.—
Tischdecken in Velvet und Plüsch, bestickt Stück	4.50, 5.75 bis 30.—
Diwanddecken, großes Sortiment Stück	4.75, 6.— bis 32.—

Teppiche * Vorlagen * Läuferstoffe.

Julius Haack

Manufakturwaren und Konfektion

100L

BERLIN N., Brunnenstr. 198

am Rosenthaler Tor.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Ladentischler!

Donnerstag, den 3. Oktober 1907, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Sämtliche in dieser Branche beschäftigten Kollegen haben in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

Achtung! Zuschneider und Zuschneiderinnen!

Die für Freitag, den 4. Oktober, angelegte Versammlung muß ausfallen!

Dieses findet am Freitag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, statt.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Schlussverhandlung mit den Arbeitgebern und unsere fernere Stellungnahme.

Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Ferner werden die Vertrauensleute ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.



Tanzlehrer-Verband „Solidarität“ Berlins und Umgegend.

Freitag, den 4. Oktober, im Lokale der „Germania-Brauerei“, Frankfurter Allee 53:

Monats-Versammlung. Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Die Beerdigung der Frau unseres Kollegen Franz Schultze findet am Mittwoch, den 2. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Kirchhofes aus statt. 297/8

Recht rege Beteiligung erwünscht. Der Vorstand. B. U.: Richard Heinrich, Brangelstr. 107.



S. Gottlieb

MÖBEL

mit nur 1 Mark wöchentlichen Abzahlungen.

Rosenthaler Straße 54.

5090L*

Phänomen-

Nach Zigaretten
Egyptischer Art hergestellt. feinste Handarbeit.

Zigarettenfabrik „NAMKORI“

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion d. Gips- u. Zementbranche. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Wilhelm Thiede am 28. September 1907 nach langem Krankenlager verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Oktober 1907, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichsberg, Gärtelstr. 38, aus nach dem Gemeinde-Friedhofe am Strugtege in Lichtenberg statt. Um rege Beteiligung ersucht 143/14 Der Sektionsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher August Henkel am 28. September an Magenleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 2. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Koppenstr. 17, aus nach dem Central-Friedhofe in Friedrichsberg statt. Rege Beteiligung erwartet 153/13 Die Ortsverwaltung.

Am 29. September, 8 Uhr früh, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau Berta Schultze geb. Gallas im 27. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrauert an Franz Schultze Barischauerstr. 45. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 2. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 387b

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, gute Mutter und Tochter Helene Hahn geb. Hermerschmidt am Montag, den 30. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, im 26. Lebensjahre nach langen, schweren Leiden entschliefen ist. 2032 Dies zeigen tiefbetrauert an Der trauernde Gatte nebst Eltern und Verwandten. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Petershagen (Dsbahn), Brunnmühlentstraße 23, aus statt.

Dankfagung. Für die uns erwiesene rege Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters lagen wir allen unsern besten Dank. Witwe Marie Meister nebst Kindern. 2935

Dankfagung. Für die zahlreiche Teilnahme und Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Vaters Karl Werlitz sage allen Freunden und Bekannten sowie dem Bahnbereim Rüdorff Beicht 12 meinen herzlichsten Dank. 2925 Minna Werlitz.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Stadt Börse).

Gardinen-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin, Oranienstr. 158 Riesen-Auswahl! Gardinen, Portieren, Stores, Vitrage, Tüll-Bettdecken etc. Einzelne Fenster spottbillig! Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

Zur Kommunalwahlbewegung.

In den Stadtverordnetenwahlen im Süden und Südwesten haben dieser Tage der Grundbesitzerverein „Südwest und Süd“ und der Hausbesitzerverein „Süd“ in ihren wöchentlich statuffundenen Versammlungen Stellung genommen. Aus den im „Grundbesitzer“-enthaltenen Protokollen über die Versammlungen erhellt, daß die Hausbesitzer jener Bezirke ein Komitee mit Herrn Liebenow als Vorsitzenden gewählt haben, um die Agitation in die Hand zu nehmen. Auch an der Wahl in der dritten Abteilung will man sich lebhaft beteiligen. Stadtverordneter Imberg trat für eine allgemeine Teilnahme an den kommenden Stadtverordnetenwahlen ein; die Reichstagswahlen hätten gezeigt, daß ein frischer Zug durch die Bürgerkraft gehe, diese erfreuliche Erscheinung möge sich auch in kommunalpolitischer Beziehung zeigen. „Helfen Sie uns“, rief er in der Versammlung des Grundbesitzervereins „Südwest und Süd“ aus, „die beiden Bezirke vor dem Hadesloch Tor zurückzubehalten.“

In der Versammlung des Hausbesitzervereins „Süd“ meinte der Stadtverordnete Herr Liebenow, der überall zu finden ist, nach dem Protokoll:

„Es wird diesmal mit allen Mitteln darauf hinaus gearbeitet werden, die beiden Mandate der dritten Abteilung, die zurzeit von Dr. Bernstein und Jubel besetzt sind, der Sozialdemokratie zu entreißen; bei einigermaßen Zusammengehen der Bürgerkraft und bei eifriger Wahlteilnahme wird auch das nicht schwer fallen. Wie übrigens erzählt wird, soll für beide Mandate der dritten Abteilung der Magistrat die Wahl von Hausbesitzern vorgesehen haben. Auch das wird dazu beitragen müssen, die Spitze nicht ins Korn zu werfen, sondern diesmal eifrig auf der Wacht zu stehen, um diesen Herren Genossen einen Damm entgegenzusetzen. Zu einer gemeinsamen Vorberatung betreffs der einzuschlagenden Wege, ladet Herr Liebenow die Vorstände der beiden Hausbesitzervereine und der drei Bezirksvereine zu einer Sitzung ein. — In der Diskussion (an der sich die Herren Gollop, Heinrich Schulz, Huff, Scholz usw. beteiligen) wird den Ansichten des Herrn Stadtverordneten Liebenow in allen Punkten zugestimmt; man kann es bei tüchtiger Arbeit sehr wohl erreichen, die beiden Mandate der dritten Klasse in unserer Gegend den Sozialdemokraten zu entreißen, wir müssen aber alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Auf Antrag des Herrn Gollop und nach wärmster Befürwortung seitens des Herrn Scholz wird beschlossen, dem Vorstand das Recht zu erteilen, nach seinem freien Ermessen für die Kosten zu den kommenden Stadtverordnetenwahlen einen Beitrag bis zu 200 Mk. aus der Vereinstafel zu bewilligen und zwar sollen die Kosten unter den fünf Vereinen nach Anzahl ihrer Mitglieder verteilt werden.“

Unsere Genossen erblicken hieraus, daß die Gegner nicht untätig sind. Sie hoffen auf den „frischen Zug“, der seit den Reichstagswahlen durch die Bürgerkraft gehe und glauben als Wodbrüder große Erfolge erzielen zu können. Natürlich werden unsere Genossen sich durch große Worte nicht imponieren lassen, allein es muß auch von unserer Seite rastlos und unermüdet Agitations- und Werbearbeit geleistet werden, damit alle Hoffnungen der Gegner, in der III. Abteilung Woden zu fassen, zu Schanden gemacht werden.

Partei-Angelegenheiten.

Reptow-Saamschuldenweg. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, finden wieder 9 öffentliche Versammlungen in den belamten Lokalen statt. Fortsetzung der Tagesordnung der Versammlungen vom Dienstag. Der Vorstand.

Potsdam. Heute Mittwoch: Wahlvereinsversammlung bei Labentzin, Kaiser Wilhelmstraße. Tagesordnung: Vorstandswahl. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.

Köpen. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf den am heutigen Mittwochabend 8 Uhr im Lokale des Herrn Schinke stattfindenden Anstausabend, veranstaltet vom hiesigen Gewerkschaftskartell, hingewiesen.

Oden-Neuendorf und Stolpe. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die zu Sonntag, den 8. Oktober festgesetzte Aussprache nicht an diesem, sondern am nächsten Sonntag, den 13. Oktober, früh 9 Uhr bei Vergemann in Stolpe stattfindet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Proletariats Umzug.

Berlin sieht in diesen Tagen wieder einmal im Zeichen des Umzuges. Allenorten fahren polternd große und kleine Möbelwagen durch die Straßen. Auf dem Bürgersteig stehen Möbelstücke und häusliche Gebrauchsgegenstände in wirrem Durcheinander und „Fiehleute“ sind damit beschäftigt, diese kunstgerecht und sorgfältig in Jurnern der Wagen zu verstauen. Aus den Vorderhäusern, besonders in den wohlhabenderen Gegenden, sieht man die kostbarsten Möbel, die prächtigsten Garnituren, die herrlichsten Kunstwerke den profanen Mitten des Publikums ausgelegt. Die lieben Nachbarn aber, die in der angenehmen Lage sind, nicht mit den Mühen und Beschwerden eines Umzuges belastet zu sein, lassen sich die willkommene Gelegenheit nicht entgehen, mit bewundernswürdiger Ausdauer die ausgestellten Gegenstände einer eingehenden Musterung und Kritik zu unterziehen. Trifft es sich dann noch, wie man das mitunter beobachten kann, daß der schreckliche Mann mit der ominösen schwarzen Kappe vergeffen hat, an einem Möbelstück den blauen „Kuckud“ abzunehmen, dann steigert sich das Interesse der guten Leute bis zum höchsten Maße.

Ganz anders aber, wie bei den Wohlhabenden, die nach einer telefonischen Rücksprache mit „ihrem“ Expediteur alle weiteren Mühen und Arbeiten dem besten Personal und ihrer Dienerschaft überlassen und sich allenfalls der Mühe unterziehen, das Ganze zu übersehen und zu beaufsichtigen, spielt sich der Umzug bei der ärmeren Bevölkerung ab. Gerade sie ist den Widrigkeiten des Wohnungswechsels in erhöhtem Maße ausgelegt. Nicht etwa aus angeborener Unsehfähigkeit, sondern aus dem nur zu oft geschilderten Umständen heraus. Wer die Wohnungsverhältnisse der minder bemittelten Klassen nur einigermaßen kennt, wird es begreiflich finden, wenn auch der Proletarier seine Faheligkeiten packt, um sein Glück im neuen Heim zu suchen. Da zeigt sich nun beim Umzug ein anderes Bild, als das oben geschilderte. Kein Möbelwagen von den Dimensionen einer Arche Noahs harri, mit schweren Pferden bespannt und von dienstbaren Geistes umgeben, vor dem Hause. Dazu reichen die spärlichen Mittel nicht, auch würde sich sein ganzes Hab und Gut in der Ede eines solchen Ungetüms bis zur Unsichtbarkeit „verklümmeln“. Da wird irgendwo bei irgendwem ein Handwagen geborgt oder der „Kohlenstrik“ mit dem niedrigen Federwagen und der unerdrossene,

zottige Hund, der den stolzen Namen „Cäsar“ führt, stellen sich gegen ein gewisses Entgelt zur Verfügung. Auch Verwandte, Arbeitskollegen, Laubenfreunde und der unvermeidliche Schlafburtsche treten in Aktion, um das schwierige Unternehmen zu bewerkstelligen. Dies beruht auf Gegenseitigkeit und die Kerntzen der Armen stehen sich in solchen Zeiten in erfreulicher Weise zur Seite. Fällt der Sonntag günstig, so wird dieser ausgenutzt, andernfalls vollzieht sich der Umzug in den Abendstunden, wenn Vater von der Arbeit kommt. Zeitverräumnis ist Geld und muß vermieden werden. Oft ist ihnen die Dunkelheit gerade recht, besonders wenn die Sachen noch aus früheren Perioden stammen und der Zahn der Zeit nicht spurlos an ihnen vorübergegangen ist, oder wenn man die dünnen, brüchigen Möbel der Abzahlungsgefächte nicht gern den Blicken der Vorübergehenden preisgeben mag. Stehen sie erst wieder geordnet, so kann die sorgende Hand Mutterns durch geschickte Kniffe immer wieder die Schäden und Mängel einigermaßen verdecken.

Leider harren der Umziehenden in der neuen Wohnung auch wieder neue Nöchligkeiten und meist finden sich hier dieselben Mängel, denen man zu entfliehen glaubte. Hauswirte haben für arme Mieter wenig übrig, für die ist das Schlimmste immer noch gut genug. Und verfügt der Arbeiter noch über eine stattliche Kinderzahl, dann darf er vollends nicht mucken. Nebenbei hemmt die wilde, zügellose Klaubwirtschaft der Baupekulation jede gesunde Entwicklung, weshalb es die heiligste Pflicht aller Proletarier ist, nicht nur bei politischen, sondern auch bei kommunalen Wahlen denjenigen Vertretern ihr Vertrauen zu schenken, die es sich durch unermüdeten Tätigkeit im Dienste der ausgebeuteten Massen und durch ihr weitblickendes, soziales Verständnis dollan erworben haben.

Und nun „viel Glück im neuen Heim!“

Zum Aktuhr-Ladenschluß.

Etwaige noch ausstehende Abstimmungen für den Aktuhr-Ladenschluß wolle man umgehend an das Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfen, Neue Königsstr. 36 abliefern.

Die städtische Verkehrsdeputation

verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung über die von der Omnibusgesellschaft beantragte Tarifserhöhung. In umfangreichen ziffernmäßigen Darlegungen versucht die Gesellschaft nachzuweisen, daß sie den Fünftennig-Tarif nicht mehr aufrechterhalten könne, da die eigenen Kosten höher seien. Die Frequenz auf den Fünftennig-Strecken sei unangekündigt und zwar bis auf hundert Millionen Personen gestiegen, während die der Fünftennig-Linien nach und nach auf dreizehn Millionen Personen heruntergegangen sei, welche allerdings in dem letzten Jahre eine Steigerung auf zirka zwanzig Millionen erfahren habe. Hierdurch sei nach und nach der Durchschnittsertrag pro beförderte Person auf 6,8 Pf. gesunken, zu gleicher Zeit seien aber die Selbst- oder Betriebskosten pro Person unangekündigt gewachsen, so daß dieselben zurzeit den Durchschnittsertrag, also 6,8 Pfennig erreicht haben. Vor allen Dingen seien die Arbeitslöhne und Futtermittel, letztere allein um über sechshunderttausend Mark gestiegen. Unabweisbar machten sich neue Gehalts- und Löhnerhöhungen geltend, so daß die Gesellschaft gezwungen sei, den Preis für die Fünftennig-Strecke auf siebenhundert Pfennig zu erhöhen und die Teilstrecken auf zirka 1300 Meter herabzusetzen oder den Betrieb ganz einzustellen.

Abgesehen davon, daß an der Hand der gegebenen Unterlagen eine Nachprüfung der Ziffern nicht möglich war, konnte sich die Deputation ohnehin nicht entschließen, der beantragten Erhöhung die gewünschte Zustimmung zu erteilen, denn dieselbe würde für die Aktionäre eine 20 proz. Dividende ihres Aktienkapitals bedeuten. Die Deputation zeigte sich aber geneigt, auf eine Verkürzung der Fünftennig-Strecken einzugehen. Die enorme Steigerung des Verkehrs auf diesen Linien hat bewiesen, daß ein großes Bedürfnis für solche kurze billige Fahrten, namentlich in der inneren Stadt besteht; eine Verkürzung dieser Strecken würde die Erhöhung der Frequenz ermöglichen, ohne die Betriebskosten zu erhöhen, und damit die Rentabilität des Unternehmens herbeiführen. Die Deputation beschloß daher, der Gesellschaft die Verkürzung der Fünftennig-Strecken auf 1500 Meter zu genehmigen.

Die Beratung des Entwurfs für den Verkehrsverwand wurde nach allgemeiner Besprechung zur Spezialberatung in nächster Sitzung zurückgestellt.

Unterstützungsfonds für Weber und Stuhlarbeiter. Aus der Johann Jakob Zeitersiftung, welche von der städtischen Stiftungsdeputation verwaltet wird, sollen einmalige Unterstützungssummen im Betrage von wenigstens 30 Mk. an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirter, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirter), Meister und Weichen vergeben werden, welche zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheimgefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung der Wohnungsmiete betrifft, befinden. — Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben. In erster Linie sollen solche Bewerber berücksichtigt werden, welche mehr als vier Kinder unter 14 Jahren haben. — Geluche mit Angaben über die Dauer des Aufenthaltes in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind baldigt an die städtische Stiftungsdeputation, O., Poststr. 16, 2 Treppen, zu richten.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage, für den Magistrat ein Automobil anzuschaffen, beschloß mit 13 gegen 2 Stimmen, der Versammlung die Annahme des Magistratsantrages zu empfehlen.

Nach eingehender Debatte wurde dann mit 8 Stimmen beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, den Mitgliedern des Magistrats und Stadtverordneten Bahetkarten für alle Straßenbahnlinien zur Verfügung zu stellen.

Der Militärklub und das Aufmarschgelände.

Der Militärklub will das mit einem Stacheldraht eingezäunte Aufmarschgelände am Viktoriapark der „Bebauung erschließen“. Eine hiesige Korrespondenz weiß darüber folgendes zu berichten:

Zum Zwecke der baulichen Aufteilung des alten Aufmarschgeländes am Kreuzberg ist von der Garnisonbauverwaltung ein **Bebauungsplan** aufgestellt worden, der demnächst den städtischen Behörden der Reichshauptstadt zur Genehmigung unterbreitet werden soll. Der Bauungsplan sieht zwei das Gelände rechtwinklig durchschneidende Straßen vor, von denen die eine parallel mit der Nordbachstraße läuft und die andere die östliche Verlängerung der von Schöneberg kommenden Monumentenstraße bildet, außerdem wird ein an der Westseite des Viktoriaparkes entlang gehender Strahenzug die Dreieck- mit der Kreuzbergstraße verbindend. Das gesamte Gelände wird dadurch in vier große Baublöcke aufgeteilt. Unter den Anwohnern des Viktoriaparkes und in den kommunalpolitischen Vereinen vor dem Galleischen Tore stößt dieser Plan der Militärverwaltung auf einen energischen Widerstand, und man hofft durch Petitionen an die städtischen Körperschaften und die anderen maßgebenden Behörden zu erzielen, daß das Aufmarschgelände zur Vergewässerung des Viktoriaparkes oder zur Anlage von Spielplätzen Verwendung findet, die mit gärtnerischen Anpflanzungen versehen werden können. Die früheren Versuche der Stadt Berlin, das Gelände für die Zwecke des Parks zu gewinnen,

waren stets vergeblich gewesen, da die Militärverwaltung alle darauf hingelenden Anträge mit der Begründung ablehnte, daß das Gelände für die militärischen Zwecke nicht zu entbehren sei. Sollte die Stadt Berlin, um das Gelände vor der Bebauung zu retten, zu einem Ankaufe genötigt sein, so wären hierzu bedeutende Summen erforderlich. Nicht zu übersehen ist auch der Umstand, daß durch eine Bebauung des Geländes der Viktoriapark ganz erheblich leiden würde.

Daß die Stadt Berlin zu dem Plan des Militärklub nicht ohne weiteres Ja und Amen sagen wird, halten wir für selbstverständlich. Die Stadt hat erhebliche Mittel aufzuwenden, um den Viktoriapark zu dem zu machen, was er jetzt ist: zu einem Spielplatz für die Bewohner des Südwestens. Der Militärklub weiß das, er weiß auch, daß das ihm gehörige Gelände ohne diese Annehmungen einen sehr geringen Wert hätte. Jetzt sucht der Klub aus der gegenwärtigen Situation Kapital zu schlagen. Die Hauptfrage für ihn ist, recht viel Geld aus seinem Sandhaufen heraus zu holen; ob dabei der Bevölkerung Luft und Licht genommen wird, das geniert ihn in keiner Weise.

Die Stadt Berlin ist dem Klub gegenüber leider immer sehr vertrauensselig, indem sie ihm bei jeder Gelegenheit ein großes Entgegenkommen beweiht. Wie umfangreich das ist, zeigt sich wieder an obigem Fall.

Mangel an nächtlicher Straßenbeleuchtung macht sich, wie man uns sagt, in der Morgenfrühe namentlich an denjenigen Stellen empfindlich bemerkbar, an welchen für die Zwecke der Untergrundbahn gebaut wird. Pünktlich um 4 1/2 Uhr morgens erlischt beispielsweise am Spittelmarkt das elektrische Licht, ohne Rücksicht auf die Helligkeit oder Dunkelheit der jetzigen Jahreszeit. Es wird auch hier offenbar nach jener Schablone verfahren, die uns den Sprengwagen alljährlich genau nach dem Kalender beschert. In der fünften Morgenstunde ist es aber jetzt noch so erheblich dunkel, daß zu dieser Zeit jene durch umfangreiche Buddeleien ausgewählten Verkehrspunkte, die schon am hellen Tage fäulter passierbar sind, ausreichend beleuchtet werden müssen. Die zahlreichen Personen, welche sich schon zu frühester Stunde an ihre Arbeitsstätte begeben, (schweben in nicht zu unterschätzender Gefahr, wenn sie sich im Dunkeln an allerlei Baumaterial vorbeischieben, zumal da auch der mit Brettern und Bohlen belegte oder aufgeschichtete Boden nicht die sonstige Sicherheit des Pflasters bietet. Unter gewöhnlichen Verhältnissen kann man sich damit zufrieden geben, daß das elektrische Licht nicht bis in den hellen Tag hinein leuchtet. Wo aber in so ungedeukelter Weise gebudelt und gebaut wird, muß unbedingt Unfälle, die Passanten erleiden können, vorgebeugt werden. An jedem einfachen Bauaun soll nachs eine Laterne brennen. Diese polizeiliche Vorschrift ist für große unterirdische Baustellen ebensogut wie auf das städtische Beleuchtungsweesen anwendbar.

„Schnelle“ ärztliche Hilfe.

Welche Umstände und Lausereien ein Arbeiter hatte, um eine in der Hand stehende, abgebrochene Nadel entfernt zu bekommen, erzählt uns einer Schilderung, die uns ein Kürschner gibt. Der Sachverhalt ist folgender: Am Sonnabend gegen Feierabend räumte der Kürschner G., Tilsiterstr. 48, wohnhaft, seinen Werkstisch auf. Dabei stoß er sich eine Nadel, wie sie Kürschner gebrauchen, in die Hand; ein Stück brach ab und blieb zur Hälfte im Fleische sitzen. Um den Fremdkörper los zu werden, ließ er G. zu einem in der Nähe der Werkstatt wohnenden Arzt Dr. Lazarus in der Postenstraße. Dieser rief, doch zu einem chirurgischen Arzt zu gehen und empfahl Herrn Dr. Wolfenstein in der Holzmärktstraße 61. Diesem Rat konnte G. erst am anderen Tage, am Sonntag, Folge leisten. Da stellte sich aber heraus, daß Dr. W. hier gar nicht wohne. Im Adressbuch nachsehend, stellte G. fest, daß die Wohnung Dr. W.s Petersburgerstr. 61 sei. Also sofort nach dahin. Hier wurde geantwortet, W. sei in der Klinik, Markuststr. 1. Jetzt nach Markuststr. 1. Herr Dr. W. meinte, die Hand müsse mit Röntgenstrahlen untersucht werden. Dazu müsse G. aber erst einen Schein von der Kasse haben. Am Montag ging zur Kasse und von hier mit dem Schein zu Dr. Settegast, Alexandrinenstraße 108. Von hier wurde G. nach der Klinik, Oranienstraße 67, geschickt. Nach Inaugenscheinahme der Hand erfolgte hier der Bescheid, am Dienstag wiederzukommen, damit die Röntgenaufnahme gemacht werden könne. G. begab sich nun am Dienstag nach der Oranienstraße, wo die Röntgenaufnahme erfolgte; wurde aber zu Mittwoch wieder hingestellt. Als G. an diesem Tage hinkam, bekam er die Platte eingehändigt mit der Anweisung, nach der Klinik des Dr. Wolfenstein, Markuststr. 1, zu gehen. Sofort also wieder nach dieser Stelle. 1/2 12 Uhr war G. da und um 1/4 1 Uhr kam er an die Reihe. Da erklärte Dr. W., jetzt sei es zu spät, G. solle am nächsten Tage wiederkommen. Inzwischen war eine heftige Geschwulst eingetreten und G. verspürte erhebliche Schmerzen. Am Donnerstag begab sich G. wieder nach der Markuststraße 1. Nachdem der Arzt sich die Hand angesehen, erfolgte endlich die Entfernung der abgebrochenen Nadel. Daß die Sache nicht unbedenklich war, geht wohl noch daraus hervor, daß G. narlosiert werden mußte. Vom Sonnabend bis Donnerstag mußte der Arbeiter von Pontius zu Pilatus laufen, um endlich eine Nadel aus der Hand entfernt zu bekommen. Es geht wirklich nichts über „Schnelle“ ärztliche Hilfe!

Bei Ausübung seines Berufes ist am Montag der Dachbeder Jarbod, Dunderstr. 26, vom Dach gefallen. Dabei brach er sich den linken Arm und mußte, nachdem er im Krankenhaus am Friedrichshain einen Verband erhalten, nach seiner Wohnung gebracht werden.

Der Frauenarzt Professor Dr. Rothmann ist an den Folgen einer Blutvergiftung, die er sich bei einer Operation zugezogen hatte, im Alter von 68 Jahren gestorben.

Die Furcht vor dem schlechten Zeugnis. Seit mehreren Tagen ist die Schülerin Friede Conrad aus der elterlichen Wohnung Alte Jakobstr. 10 verschwunden. Anderen Kindern gegenüber hatte das Mädchen vor seinem Verschwinden geäußert, es werde sich etwas antun, wenn es nicht verfehlt werde. Seit dem Tage, an dem die Schule geschlossen wurde, ist die G. verschwunden. Es wird berichtet, daß sie ihre Keufferung wahr gemacht hat. Verleibet ist die Vermüte mit rotem Klee und braunen Turnschuhen.

Wegen eines größeren Dachstuhlbrandes wurde am Dienstaagnachmittag die Feuerwehre nach der Rigaerstr. 92 alarmiert. Der Dachstuhl des Hauses stand schon in großer Ausdehnung in Flammen. Um den Brand zu löschen, mußte der 7. Löschzug mehrere Schlauchleitungen von Dampffürigen über eine große mechanische Leiter vornehmen und kräftig Wasser geben. Der Dachstuhl mit einem Teil der Bodenverhältnisse konnte nicht mehr gerettet werden. Die Entstehungsurache war nicht zu ermitteln.

Vom Omnibus abgestürzt ist gestern vormittag der Omnibusfahrer Schmolz aus der Monumentenstr. 10, der auf der Linie V (Bälowsstraße—Stettiner Bahnhof) der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft bedient ist. Als Sch. gegen 9 Uhr an der Endhaltestelle am Stettiner Bahnhof den Kutschergel bestiegen wollte, verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte rücklings auf den Fahrdamm hinab, wo er bewegungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation IX in der Eichendorffstraße gebracht, woselbst bei ihm schwere Gehirnerschütterung und eine Schädelverletzung festgestellt wurde. Von dort wurde Sch. nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Wegen Ausführung des großen Diebstahls in der Straußenfederfabrik von Ruhmann in der Deutzhofstraße, bei dem etwa für 10 000 Mk. Straußenfedern erbeutet wurden, wurden von der Schöneberger Kriminalpolizei der Schloffer Wäde, der Kellner Otto Wiedemann und der Werlueiser Key verhaftet.

Der Posten als „Markenfräulein“, der erst vor einigen Jahren für die großen Postämter zur schnelleren Abwicklung des Schalterverkehrs geschaffen wurde, ist gegenwärtig wohl die am schlechtesten besoldete Stellung im gesamten reichshauptstädtischen Postwesen. Man will es gegenüber den kolossalen Einnahmen der deutschen Reichspostverwaltung kaum glauben, daß diese täglich bis zu acht Stunden in einem engen Holzstäng eingeschlossenen „Beamten“ es bei täglichen Diäten im günstigsten Falle auf ein monatliches Höchstgehalt von ganzen 60 Mark bringen können. Dabei haben sie keine Pensionsberechtigung, beziehen auch keinen Wohnungszuschuß, müssen sich vielmehr noch die üblichen Abzüge gefallen lassen und können jederzeit auf die Straße geschickt werden. In den Anstellungsbedingungen heißt es, daß das „Markenfräulein“ über 16 Jahre alt sein und Familienanschluss haben soll. Was es mit letzterer Bestimmung auf sich hat, ist etwas schleiherhaft. Als ob nicht auch ein alleinstehendes Mädchen ehrenwert und vertrauenswürdig sein kann! Der Familienanschluss macht doch noch lange nicht den Charakter aus. Allerdings ist im stillen höchstwahrscheinlich der Anschluß an Postfamilien gemeint, denn die „Markenfräulein“ rekrutieren sich zumeist aus den Töchtern oder Witwen verstorbener Postbeamten. Damit werden auch die geringen Diäten einigermaßen erklärlich, von denen sich nur dann halbwegs anständig leben läßt, wenn die Einnahmequelle noch anderweit fließt. Ausnehmend schwer ist die Beschäftigung ja nicht, auch nicht viel leichter als diejenige anderer Schalterbeamten, die das Doppelte und Dreifache an Gehalt beziehen. Neuerdings hat man sogar erkannt, daß die Markenfräulein, ebenso wie die Fahrkartenverkäuferinnen bei der Eisenbahn, unter einer gewissen Gefahr der Verabredung stehen. Es sind nämlich letztere ihre Holzstäbe derartig mit Schutzgittern versehen worden, daß dadurch „Nebergreife“ sehr erschwert werden. Bei dem neuen großen Postamt an der Ecke der Linden- und Ritterstraße sah früher die Markenverkäuferin wie auf dem Präsentierteller. Unrechliche Burschen hätten hier leichte Arbeit gehabt. Gegenüber dieser persönlichen Gefährdung ist auch eine Gehaltsaufbesserung für die Damen, ob sie nun Nebeneinnahmen haben oder nicht, am Plage.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Künstler Valerius, der, wie wir mitteilen, bei Aufführungen auf einem fahrenden Straßenbahnwagen vom Trittbrett abgeglitten und mit dem rechten Fuß unter den Schutzrahmen des Anhängewagens geraten war. Ihm mußte im Lazarus-Krankenhaus, wohin man den Schwerverletzten brachte, das Bein abgenommen werden. Gestern ist er gestorben.

Die gerichtsarztliche Leichnung der Leiche der Näherin Frieda Meding wurde gestern nachmittag von Prof. Straßmann und Gerichtsarzt Dr. Hoffmann vorgenommen. Sie ergab als Todesursache Strangulation. Ob Nord oder Selbstmord vorliegt, konnten sie nicht feststellen. Der Mörder Hensel wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die Näherin befand sich infolge des Verkehrs mit Hensel in anderen Umständen, womit vielleicht der zwischen beiden vorgelommene Streit zusammenhängt.

Der Kriminalpolizei in Hannover ist es gelungen, einen lange gesuchten Einbrecher festzunehmen und dem Gerichtsfängnis einzuführen. Es handelt sich um den vielfach, auch mit Fuchshaus vorbestrafte „Arbeiter“ Franz Kirsch aus Berlin und seinen Schwager Wille. Kirsch ist derlei, der im Januar zum fünften Male aus der Irrenanstalt Herzberge entsprungen ist. In seinem Besitze fand man eine geladene Browningspistole, über hundert Mark bares Geld und verschiedene Wertgegenstände. Kirsch verweigert über die Herkunft der Sachen jede Auskunft und scheint wieder den wilden Mann spielen zu wollen.

Im Wintergarten tritt seit Sonnabend die indische Tänzerin Anst St. Denis wieder auf. Die Eigenart ihrer Tanzkunst bildet gegenüber den übrigen Darstellungen einen lebhaften Kontrast.

Wegen eines großen Geldbetrags, der kürzlich in der Berliner Blumenbetriebswerkstätte von W. Wasserbühl in der Burgstraße 9 verlohrt wurde, sind der Handelsmann Paul Grallert und die Händler Adolf Dambod und Teil festgenommen worden. Die Einbrecher machten eine Beute von über 20000 Mark. Die Art ihrer Arbeit ließ darauf schließen, daß Grallert seine Hand im Spiele gehabt hat. Es fiel weiter auf, daß Grallert, der erst vor einiger Zeit unter der Anklage eines großen Diebstahls am Spittelmarkt gefangen und nicht gearbeitet hatte, am Tage nach dem Einbruch bei Wasserbühl bei einem Schankwirt in der Kaiser Wilhelmstraße 500 Mark hinterlegte, viel mit Dambod verkehrte und mit diesem nach Strausberg fuhr, auch dort mit „Damen“, die zum Teil in jener Gegend in Sommerfrische wohnten, loßspiegelte Nechelage veranstaltete. Eine Hausdurchsuchung bei diesen „Damen“ förderte zwar nichts zutage, dagegen fand man bei Dambod in der Wohnung zu Lichtenberg für etwa 300 Mark Seide, die aus dem Einbruch bei Wasserbühl herührt. Die 500 Mark wollte Grallert schon im Dezember v. J. dem Schankwirt in Verwahrung gegeben haben. Die Kriminalpolizei fand aber einen Fettel, nach dem das erst am 25. d. M. geschehen ist, einen Tag nach dem Einbruch. Die große Beute haben die Einbrecher, die dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden, wahrscheinlich durch einen Fehler aus Berlin wegschaffen lassen.

Vorort-Nachrichten.

Treptow-Baumhulenschuleweg.

„Die Polizeiwirtschaft in Preußen-Deutschland“ lautete das Thema, über das am Montag in neun, besonders von Frauen gut besuchten öffentlichen Versammlungen verhandelt wurde. Das Material zu diesem Thema war schon auf Grund der hiesigen Vorkommnisse in letzter Zeit so umfangreich geworden, daß dieser Punkt nicht erschöpfend genug behandelt werden konnte. Hinzu kam, daß einzelne überwachende Beamte durch ihr Verhalten den Beratungsstoff wesentlich vermehrten. In allen Versammlungen wurde daher der Wunsch laut, daß um alle Nebergreife der Polizei lernen zu lassen und gleichzeitig das Vereins- und Versammlungsrecht durchzusetzen, in den nächsten vier Wochen vorläufig jeden Abend die öffentlichen Versammlungen fortgesetzt werden sollen. Dieser Antrag soll sogar in noch größerer Nähe nachgekommen werden. In einigen der Versammlungen wollten Beamte die Frauen wieder ausweisen, erst als sie auf die Ungefährlichkeit dieses Verlangens aufmerksam gemacht wurden, ließen sie davon ab. Ferner soll vom Landrat den Beamten eine Verfügung zugegangen sein, wonach unter keinen Umständen zu dulden sei, daß über „Jugendorganisation“ gesprochen werde. — Zufällig ist denn auch eine Versammlung deshalb aufgelöst worden. — Insofern dürfte allerdings der Beratungsstoff nicht bald erledigt werden.

Mitgeteilt wird noch, daß bei der regen Inanspruchnahme der Polizeibeamten in Versammlungen den Spitzbüben und Notwids nichts passieren konnte, da nirgends ein Beamter zu sehen war.

Röpenitz.

Das Verfahren gegen den Zahnarzt Bernstein aus Röpenitz, der beschuldigt war, sich an einer in der Karlose befindlichen Klientin schwer vergangen zu haben, ist nunmehr auf Grund eines von der Staatsanwaltschaft eingeforderten Gutachtens des Medizinalrats Dr. Pfleger eingestellt worden.

Reinickendorf.

Einen großen Tag begingen am Montag die hiesigen honesten Bürger und Bürgerinnen. Ihr Friedrich Wille, seines Reichens Bürgermeister und Amtsvorsteher von Reinickendorf, feierte unter der bestbesetzten Anteilnahme der „ganzen“ Bevölkerung des Ortes sein 25jähriges Jubiläum als Beamter der Gemeinde. Am Abend begannen die Feierlichkeiten mit verschiedenen Veranstaltungen, die der Arbeiterschaft bei ähnlichen Gelegenheiten nicht gestattet würden. Zunächst mit einer Versammlung unter freiem Himmel (bekanntlich im Umkreis von 5 Meilen von Berlin gesetzlich verboten), unter Teilnahme vieler bürgerlicher Vereine, vom konservativen und liberalen Wahlverein angefangen die ganze Sausenleiter herunter bis zum Clat-, Rauch- und Lottereklub,

darunter der freiwilligen Feuerwehr, dem Turnverein, dem Verein der Reinickendorfer Straßenbahner Schwimmklub usw. Darauf öffentlicher Umgang mit brennenden Fackeln, verbunden mit Störungen des öffentlichen Verkehrs, ruhestörendem Lärm (durch die voraufgehende Musikpelle) und somit Erregung eines öffentlichen Vergernisses (grober Unfug). Die Arbeiterschaft hat keinen Grund mitzufeiern. Ist schon das offizielle Amtsbüro nicht in der Lage, dem Jubilar viel Nützliches nachtragen zu können — außer ein paar Straßenregulierungen, die seiner Initiative entsprungen sein sollen, so können die Arbeiter noch weniger stolz auf ihn sein. Am 1. Oktober 1882 kam er zu der damals knapp 6000 Einwohner zählenden Gemeinde Reinickendorf als Amts- und Gemeindefestleiter. Als es den damals antretenden Ortsvorsteher immer weniger möglich wurde, sich in dem bürokratischen Formelkram zurecht zu finden, wählten ihn die Bauern zum Gemeindevorsteher. Das immense Wachstum der Berliner Vororte hat auch ihn, gleich vielen anderen, emporgehoben, so daß er heute als Bürgermeister des über 20000 Seelen zählenden Dorfes eine geachtete Position einnimmt. Die Fähigkeit, weiterschauende Kommunalpolitik zu betreiben, wird dem Jubilar nicht nachgerühmt. Wenn trotzdem sich in dem letzten Jahrzehnt vieles verbessert hat, wenn die Kanalisation eingeführt wurde, bessere Schulen gebaut wurden usw., geschah es unter dem Druck der Verhältnisse, die das Aufstreben eines solchen Ortes bedingen. Die den Gemeinden überlassene Ausführung der sozialpolitischen Gesetze des Reichs ließ viel zu wünschen übrig. Das Gewerbegericht wurde noch vielem Jögern errichtet, ebenso das jetzt kürzlich errichtete Kaufmannsgericht. Schon zu Anfang des Jahres 1906 hatte die Gemeinde die zur Errichtung benötigte Zahl von 20000 Einwohnern erreicht, doch unterließ die Errichtung, bis die Volkszählung im Dezember 1905 „amtlich“ das Vorhandensein einer 20000 Einwohner zählenden Gemeinde konstatierte und somit zur Errichtung des Kaufmannsgerichts geschritten werden mußte. Und dann dauerte es noch 1 1/2 Jahre. Besonders unangenehm empfunden haben unsere Genossen des öfteren seine enge Auslegung der polizeilichen Bestimmungen und des preussischen Vereinsgesetzes. Die Programme für öffentliche Arbeitervergütungen sind nicht selten von dem Amtsvorsteher einer Zensur unterzogen worden, so daß sie für eine geschmackvolle Anwendung nicht mehr in Frage kommen konnten. Freich in aller Erinnerung ist noch die im Sommer erfolgte Auflösung des Frauenbildungsvereins von Reinickendorf-Weiß, die nach einer Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde sofort aufgehoben wurde. Auch die aufstrebende Jugendbewegung hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn trotzdem unsere Bewegung sich kräftig entwickelt, so liegt das an den Verhältnissen, die zu ändern selbst Stärkeren als Friedrich Wille nicht gelungen ist. Daß er versuchte, wenn auch zuweilen mit Widerwillen, den fortgeschrittenen Neuerungen als guter Verwaltungsbeamter gerecht zu werden, daß er zwar Bureaucrat, sich doch in vielen Beziehungen seinen praktischen Blick für die realen Tatsachen bewahrte, dem allzu schneidigen Vordringen des Militär-anwärters im Verwaltungsdienst sich entgegenstemmte, und daß er so gar nicht stolz, sich nicht mit der Toga der gänzlichen Unschärfe und Unnahbarkeit unglücklich, sei ihm zum Schluß als Verdienst angedenkelt.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich wiederum mit der elektrischen Straßenbahn. Der vom Stadtv. Friedländer eingereichte Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in einem gemischten Ausschuss die für den elektrischen Straßenbahnbetrieb erforderlichen Änderungen, insbesondere Anordnung der Haltestellen, Tarifbestimmung usw. zu beraten“ bot dem Magistrat willkommenen Anlaß, die in den wenigen Wochen seit der Einführung mitunter oft recht heftigen Klagen mit den Stadtverordneten in gemischter Kommission zu beraten. Öffentlich unterzieht die Kommission das auf monatlich 80—85 M. festgesetzte Anfangsgehalt des Fahrpersonals bei dieser Gelegenheit auch einer Revision. — Die Neuregelung der Bedingungen für die Vergütung städtischer Arbeiten — entsprechend den neuen staatlichen Bestimmungen — zeitigte eine lebhafteste Debatte unter den in der Versammlung vertretenen Handwerksmeistern. Es sollen von jetzt an Arbeiten bis zu 8000 M. freihändig vergeben werden, doch soll der Magistrat für diese Arbeiten ein Preisverzeichnis aufstellen. Auch werden in Zukunft Arbeiten und Lieferungen, die verschiedene Handwerke umfassen, nicht wie bisher an einen Unternehmer, sondern einzeln vergeben. Natürlich ist man nicht so weit gegangen und hat Stadtverordnete und andere in der städtischen Verwaltung tätige Personen von Lieferungen ausgeschlossen. — Im Hause Heiliggeiststraße 15 wird dem Jünglingsverein ein Zimmer überlassen. (Vor kurzem hatte man für einen Verein, der die Vermittlung von Dienstboten kostenfrei übernahm, keinen städtischen Raum übrig). — Der Firma Krupp (Wermianwerk) wurde eine Konventionalstrafe von 6210 M. für eine für das Elektrizitätswerk gelieferte Dampfmaschine erlassen, da der Stadt durch die verpatete Lieferung kein Schaden erwachsen sein soll. — Für 2 Frauen wurden die Kur- und Verpflegungskosten in einer Lungenheilstätte bewilligt; abgelehnt wurde dagegen ein dritter Antrag, der eine Frau im vorgeschrittenen Stadium betraf. Diese wurde zur Behandlung dem städtischen Krankenhaus überwiesen.

Die Wahl des Bürgermeisters Rogig aus Forst i. L. ist jetzt bestätigt. Der seitens verschiedener Stadtverordneten eingeleitete Protest wegen „Wahlbeeinträchtigung“, ein gewiß seltener Fall bei einer Bürgermeistereiwahl, ist seitens der Regierung nicht anerkannt worden. Die Einführung wird voraussichtlich schon in der nächsten Stadtverordnetenversammlung erfolgen, da der Posten bereits seit dem 1. Juli d. J. unbesetzt ist.

Aus Industrie und Handel.

Unstimmigkeiten auf dem Eisenmarkt.

Die Stahlwerke lassen der Deffenlichkeit bekannt geben, daß sie infolge des neuen Lieferungsvertrages mit der preussischen Staatsbahn bis Januar über ihre Leistungsfähigkeit hinaus beschäftigt seien. Der eigene Hoheisenverbrauch wachse dadurch so stark, daß manche Werke ihre Lieferungen an das Hoheisenhandelsamt bis gegen Mitte 1906 abgemeldet hätten und noch Hoheisen hinzukaufen müßten. In Halbjahren seien die Werke ebenfalls reichlich beschäftigt. Das ist ja für die Stahlwerke sehr erfreulich. Aber an der Preisentfaltung ist den Werken nichts gelegen, ihre Anteilnahme, die sie sonst oft sehr vermissen lassen, hat nur den Zweck, das Beharren auf dem bisherigen Preisniveau zu rechtfertigen. Aber auch mit sommerbedingten Stimmungsbildern lassen sich etliche Tatsachen nicht hinwegleugnen. Trotz der als günstig geschätzten Verhältnisse für die Stahlwerke wird, als direkte Folgen des Rückganges der englischen Hoheisenpreise, das Hoheisenhandelsamt für einzelne Sorten Hoheisen und Haematit nach den üblichen Gebieten eine Preisermäßigung eintreten lassen. Der bereits gemeldete Beschluß der Feinblechwerke, den Betrieb im Oktober vorläufig auf acht Tage einzustellen, ferner nach Abwicklung der bestehenden Bezugs- und Lieferungsverpflichtungen den Betrieb gänzlich einzustellen, wenn die jetzigen ungenügenden Marktverhältnisse sich nicht bessern sollten, dürfte kaum vollständig zur Ausführung gelangen, denn der Stahlverband wird, wenn auch widerwillig, bezüglich der Ausfuhrvergütung Konzessionen machen. Ueber ungünstige Situation auf dem Eisenmarkt weiß die „R.-B.-Ztg.“ mancherlei zu berichten. Besonders das Geschäft in Stabstählen und Winkelstählen liegt sehr dämmernd. Die Preise seien heute schon auf 127 M. und darunter gesunken. Die Händler hielten sowohl mit neuen Aufträgen als auch besonders mit Spezifikationen zurück. Weitere erhebliche Preisrückgänge könnten mit Sicherheit erwartet werden. Wegen Arbeitsmangel haben in den Kruppischen Betrieben bereits Arbeiterentlassungen stattgefunden. Der Auftragsbestand der

großen Werke sei stärker zusammengekrümmt, als vielfach erwartet wurde, und erreichte heute kaum die Hälfte des vorjährigen Standes. Die Staatsbahnbestellungen können kaum eine durchgreifende Beschäftigung herbeiführen. Das unerfreulichste sei der Umstand, daß, wenn überhaupt, man nur gegen Preiskompensationen mit älteren Abkäufen kauft.

Preissteigerung.

Stimmen muß man über die Ungenügsamkeit, mit der seitens der Kruppwerke beschiedene Arbeiterforderungen abgelehnt und die relativ geringfügigen Lohnerhöhungen als Ursache der Preissteigerungen für Brennmaterialien demuntiert werden. Um die Abfuhr solcher Unterstellungen und die Richtberechtigung der Haltung der Magneten den Arbeitern gegenüber darzutun, ist nur notwendig, auf die Preissteigerungen zu verweisen. Angesichts des Streiks in der Niederklaus dürfte die Bewegung der Braunkohlenpreise ganz besonders interessieren. Wir machen darüber diese Zusammenstellung:

	Großhandelspreise		Kleinverkaufspreise			
	Stärke pro Tonne in Mark	Steigerung in Proz.	Stärke pro 100 Stück in Mark	Steigerung in Proz.		
1906	1907		1906	1907		
Berlin:						
Niederlauf, Salontrocknet	13,00	14,00	7,0	0,94	1,07	13,8
Danzig:						
Braunkohlenbriketts Ia	19,00	20,00	37,4	1,00	1,10	10,0
Stettin: do.	14,00	16,00	14,3	0,90	1,21	34,4
Breslau:						
Niederlauf, Braunkohlenbriketts Ia	15,50	18,50	19,3	1,00	1,15	15,0
Galle:						
Brechstine für Hausbrand	12,00	14,50	20,8	1,40	1,60	14,3
Wagdeburg:						
Böhm. Braunkohlenbriketts	12,50	15,50	24,0	—	—	—
Ruhohle	11,00	13,50	22,7	—	—	—
Braunkohlenbriketts (Hausbrand)	12,50	14,00	13,0	0,75	0,80	6,6
Industriebriketts	11,00	12,50	13,6	—	—	—
Elberfeld:						
Braunkohlenbriketts	10,00	11,50	15,0	0,95	1,05	10,5
Wormen: do.	10,00	10,80	8,0	—	—	—
Leipzig: do.	9,00	11,90	20,2	1,46	1,70	16,4
Lübeck:						
Niederl. Braunkohlenbrikett	16,50	19,00	15,2	—	—	—
Braunkohle: do.	15,50	17,50	13,0	—	—	—

Selbst der kleinste Werksstatistiker wird sich nicht an den Versuch herantwagen, nachweisen zu wollen, daß die Lohnerhöhungen auch nur entfernt an die hier aufgeführten Preissteigerungen heranreichen.

Die Geschäftslage der deutschen elektrischen Industrie.

Im Verlage von Georg Siemens hat der Verein zur Wahrnehmung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik seinen Bericht über das Geschäftsjahr 1906 herausgegeben. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die gute Konjunktur hier fertig angehalten hat. Zu tiefgehenden Nachlässen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ist es nicht gekommen. Vorübergehend sind die Preissteigerungen für Rohmaterialien von Bedeutung gewesen, als Nachwirkung haben dann gewisse Geschäftsbriefe mit dem Passus angefangen: „Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wegen der allgemeinen Steigerung der Rohmaterialpreise wir zu den Verkaufspreisen unserer Fabrikate einen Zerungszuschlag von 10 Proz. ansetzen müssen.“

Interessant ist in dem Bericht folgender Passus: „Beachtenswert in der jüngsten Entwicklung ist, daß hier im Gegenjah zu anderen Industrien die kleineren Industrien nicht im geringsten durch die Großfirmen in ihrer Existenz bedroht werden, daß sich diese vielmehr (es kommen etwa 300 kleinere Spezialfirmen in Betracht) sehr gut entwickeln.“

Gerade in der Elektroindustrie schreitet der Konzentrationsprozeß ziemlich ungehindert vorwärts. Die gemeinsamen Bestrebungen und Verhandlungen, aus Gründen weitbildender Wirtschaftspolitik Normalien und Sicherheitsvorschriften ausgearbeitet, zeigen uns den vorherrschenden Einfluß der ganz großen Industrieunternehmen. In den entsprechenden Kommissionen sitzen die tüchtigsten Fachleute, aber es sind eben meist angehende Ingenieure der großen Firmen. Den kleineren Werken fehlt es an den Mitteln, die Kommissionen mit hervorragenden tüchtigen Vertretern zu besetzen. Erwähnenswert ist ferner, daß der Verwendung elektrischer Energie fortlaufend neue Gebiete eröffnet werden. Im Bergbau macht sich im verstärkten Maße der Verbrauch elektrischer Maschinen geltend, ebenso in Dämmwerken. Hier stellt sich eine verhältnismäßig billige Arbeitskraft, die Großschmelzmaschine zur Verfügung, die mit Hüttengasen gespeist wird. Ebenso sind noch eine Menge Oertlichkeiten in Deutschland vorhanden, in denen die Anlage von Elektrizitätswerken eine rationelle Verwendung verspricht.“ — Der Wert der elektrotechnischen deutschen Ausfuhr betrug 1906 131,5 Millionen Mark, während die entsprechende Einfuhr verschwindend ist. Die gesteigerte Produktion brachte naturgemäß eine Vermehrung der Arbeiterzahl mit sich und zwar durchschnittlich von 15 bis 20 Proz., so daß sich die Summe der Arbeiter und Angestellten auf über 100000 stellt. Die Betriebskapitalien mußten durchgehend eine Verklärung erfahren. Die für die Industrie in Betracht kommenden 32 Aktiengesellschaften vermehrten ihre Betriebsmittel um rund 70 bis 75 Millionen Mark, so daß jetzt in der elektrotechnischen Fabrikation rund 710 Millionen Mark arbeiten gegenüber 625 Millionen Mark im vorhergehenden Jahre, rechnet man hierzu noch die in den Elektrizitätsanlagen, also in Elektrizitätswerken und elektrischen Bahnen investierenden Gelder hinzu, darf man annehmen, daß heute die gesamte deutsche Elektrotechnik rund 2,75 Milliarden Mark in Anspruch nimmt.

Baumwollfabriken der Vereinigten Staaten von Amerika 1906/07.

Die Leistungsfähigkeit der Baumwollfabriken in den Vereinigten Staaten von Amerika hat im Baumwolljahr 1906/07 (bis 31. August) erheblich zugenommen. Während die Spindelzahl in erster Linie in den Südstaaten zunahm, zeigte sich auch in den Nordstaaten eine lebhaftere Weiterentwicklung des Spinnereibetriebes. Der Erfolg alter Ausrüstung durch neue Maschinen wurde im Norden in ausgedehntem Maße durchgeführt und die Spindeln wurden um eine größere Zahl vermehrt als in den letzten Jahren. Im Süden wurden neue Fabriken eröffnet und alte erweitert, so daß auch hier die Vermehrung der Spindeln die der nächsten Vorjahre übertraf. Die Zahl der Spindeln in den Vereinigten Staaten erreichte 1906/07 und in den drei Vorjahren die folgende Höhe:

	1906/07	1905/06	1904/05	1903/04
Nordstaaten zirka	16 200 000	15 600 000	15 325 000	15 280 000
Südstaaten	9 924 245	9 181 207	8 747 810	7 963 866
Zusammen	26 124 245	24 781 207	24 072 810	23 243 866

Gerichts-Zeitung.

Mißlichkeiten in einer städtischen Schulkommission

Lagen einer Anklage wegen Verleumdung zugrunde, die gestern die hiesige Strafkammer des Landgerichts I längere Zeit beschäftigte. In der Schulkommission 114 E ist der Oberbahnhauptmann Klipp als Vorsitzender, während der Buchhändler Otto Wietz als Mitglied in dieser Kommission tätig war. Zwischen ihm und dem Vorsitzenden hatte sich ein gespanntes Verhältnis herausgebildet, das zu persönlichen Reibereien führte und Herrn Klipp Veranlassung gab, Herrn Wietz zu den Sitzungen der Kommission überhaupt nicht mehr einzuladen. (7) Als W. trotzdem dort erschien, wurde er gewaltsam entfernt. (8) Er richtete nunmehr eine Beschwerde an den Magistrat. Dieser rekrutierte den Vorsitzenden, indem er ihm aus-

Anwiderer, daß er nicht berechtigt sei, eigenmächtig ein Mitglied der Kommission von den Sitzungen derselben auszuschließen, sondern nur das Recht habe, bei etwaigen Störungen der Sitzungen das Erforderliche zu veranlassen.

wieder herein. Als er wieder zur Tür hinausgeschoben wurde, schlug er den H. mit einem Messer in den linken Oberarm.

Vermischtes.

Eisenbahnunfälle.

Wie uns aus Duisburg telegraphiert wird, entgleiste gestern nach Verlassen der Station der D-Zug Köln-Hamburg.

Eine amtliche Meldung hierüber besagt: Heute vormittag 11 Uhr 13 Minuten entgleiten von dem D-Zuge Nr. 98 infolge vorzeitiger Umstellung einer Weiche unter dem Zuge die beiden Schlußwagen.

Der aus San Francisco kommende GZug ist gestern 130 Meilen westlich von St. Louis entgleist.

Erhebliche Veruntreuungen hat der auf dem Lohnbureau der städtischen Hafenverwaltung zu Düsseldorf angestellte Assistent Huschöfer begangen.

„Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Diese Worte hatte der Händler B. aus Senfrock auf den Abschneit einer Postanweisung gesprochen.

Eine folgenschwere Staubexplosion. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Brühl: Gestern Abend 6 1/2 Uhr erfolgte in einer Feilfabrik des Grafenwerkes eine heftige Staubexplosion.

Ein Schiffsbrand wütet auf dem im Hafen von Barcelona ankermenden österreichischen Dampfer „Baron Kemény“.

Auf dem Meere „gelandet“.

In Paris trafen im Laufe der gestrigen Nacht Nachrichten von fünf vermischten Ballons ein. Am weitesten flog der Ballon „Kord“, der 40 Kilometer von Ostende entfernt, von einem deutschen Dampfer über der Korbel bemerkt wurde.

Eine Feuersbrunst zerstörte nach Pariser Meldung die Fabrikanlagen und Remisen der elektrischen Straßenbahn in Clermont-Ferrand.

Das englische Militär-Luftschiff. Das in Aldershot erbaute neue Militär-Luftschiff „Kullu Secundus“ machte gestern eine zweifelhafte Versuchsfahrt.

Die neueste Zeppelinische Luftschiffahrt. Am Montag hat Zeppelin eine volle neun Stunden dauernde Übungsfahrt unternommen und bei dieser alle bisherigen Erfolge übertrumpft.

Sozialdemokratischer Veto- und Diskussionsklub „Seine“. Heute Abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstr. 8.

Freiwilliger Verband der Handlungsgeschäfts- und Geschäftsmänner Deutschlands. Bezirk NO. Donnerstag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, bei Deutschem, Am Friedriehshafen 6.

Table with market prices for various commodities like flour, oil, and other goods. Columns include item names, quantities, and prices.

Witterungsübersicht vom 1. Oktober 1907.

Weather overview table showing temperature, wind direction, and precipitation for various locations like Hamburg, Berlin, and others.

In der Notwehr einen Schiffschloßler erschossen hat am 7. August 1907 im Hamburger Hafen an Bord des österreichischen Dampfers „Compania“ der 18-jährige Matrose italienischer Junge Antonio Antic.

Die Geschworenen bejahten dennoch die auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgange gestellte Mordfrage unter Jubilation mildernden Umstände.

Referendar und Messerschloßer im Mordanschlag. Wegen gefährlicher Körperverletzung ist am 18. Mai vom Landgericht Detmold der Referendar Dr. jur. Viktor Schäy aus Lage zu drei Monaten Gefängnis und einer an den Verlesenen zu zahlenden Buße von 31,00 M. verurteilt worden.

Wegen gefährlicher Körperverletzung ist am 18. Mai vom Landgericht Detmold der Referendar Dr. jur. Viktor Schäy aus Lage zu drei Monaten Gefängnis und einer an den Verlesenen zu zahlenden Buße von 31,00 M. verurteilt worden.

Theater advertisements for various venues including Berliner Theater, Neues Theater, Kleines Theater, and Theater des Westens, listing plays and showtimes.

Theater advertisements for Ferdinand Bonn, Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus, and Central-Theater, featuring plays like 'Der Pastor Johu' and 'Der blinde Passagier'.

Theater advertisements for Zentral-Theater, Rixdorfer Theater, and Lortzing-Theater, listing plays like 'Unsere blauen Jungens' and 'Ein idealer Gatte'.

Theater advertisements for Theater an der Spree, W. Noacks Theater, and Folies Caprice, listing plays like 'Der Altendindler' and 'Zertretenes Glück'.

Theater advertisements for Theater des Centrum and Bis früh um Fünfe, listing plays like 'Soybien - Ede, Sophienstraße 17/18'.

WINTER GARTEN
Ruth St. Denis
 Henriette de Serris, lebende Bilder.
 Lindsay, Peitschenmanipulator.
 Warner Alberti, kgl. Kammerkänger.
 Grays Affendressur.
 Der Biograph.
 Arlette Dorgère, Sängerin.
 De Bière, Zauberkünstler.
 Empire comedy four, amerikani-
 sches Gesangsquartett.
 Loris Loyal, Reitakt.
 Die vier Gordons, Akrobaten.

Sonntag, den 6. Oktober,
 und folgende Sonntage,
 nachmittags 3 Uhr:
Populäre Konzerte
 von
Johann Strauss
 aus Wien
 (50 Mann Orchester).
 Preise: 0,50 M., 1 M., 1,50 M.

Apollo Theater
 Ab 8 Uhr:
 Debüt der neuen Spezialitäten!
 Um 9 1/2 Uhr:
 Das Tagesgespräch Berlins:
Sylvester Schäffer jr.
 der weltberühmte Universalkünstler.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
 der König der Bohème
 und das
 kolossale Oktober-Programm.

Prater-Theater
 Raffanten-Wiese 7-9.
Bühne und Welt.
 Schauspiel in 4 Akten von P. Hantel.
 Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag: Die Roggenbrüder.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
 57 Kommandantenstraße Nr. 57.
 Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
 Die erfolgreichsten
 Sach-Komödien
 seit 17 Jahren:
Madame Wig-Wag
 Operetten-Burleske, Lust
 von R. Hal.
Es lebe das Nachtleben!
 Separé-Witz in 2 Akten.
 Beide Stücke mit den Autoren
 Anton und Donat Herrnfeld.
 Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
 und
Schiffch geht zur Jagd
 mit Anton und Donat Herrnfeld

Palast-Theater
 Burgstraße 24.
 Täglich 8 Uhr. Entree 20 Pf.
 Der brillante
Oktober-Spielplan.
 u. a.:
Paula Duvals
 Grande-Dressur.
Die 5 Rammoneurs
 Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
 Volle.

Walhalla-Varieté-Theater
 Weinbergsweg 19/20, Rosenthal, Tor.
 Das Sensations-Programm
16 arabische Springer 16
Edi Blum,
 der beliebte Komiker.
 — Anfang 8 Uhr. —
 Tunnel: Konzert f. Theaterbes. frei.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Nachmittags 4 Uhr:
 Die Gletscher der Hochgebirge usw.
 Abends 8 Uhr:
 Ueber den Brenner nach Venedig.
 Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
 Zur Beobachtung: Mars, Saturn,
 Doppelsterne, Nebelflecke.

Metropol-Theater
Das muß man seh'n!!
 Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
 von J. Freund. Musik von Viktor
 Hollaender. In Szene gesetzt
 von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a. D. F. Massary
B. Darmand a. D. E. Withney a. D.
Bender, Giampietro, Josephi.
Anfang präzise 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 6. Oktober,
 nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Buggenhagen,
 Moritzplatz.
 Inh. Albert Böhme.
 Täglich:
Die 7 Schwaben
 moderne Volks-Sänger.
Martin Bendix
 als
 Sherlock Holmes aus Treuenbrietzen.
 Im unteren Saal täglich: **Militär-Konzert.**
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz
 v. Schönthan u. Gustav Stadelburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
 Mittwoch, den 2. Oktober 1907,
 präzise 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Auf der Hallig!
 Diesj. gr. Ansatt-Pantom.
 des Zirkus Busch in 4 Bildern.
 Ferner: Mons. Caroli, Fakir-
 künste, Herr W. Manns, Wunder-
 elefanten. Große Kavallerie-
 Quadrille, geritten auf 16 Schul-
 pferden. Herr Ernst Schu-
 manns sämtliche Neudressuren
 sowie das große Programm.

Rajino-Theater.
 Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr:
 Das vollst. neue Oktober-Programm.
 Nur Attraktionen 1. Ranges.
Die wilde Jagd.
 Lustspiel in Ludwig Fulda.
 4 Akten u. 8 Bildern.
 Sonntag nachm. 4 Uhr: **Red Carter.**

Reichshallen-Theater.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Britton
 als
 Kute im
 Familien-
 bad
 Wannsee.
 Anf. Wochenf. 8, Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
 Volksstück in vier Akten von
 Ludwig Angenraber.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Zirkus Schumann
 Heute Mittwoch, den 2. Oktober,
 abends präzise 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée équestre.
 Illustropr., u. a.: Die phänomenale
George Bonhair-Truppe.
Les Monbars, Luft-Vollgare.
Der Ernst Schumann.
Les 5 Oiracs, fonn. Akrobaten,
 und die großart. neuen Spezialitäten.
 Um 9 1/2 Uhr die diesjährige große
Wasser-Pantomime!
 Eine Fortsetzung der berühmtesten
 und populärsten Pantomime:
Die lustigen Heidelberger.
Ein Fest auf dem Neckar.
 Humorist. Bilder aus dem modernen
 Studentenleben von Hofballmeister
A. Ziemis.
 Besonders hervorzuheben:
Die Luftschwebbahn von Heibel-
berg nach Berlin.

Luisen-Theater
 Reichenbergerstr. 34.
Muttersegen.
 Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag: Amerisajepf'l.
 Freitag: Muttersegen.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Rinder-
 vorstell.: Prinzessin von Marzipan.
 Abends: Gebildete Menschen.
 Sonntag nachmittag: Don Carlos.
 Abends: Die beiden Reichenmüller.
 Montag: Carmen.

Berechtigtes Aufsehen
 in allen Gesellschaftskreisen erregt unsere neue Specialmarke
Rhodus Herren- u. Damenstiefel

 12,50
 das Paar
 Besichtigen Sie unsere
 Schaufenster!
Rhodus Schuhgesellschaft m. b. H.
 Leipziger Strasse 86., zwischen Markgrafenstrasse und Dönhoffplatz.

Zum Umzuge
 empfiehlt das
größte Möbel-Kaufhaus des Ostens
 (Inh. Richard Krumbeck)
 Ecke Samariterstr. **Frankfurter Allee 35** Ecke Samariterstr.
 1851*
 Komplette Wohnungs-Einrichtungen,
 farbige Küchen
 sowie einzelne Möbelstücke.
 Gegen Baar und auf Teilzahlung,
 bequeme Anzahlung u. Abzahlung.

Haben Sie schon
 die
Deutschen Konzerthallen,
 An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Sie haben noch eine Anzahl Exemplare von
Ferdinand Freiligraths Werken
 Mit einer Einleitung von Schmidt-Weißensfeld
 in drei eleganten Leinenbänden gebunden
 am Lager, die wir den Lesern unseres Blattes weiter zu dem
Ausnahmepreis von 3 M.
 abgeben können.
 Der soeben erschienene neue Bücherkatalog ist in
 unserem Geschäftskolal gratis zu haben.
Expedition des „Vorwärts“,
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Möbel Bürgerliche
 Wohnungs-
 Einrichtungen.
 Einzelne Möbel.
 Entgegenkommende Zahlungsweise.
„ALLE TAGE ANDERS“
 direkt am Nettelbeck-Platz 5837L*
Pank-, Gericht- und Reinickendorfer-
Straßen-Ecke.

Lebensmittelpreise steigen!
 Warum greift der deutsche Handel nicht ein? Warum läßt sich
 der deutsche Handel von dem auswärtigen Handel überbieten? Warum
 läßt sich der deutsche Handel von dem auswärtigen Handel am Narren-
 sell herumführen? Warum glaubt der deutsche Handel den albernen,
 einseltigen, sinn- u. gedankenlosen Berichten der Handels-u. Börsen-
 zeitung, die von Börsenspekulanten abgefaßt sind? Warum muß der
 deutsche Handel Geld verlieren? Warum will der deutsche Handel kein
 Geld verdienen? Antwort: Weil er die guten Ratschläge eines erfahrenen
 Kaufmannes nicht würdigt; weil er den Inhalt der von der deutschen
 Presse absichtlich unterdrückten Broschüre Proestler: „Das Wirt-
 schaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“ nicht beachtet.
 Die Broschüre ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kom-
 missionär: Otto Weber, Leipzig), Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.—,
 B, Teil- und Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einzahlung — keine Marken,
 sondern mit Postanweisung, nur 10 Pf. Porto — von Mk. 2.10 bzw. 65 Pf.
 für das Inland, Mk. 2.30 bzw. 70 Pf. für das Ausland, werden die Broschüren
 portofrei vom Herausgeber, Kaufmann Michael Proestler in Würzburg,
 versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange, eben-
 daselbst Flugschriften und Prospekte.

Möbel
 außergewöhnlich billig,
 auch auf Teilzahlung.
Moabit, Otto-Straße 2
 (nahe Turm-Strasse)
J. Kirstein.
 1861*

Brauerei F. Happoldt
 Rosenheide 32-38, Berlin S. 59, u. IV. 9115, Rosenheide 32-38
 Ihre vorzüglichen Spezial-Biere als:
F. Happoldts Tip-Top nach Pilsener Art
F. Happoldts Münchener nach Münchener Art
 offeriert in Flaschen und Köffern frei Haus
 1902* Die Brauerei F. Happoldt.

Oktobertagung 1907
 der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in BERLIN
 v. 5.—13. Oktober in Berlin, Seestr. (Inst. f. Gärungsgewerbe)
 Brauerei-Maschinen-Ausstellung, Gersten- u. Hopfen-
 Ausstellung nebst Abtlg. f. Brauweisen, Pferde-Ausstellung.
 Eröffnung: Sonnabend, den 5. Oktober, mittags 1 Uhr.
 Täglich geöffn. v. 9 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm. — Vorführg.
 d. Pferde f. Ring: tägl. 1 Uhr. — Die Pferde-Ausstellung schließt
 am 9. Oktob. — Eintrittskarten: Dauerkarten 10 M., Tagesk. 2 M.,
 Sonntagsk. 0,50 M. — Vollständ. Vorträge: nachm. 3 bzw. 2 Uhr
 Näheres an den Säulenanschlägen.

Möbel Bürgerliche
 Wohnungs-
 Einrichtungen
 eventuell auch auf Teilzahlung
Paul Burow's Möbel-Fabrik
 Berlin SW., Lindenstraße 105. 4982L*

Internationale Zusammenkunft der Bauarbeiter in Turin.

Am 22. und 23. September hat in Turin eine Zusammenkunft der Vertreter der italienischen Bauarbeitergewerkschaft stattgefunden, an der auch Vertreter von ausländischen Bauarbeiterorganisationen teilnahmen. Die Zusammenkunft, die ursprünglich in Mailand stattfinden sollte und aus äußeren Gründen nach Turin verlegt worden war, war von 31 Delegierten der italienischen Provinzialabteilungen besetzt worden. Ferner nahmen an den Verhandlungen teil: Genosse Bömelburg als Vertreter der deutschen Bauarbeiter, Genosse Balär vom Schweizer internationalen Arbeitersekretariat, Paglieri von der „Umanitaria“ als Uebersetzer, Rigola als Sekretär der italienischen Konföderation der Arbeit und die Gebrüder Duaglino als Sekretäre der italienischen Bauarbeitergewerkschaft.

Der Zusammenkunft war ein statistischer Ueberblick über die Entwicklung der italienischen Bauarbeitergewerkschaft vorgelegt worden, aus der hervorgeht, daß diese Gewerkschaft in letzter Zeit nicht unbedeutende Fortschritte gemacht hat.

Am 31. Dezember 1904 zählte sie 379 Lokalabteilungen mit insgesamt 28 286 Organisierten. Im Laufe des Jahres 1905 gingen 53 Abteilungen mit 3254 Organisierten verloren, während 64 neue Abteilungen mit 3436 Mitgliedern neu gewonnen wurden. Auch im folgenden Jahre blühte die Gewerkschaft: 68 Lokalabteilungen mit 2100 Mitgliedern ein und erwarb neu 86 Lokalabteilungen mit 3306 Organisierten. Der Kassenbestand stieg von 2000 Lire im Jahre 1904 auf 4800 im folgenden und 6350 im nächstfolgenden Jahre. Im Jahre 1907 haben die zahlreichen Agitationen, vor allem die Streiks von Turin, die Gewerkschaft zum Auflegen von Extrabeiträgen und zum Schuldenmachen gezwungen. Die Schulden belaufen sich heute auf über 37 000 Lire. Die Ausgaben für die Turiner Streiks im laufenden Jahre betragen 80 000 Lire. Im Jahre 1907 gingen bis jetzt 42 Lokalabteilungen mit 2010 Mitgliedern verloren, während 128 neue Abteilungen mit 16 580 Organisierten dem Bestande der Gewerkschaft einverleibt wurden, der sich somit heute auf 47 225 Mitglieder und 475 Lokalabteilungen beläuft.

Nach dem vom Genossen Duaglino gegebenen Referat über den Stand der Organisation beriet man über die Erhöhung der Beiträge. Nach langer Diskussion, an der auch die Genossen Bömelburg und Balär teilnahmen, wurde beschlossen, den Mitgliedern folgende Vorschläge zu unterbreiten, über die sie durch Urabstimmung zu entscheiden haben: Die Mitglieder, die über 3 Lire

Tagelohn haben, zahlen 35 Centesimi im Monat, von 2 bis 2,99 Lire 25 und unter 2 Lire 20 Centesimi.

Ueber die

Internationale Zusammenkunft in Stuttgart und die Maßnahme zur Verwirklichung des „Kartellvertrags“, der die internationale Gegenseitigkeit der Reiseunterstützung festsetzt, referierten Bömelburg und Duaglino. Der Kartellvertrag wird einstimmig angenommen.

In Sachen des nächsten Landeskongresses der italienischen Bauarbeiter wird beschlossen, ihn erst im Jahre 1910 abzuhalten und dann den Gewerkschaftsbeitrag definitiv in der Höhe des Lohnes für eine halbe Arbeitsstunde festzusetzen, der nicht wöchentlich, sondern vierzigmal im Jahre erhoben werden soll.

In der Frage der

Organisierung der Auswanderer

wird konstatiert, daß alle bisherigen Versuche, die Auswanderung zu regeln, sowohl die von der „Umanitaria“ als die von der Mailänder Arbeitskammer unternommenen, gescheitert seien. Es wird auf Anregung Bömelburgs beschlossen, als Grundlage für die Dirigierung der Auswandererströme die Daten zu nehmen, die ein zirkulärer Fragebogen bei den Ortsabteilungen der deutschen Bauarbeitergewerkschaft ergeben wird. Mit Dankworten des Genossen B o l a schließt darauf die Zusammenkunft ihre Arbeiten.

Achtung! Restaurant Gewerkschaftshaus.

Engel-Ufer 15.
Heute Mittwoch abend:
Frische Blut- u. Leberwurst in bester Qualität.

H. Augustin.
Zahnärztliche Klinik
Sellekianenstr. 106.
Bahnziehen unentgeltl.
Bei künstl. Zähnen, Spej. Kronen u. Brücken, Zahnbohrn etc. werden nur die besten Materialien benützt.
Geöffnet 9-6, Sonntag 9-12 Uhr.

Steppdecken
Billigst direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
Wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmandel, Berlin S 14. Illust. Katalog gratis.

Der Gehalt macht's!

Manche Hausfrau hat sich schon darüber gewundert, dass sie mit Kathreiners Malzkaffee viel weiter kommt, als mit jedem anderen sogenannten Malzkaffee, selbst wenn dieser ein paar Pfennige billiger ist. Das ist ganz natürlich, denn der echte „Kathreiner“ wird an kräftigem Kaffee-Geschmack und Aroma von keinem anderen Malzkaffee erreicht. Jede Hausfrau, die beim Einkauf von Malzkaffee das anerkannt Beste haben will, muss ausdrücklich „Kathreiner“ verlangen und scharf darauf achten, dass sie auch wirklich den echten im geschlossenen Paket in der bekannten Ausstattung mit Bild und Unterschrift des Pfarrers Kneipp und der Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabriken bekommt.

Wanzen

istef unsehbar mit Brut Reichel's verstärktes Wanzenfluid.
Fl. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, Literfl. 5.-
Absolut keckfrei, kein über Geruch.
Nachhaltige Wirkung.

Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher
Reichel's
Spezial-Schwabepulver
Poudre - Martial. Dose 50 Pf.
1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-
Einsig echt und garantiert wirksam in Originalpackungen mit Marke „Gott und Teufel“
in den Drogerien und bei
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.
Fernspr.-Einschlüsse A. IV. 4751, 4752, 4753.

Gardinen

kauft man am billigsten nur direkt in dem seit 40 Jahren bestehenden Gardinen-Spezialgeschäft von
Bruno Güther,
Grüner Weg 80, par-terra.

Gegründet 1825.

Fr. Hahn.

Berlin C., Alexanderplatz.

Sonder-Angebot meiner Gardinen- u. Teppich-Abteilung

für die Zeit bis zum 12. Oktober.

Ein grosser Posten prima Velours-Plüsch-Teppiche

erprobt haltbarstes Fabrikat, vorjährige Muster.

Größe	135x200	170x230	195x295	265x335	300x400 cm
sonst M.	17.50	27.50	42.—	70.—	100.—
jetzt M.	12.40	18.75	29.75	46.75	59.75

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Diwan-Rückwand-Dekoration

aus gutem Plüsch in bordeaux, grünoliv oder blaugrau.

Stückerei passend zu nebenstehender Fenster-Dekoration.
Größe: 100x200 cm
sonst 8.—
jetzt 6.15



Diwandecke

mit passender Tischdecke, persisch, zweifach genüstert, schwarzes Gobelin-Geewebe.
Diwandecke Größe 150x300 cm
Tischdecke extra groß 150x180 cm
Tischdecke Größe 150x150 cm

sonst M. 10.50, jetzt M. 7.70
sonst M. 7.—, jetzt M. 4.95
sonst M. 5.50, jetzt M. 4.40



Mohairplüsch-Tischdecke

in bordeaux oder grünoliv mit reicher Stückerei und Applikation
Gute Plüsch-Qualität.

Größe 140 x 140 cm.
Sonst M. 13.50, jetzt M. 9.00

Handarbeit-Steppdecken

aus bestem Seidenweben, in bordeaux, olive, blau, braun.
Größe ca. 135 x 200 cm. Sonst M. 9.75, jetzt M. 7.70

Engl. Tüll-Gardinen

in creme oder weiß, Raffetgewebe, 3 Schals
Größe 130 x 170 cm. Sonst M. 4.75, jetzt M. 3.30

Engl. Tüll-Stores

in creme oder weiß, moderne Empire-Zeichnung.
Größe 130 x 170 cm. Sonst M. 5.—, jetzt M. 3.85

Erbstüll-Stores

goldfarbig mit reicher Bänderarbeit und breitem Volant.
Größe 150 x 250 cm. Sonst M. 12.50, jetzt M. 8.80

Haupt-Preisliste 1907-08

wird auf Wunsch kostenlos übersandt.

Gestickte Dekoration

aus gutem Velour-Plüsch mit reicher Stückerei u. Applikation.
Farben: bordeaux, grünoliv und blaugrau.
Plüschgröße 40 x 300. Querhang 40 x 180
sonst M. 12.50, jetzt M. 9.00

